

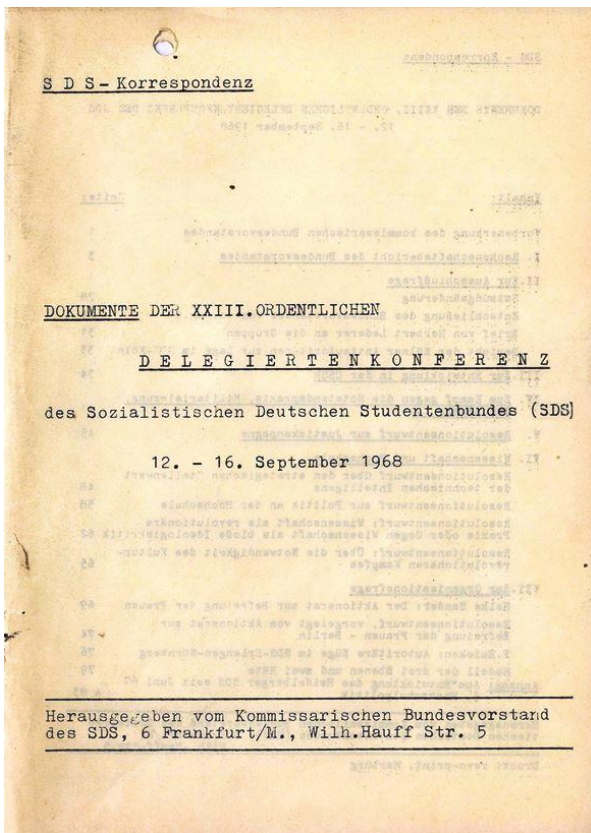
SDS-Korrespondenz, Jg. 3, Dokumente der XXIII. ordentlichen Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS 12.-16. September 1968, O. J. (1968))

27.09.1968:

Der kommissarische Bundesvorstand des SDS (Bärmann, Noth und Schmierer) verfasst die Vorbemerkung für die 'SDS-Korrespondenz' (vgl. März 1968, 26.10.1968), die die "Dokumente der XXIII. ordentlichen Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS 12.-16. September 1968" enthält, bei denen es sich handelt um:

- "I. Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes";
- - "Die Springer-Kampagne";
- - "Kampagne gegen die Notstandsgesetze";
- - "Hochschule";
- - "Vietnam";
- - "Organisation des SDS";
- "II. Zur Ausschlußfrage" wegen der Weltjugendfestspiele in Sofia;
- - "Satzungsänderung";
- - "Entschließung des Bundesvorstands vom 10. Aug. 68";
- - "Brief von Herbert Lederer an die Gruppen";
- - "Bericht der Kölner Antiautoritären zur Lage im SDS-Köln";
- "III. Zur Entwicklung in der CSSR";
- "IV. Zum Kampf gegen die Notstandspraxis, Militarisierung, Bundeswehr...";
- - "I. Zur ökonomischen Analyse der Notstandsplanung";
- - "II. Zur Organisation der Notstandspraxis";
- - "III. Der SDS beschließt deshalb:"
- "V. Resolutionsentwurf zur Justizkampagne";
- "VI. Wissenschaft und Hochschule";
- - "Resolutionsentwurf über den strategischen Stellenwert der technischen Intelligenz" von den Gruppen TH Aachen, TU Berlin, Ingenieurschulen Gauss, Beuth und Post Berlin, TH Darmstadt, TU Hannover, Uni Stuttgart und Projektgruppe Technologie Berlin;
- - "Resolution zur Politik an der Hochschule" vom SDS Frankfurt;
- - "Resolutionsentwurf der Gruppe Münster zur 23. o. DK. Wissenschaft als revolutionäre Praxis oder gegen Wissenschaft als bloße Ideologiekritik";
- - "Resolutionsentwurf der Gruppe Münster. Über die Notwendigkeit des kulturrevolutionären Kampfes";
- "VII. Zur Organisationsfrage";
- - "Helke Sander: Der Aktionsrat zur Befreiung der Frauen";
- - "Resolutionsentwurf, vorgelegt vom Aktionsrat zur Befreiung der Frauen - Berlin";
- - "F. Huiskens: Autoritäre Züge im SDS-Erlangen-Nürnberg";
- - "Modell der drei Ebenen und zwei Räte" vom SDS Delegiertenkollektiv Hamburg; sowie
- "Anhang: Aus 'Entwicklung des Heidelberger SDS seit Juni 67 5. Hochschulpolitik".

Q: SDS-Korrespondenz Dokumente der XXIII. ordentlichen Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS 12.-16. September 1968, Frankfurt O. J. (1968)



SDS - Korrespondenz

DOKUMENTE DER XXIII. ORDENTLICHEN DELEGIERTENKONFERENZ DES SDS
12. - 16. September 1968

<u>Inhalt:</u>	<u>Seite:</u>
Vorbemerkung des kommissarischen Bundesvorstandes	1
I. Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes	3
II. Zur Ausschlußfrage	
Satzungsänderung	28
Entscheidung des Bundesvorstandes vom 10. Aug. 68	29
Brief von Herbert Lederer an die Gruppen	31
Bericht der Kölner Antiautoritären zur Lage im SDS-VStB	33
III. Zur Entwicklung in der CSSR	34
IV. Zum Kampf gegen die Notstandspraxis, Militarisierung, Bundeswehr	41
V. Resolutionsentwurf zur Justizkampagne	45
VI. Wissenschaft und Hochschule	
Resolutionsentwurf über den strategischen Stellenwert der technischen Intelligenz	48
Resolutionsentwurf zur Politik an der Hochschule	58
Resolutionsentwurf: Wissenschaft als revolutionäre Praxis oder Gegenwissenschaft als bloße Ideologiekritik	62
Resolutionsentwurf: Über die Notwendigkeit des kultur-revolutionären Kampfes	65
VII. Zur Organisationsfrage	
Melke Sander: Der Aktionsrat zur Befreiung der Frauen	69
Resolutionsentwurf, vorgelegt von Aktionsrat zur Befreiung der Frauen - Berlin	74
F. Huisken: Autoritäre Züge im SDS-Erlangen-Nürnberg	76
Modell der drei Ebenen und zwei Räte	79
Anhang: Aus-Entwicklung des Heidelberger SDS seit Juni 67	87
5. Hochschulpolitik	A 83

Herausgegeben vom Kommissarischen Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), 6 Frankfurt/M., Wilh.-Hauff-Str. 5

Druck: revo-print, Harburg

- 1 -

Vorbemerkung des kommissarischen Bundesvorstandes

Die 23.e.DK des SDS hatte weniger den Charakter eines beschlußfassenden Gremiums als den einer zentralen Generaldebatte des Verbandes. Dabei führte fast jede Diskussion, gleich welchen Themas, immer wieder auf eine Frage zurück, die offensichtlich das Hauptproblem des SDS in seiner gegenwärtigen Lage ist: die Organisationsfrage. Der Ausschluss von fünf Genossen, die sich in Sofia gegen die internationale Solidarität des SDS mit den revolutionären Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika gestellt und damit die schon im Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung problematisch gewordene Aktionsinheit des SDS endgültig zerbrochen hatten, bedeutete ein erstes Anzeichen, daß vielen Genossen bewußt geworden war, wie wichtig in der neuen Phase des aktiven Widerstandes gegen den autoritären Staat eine inhaltlich begründete, nicht opportunistisch sich auf formale Koalitionen stützende organisatorische Einheit des SDS geworden ist. Die nicht aufhebende Schizophrenie des "KP"-Ausschlusses bestand allerdings darin, daß zwar das abstrakte Bewußtsein vorhanden war, wie notwendig eine größere Verbindlichkeit in Strategie und Organisation des SDS ist, wenn er zu einer revolutionären Organisation werden will - daß aber zugleich bisher nur minimale Anstöße für die gedachte neue Verbindlichkeit sichtbar geworden sind (etwa in den verschiedenen Formen, wie einzelne Gruppen sich neu organisieren nach dem Prinzip der Koordination und Kooperation praktisch arbeitender kleiner Gruppen). In dieser Situation war es konsequent, daß sich die Delegierten schließlich (wenn auch reichlich spät) dafür entschieden, sämtliche Arbeiten zur Abstimmung stehende oder gar zum erst noch zu diskutierende Resolutionsentwürfe zurückzustellen und sich allein auf diejenigen Probleme zu konzentrieren, die die künftige Organisationsstruktur des SDS betreffen.

Die Organisationsdebatte wurde vor allem um zwei Positionen geführt. Die Berliner schlugen eine pragmatische Lösung der unmittelbar anstehenden Probleme besonders der kleineren Gruppen vor: die Einrichtung von "Sekretariaten" für die verschiedenen Schwerpunkte der Verbandspolitik, die jeweils von einer Gruppe übernommen werden sollten, und die Zusammenstellung von "Wachposten", die mit VW-Bussen von Gruppe zu Gruppe reisen sollten, um dort die Schelung der Genossen zu übernehmen und gemeinsam mit ihnen die zentralen Kampagnen zu organisieren. Während der Berliner Vorschlag noch kein geschlossenes Modell einer künftigen Organisationsstruktur enthält, entwickelte die Hamburger Gruppe eine in sich unkonsequenter durchformalisierte bürokratische Konzeption ("Modell der drei und zwei

Ebenen und drei Ekte"). Kritisiert wurde am Berliner Vorschlag der technokratische Charakter der "Reisekader", der mit der erkannten Notwendigkeit der Dezentralisierung und Demokratisierung nicht ernst macht und die verhärteten Autoritätsstrukturen innerhalb des anti-autoritären Lagers eher noch verstärken würde. Die vorerst nicht ausrottbare Schwäche des Hamburger Modells bestand dagegen in seiner idealistischen Weise, künftige Gesellschaftsstrukturen ohne die Vermittlung mit den empirischen Bedingungen des Kampfes für eine Räte-demokratie zu antizipieren.

Die ganze Debatte litt unter den gleichen Schwächen wie das Hamburger Modell: es wurde debattiert über die praktisch-politischen Notwendigkeiten hinaus. Der Entschluss, die DK zu vertagen, einen kommissarischen Bundesvorstand einzusetzen und ihn mit dem imperativen Mandat zu versehen, die Neugliederung des Verbandes bis zur zweiten Sitzung der DK so weit wie möglich voranzutreiben, führte schließlich auf die politischen Realitäten zurück. Diese Aufgabe wird der kommissarische BV auf drei Wegen zu erfüllen versuchen: er wird gemeinsam mit den "Schwerpunktgruppen", die die Vorbereitung bestimmter Themen übernommen haben, Regional- und Bundesseminare übernehmen; er wird sich bemühen, durch die Herstellung und Verschickung möglichst zahlreicher Rundschreiben und Korrespondenzen die innerverbandliche Kommunikation zu verbessern; und er wird einen Vorschlag zur Neugliederung des SDS innerhalb der außerparlamentarischen Opposition auszuarbeiten, der der Delegiertenkonferenz als Diskussionsgrundlage vorgelegt werden soll.

Ffm, 27.9.68 Hermann-Moth-Schmidler

I. Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands

Im Bericht über die Entwicklung des SDS im vergangenen Jahr muss davon ausgegangen werden, dass der Verband als autonome Einheit gegenwärtig überhaupt nicht sinnvoll darzustellen ist. Der SDS hat sich wesentlich in die antiautoritäre Bewegung aufgelöst, deren nominelle Spitze er darstellt. Das hat zwei Konsequenzen: Einmal ist die antiautoritäre Bewegung die politische Weiterentwicklung und Verallgemeinerung der isolierten Oppositionsansätze und damit auch eine Überwindung der Isolation des SDS; zum anderen haben sich bei der Überwindung der alten Organisationsstrukturen kaum positive Formen der adäquaten Organisation herausgebildet. Die praktische Lösung darf zu allerletzt bei technischen und formalen Organisationsfragen ansetzen. Was ansteht, ist die politische Neuformulierung der Forderungen, die der SDS als Verband innerhalb der antiautoritären Bewegung wahrnehmen soll. Erst daraus lässt sich eine relevante Organisationsdiskussion entwickeln.

Diese Entscheidungssituation soll an den zentralen Kampagnen den Massenaktionen und den organisatorischen Erfahrungen des vergangenen Jahres jeweils dargestellt werden.

Die Springer-Kampagne repräsentiert die neue Phase der Protestbewegung, nach dem 2. Juni 67 in mehrfacher Hinsicht. War war sie als Sippunkt-Bewegung noch angelegt, zumindest in den Forderungen und Aktionsprogrammen, die implizierte aber eine radikale Ausweitung und Verallgemeinerung der politischen Konzeption und drückte damit den Charakter der antiautoritären Opposition adäquat aus. Verallgemeinerung hieß zugleich eine Radikalisierung der revolutionären Ansprüche; die Kampagne konnte diesen Anspruch zunächst jedoch nur propagandistisch stellen, ohne die wirkliche Arbeit der Opposition zu bestimmen. Gerade in Berlin, wo die Hauptarbeit an theoretischer und organisatorischer Vorbereitung lag, wurden die praktischen Erfahrungen schon im Herbst klar. Sie lagen im Widerspruch von einerseits aktionistischer Kampagne und andererseits Ausweitung der Opposition durch eine organisierte Gegenöffentlichkeit und Syndikalisierung von Nicht-Studenten, ein Widerspruch, wie er sich in Berlin nach der 21. Oktober (Vietnam-Demonstration)

in der Auseinandersetzung um die Aktionspläne realisierte. Die organisatorischen Funktionen sollten nach dem ursprünglichen Plan die Aktionskonferenzen auf regionaler und nationaler Stufenleiter erfüllen, Ziel und praktische Zusammenfassung der Opposition war die massenhafte Belagerung der Verlagshäuser. Die Fehleinschätzung lag darin, dass ein allgemeiner Wille die Kampagne tragen sollte, von ihr aber erst mobilisiert werden musste. In diesem Widerspruch ist die Kampagne oberflächlich gescheitert, während sie latent wirksam geblieben ist. Die analytische und propagandistische Arbeit der KV- und VC-Arbeitskreise in Berlin wie einzelner SDS-Gruppen in der Bundesrepublik verbreiteten das Bewusstsein von der Notwendigkeit der Kampagne und mobilisierten zwar zuerst keine einheitliche praktische Opposition, aber ein gemeinsames Bedürfnis. Im Februar z.B. sogen nach einer Vietnam-Demonstration in Hamburg spontan über tausend Studenten und Schüler zu einer improvisierten Springer-Blockade vor dem Druckhaus. Springer war zum sichtbaren Massen-Gegner geworden, aber um den Preis, dass die prinzipielle Argumentation sich auf Parolen und die Person Springers zu reduzieren drohte, während die Kampagne im Übrigen von der sonstigen Praxis abgelöst war, also gerade die zentrale Rolle in der antiautoritären Bewegung nicht wahrnehmen konnte. Die strategische Bedeutung der geplanten nationalen Aktion hatte sich problematisiert, nachdem schon in der ersten Phase Zweifel an der politischen und organisatorischen Umsetzbarkeit entstanden waren. Die Absetzung zunächst des Berliner Tribunals, dann die Verschickung des Springer-Hearings sind ein Ausdruck dieser Schwierigkeit wie schon die Verlagerung auf diese propagandistischen bzw. theoretischen analytischen Veranstaltungen den anfänglichen Anspruch zurückgenommen hatten. So wurde auf der a.o. DK im März der Kampagne keinerlei Bedeutung mehr zugewiesen. Inzwischen war das Kuratorium für eine demokratische Öffentlichkeit gegründet worden, das zunächst die nunmehr für Hamburg geplante Hearing-Veranstaltung unterstützen sollte. Die Konzeption dieses Hearings spielte den Rindischarakter im Kuratorium wider; der eschatologisch revolutionäre Anspruch, der die Kampagne bestimmen sollte, wurde vollends verdrängt.

Man zeigt sich darin das Versagen einzelner Genossen, die schließlich auch institutionell die inhaltliche und politische Vorbereitung in Berlin übernommen hatten, als die Verengung und Schwäche der Kampagne selber in ihrer manifesten Gestalt. Die propagandistische, latente Kampagne hingegen wurde durch das Attentat auf Rudi Dutschke ebenso bestätigt wie schlarartig mobilisiert. Zeitlich relativ zufällig aktualisierte sich die Widerstandssituation, von der wir zuvor schon abstrakt geredet hatten; anders aber als nach der Polizeischlacht vom 2. Juni wurde der Protest nicht moralisch neutralisiert und entpolitisiert, sondern schon die ersten spontanen Aktionen wirklichten einen offensiven politischen Widerstand. Dieser bewusste politische Charakter der Widerstandssituation begründete auch die Fortsetzung der Blockaden am Ostermontag, die die scheinheiligen Zugeständnisse an unsere emotionale Empörung zurückstieß. Der Angriff auf Springer offenbarte generell einen Grad an Bewusstheit und Selbstverständlichkeit, wie er nicht nur durch die plötzliche Klarheit der geschichtlichen Gewalttätigkeit zu erklären ist. Die Gewaltsituation wurde als politisch gegen die elementarsten Bedingungen der Protestbewegung gerichtet sofort erkannt und in praktisches Bewusstsein als Widerstandswille umgesetzt; dafür gab es freilich bereits organisatorische Bedingungen in informellen Kaderstrukturen. Die Manipulationszentrale des Springer-Konzerns verlor ihren abstrakten Charakter und wurde exemplarisch für den gesamten Machtzusammenhang begriffen. Die Blockaden bedeuten die endgültige Überwindung der Sippunkt-Bewegung. Der Zusammenhang der Situation, in der die Springer-Kampagne entstand, der allgemein empfundenen Pogromsituation nach dem 2. Juni, mit der manifesten Widerstandssituation nach dem Attentat reaktivierte die historische Erfahrung ihrer eigenen nationalen Konstitutionsphase auf einer qualitativ neuen Stufe. Entsprechend der inhaltlichen Ausweitung der Kampagne gelang die praktische Verbreiterung in andere jugendliche Sozialschichten über die Studenten- und Schüler-Opposition hinaus.

Für eine kurze Zeit schien es möglich, die Isolation der Protestbewegung direkt und dauerhaft zu durchbrechen. Gemeinsam war in den verschiedenen Städten, dass es am Gründonnerstag sofort zu improvisierten Demonstrationen kam, die sich nach ganz kurzer Zeit agitatorisch und auch praktisch, wie in München, gegen Springer richteten. Erfindungsreich benutzten die verschiedensten öffentlichen Institutionen wie Theater, Kirchen etc. Die Blockaden am Freitag konnten so auf ein Höchstmaß an Öffentlichkeit im strengen Sinn rechnen. Sie waren, was die unmittelbare Verhinderung der Auslieferung anbelangt, insgesamt erfolgreicher als am Montag. Das lag wesentlich an unserer Beweiskraft gegenüber dem schwerfälligen Polizeiparapparat, der sich innerhalb eines Tages auf die plötzliche Mobilisierung von Massen überhaupt nicht einstellen konnte. So ist eine effektive Auslieferungsverhinderung einer erheblichen Druckaufbaue möglich gewesen. Gegen den starken Widerstand von Teilen der außerparlamentarischen Opposition haben wir es am Sonntag durchgesetzt, dass die Ostermarschkundgebungen am Montag in eine erneute Blockade übergeführt wurden. Der Bündnischarakter des Ostermarsches war aktuell politisch überholt, gerade auch im Bewusstsein der Übergrossen Mehrheit der Teilnehmer. Unter ihnen war wahrscheinlich bereits ein wesentlicher Teil der jungen Angestellten und Arbeiter, die an den Blockaden teilnahmen. Angesichts des militärisch hoch überlegenen Polizeiparappats war es am Montag nur noch möglich, einen ideellen Anspruch des Widerstands zu manifestieren, trotz der brutalen Auseinandersetzung.

Die Einzelheiten des Verlaufs sind allen bekannt, auf wesentliche Punkte haben wir bereits in der NK 47 hingewiesen. Ein weiterer Aspekt muss aber noch kurz genannt werden, nämlich eine internationale Solidarität mit einer Welle von Aktionen zum ersten Mal einen praktischen Internationalismus realisierte, der direkt auf die Protestbewegung bezogen war und nicht über gemeinsame Solidarität, etwa mit der vietnamesischen Revolution, vermittelt war. In dieser Perspektive steht auch die Mai-Revolte was ihre eigenen Ursprünge und internationalen Konsequenzen anbelangt.

In der Polizeizeit der Osteraktionen zeigten sich zwei wesentliche Konsequenzen: Erstens konnte sich die spontane Aktions-einheit nicht in kontinuierliche organisatorische Kontakte umsetzen; die propagandistische Aktivität überweg, die freilich sozialer auf Gewerkechafts- und Betriebs-Kontakte als noch dem 2. Juni gerichtet war. Zweitens: nur in Berlin wurde mit den Basisgruppen ein organisatorischer Ansatz in größerem Ausmass realisiert. Dort gelang die positive Wendung zur 1. Mai-Kampagne, während in der BR weder für diesen Termin noch für die vergleichbar zentrale Kampagne gegen die Notstands-Gesetze die Widerstandssituation zu Ostern bewusst strategisch umgesetzt wurde. Es realisierte sich blind die Ungleichzeitigkeit von Springer- und Notstands-Kampagne, die nur verbal durch Widerstandsparolen verbunden wurden.

Gibt es Aussichten der Springer-Kampagne? Es scheint, dass sie auf zwei Ebenen liegen: Eine zentrale Veranstaltung könnte die radikale Ausweitung unseres Begriffs von Öffentlichkeit zur Selbstverständigung leisten; damit wäre keine Veranstaltung in vorderster Front anvisiert. Zweitens müsste wesentlich intern die Scheitern und der Erfolg der Kampagne im Zusammenhang einer Klärung der prinzipiellen strategischen Bedingungen der neuen Linken diskutiert werden. Vor allem muss das Verhältnis von Aktionskampagne und organisatorischer Ausweitung der Protestbewegung geklärt werden; erst daraus lässt sich eine historisch angemessene Organisation des Widerstandes entwickeln.

Kampagne gegen die Notstands-Gesetze

Die 21. DK des SDS formulierte das strategische Ziel der Notstandskampagne des Verbandes mit dem mittlerweile fast ausoft situierten "Der Erfolg unseres Kampfes bemisst sich nicht allein an der Verhinderung der Verabschiedung der Notstandsgesetze, sondern an dem durch den Kampf zu gewinnenden Widerstandspotential". Diese Zielsetzung ist in SDS wieder und wieder verbal reproduziert worden; eine Analyse der tatsächlich geführten Kampagne weist aber ihre erschreckende Vernachlässigung auf.

Selbst die 22. DK blieb weitgehend mit ihrem einer bloßen Bestätigung der Resolution der 21. DK angehängten Aktionskatalog bei der Forderung nach Widerstandshappenings stehen. Die Forderung nach Störung der Zivilschutzelfertage beispielsweise oder die nach Aufklärung über "Interneta der Notstandsplanung" machten sich noch nicht einmal die Mühe, die Planung von Widerstandsperspektiven überhaupt organisatorisch-relevant zu reflektieren.

In einem ähnlich nicht bewußten Widerspruch fand sich der SDS zu seinen diversen Koalitionspartnern innerhalb der Notstandsopposition. Zwar formulierte der Brief des SDS an den DGB ansatzweise eine Kritik opportunistischer Tendenzen innerhalb der Gewerkechaftsbürokratie; Konsequenzen wurden aber daraus bis auf verbale Argumentationslinien nicht gezogen. Die Funktion einer legalistischen inhaltlichen Formalarargumentation wurde nicht als Korrelat zur apathisierenden Praxis von Teilen der Gewerkechaften und ihren Spitzenbürokratien gesehen. Das führte dazu, daß in der praktischen Koalitionspolitik der Gruppen auf lokaler Ebene oft genug selbst die verbalen Differenzierungen nicht mehr auftauchten, geschweige denn eine Gegenstrategie des offensiven und selbständigen Widerstands konkret organisiert wurde. Die Aktionsausschüsse auf lokaler und regionaler Ebene fanden sich nur zu oft auf einen schlechten Minimalkompromiß eingeschränkt; Kompromiß, der sich in den Massenaktionen, den Streiks an Schulen und Universitäten, in einzelnen Betrieben als irrelevant oder gar hindernd erwies.

Die lokalen Kuratorien, teilweise nur auf die Stützung der Linken im zentralen Kuratorium Notstand der Demokratie bedacht, beschränkte sich zu lange darauf, die Auseinandersetzungen um die Bundestags-Hearings, um die tatsächliche Position der "Linken" von Schläge Otto Brenner zu inszenieren intern zu verhandeln. Hand in Hand damit ging die Überwindung des breiten Bündnisses der demokratischen Kräfte wesentlich bloß auf die Verhinderung der Verabschiedung der Notstandsgesetze, die als immer vernichtender hingestellt wurde. Sicher soll die tatsächliche Auswirkung der Vollendung der legalistischen Transformation aus neuen autoritären Staat von uns nicht unterbewertet werden. Der fatalen Passivität, die sich an vielen Orten nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze durch das Parteienkartell entwickelte, hätte jedoch durch eine bewußte und realistische Darstellung dieser Entwicklung sicher entgegen gewirkt werden können.

Die Bruchigkeit der Kuratorien, die "demokratische Kräfte" von bewußten Sozialisten bis zu liberalen Professoren, die später das Marburger Manifest unterschrieben, umfaßten, wurde von uns schon auf dem Notstands-Bundesessenar Anfang Dezember '68 konstatiert. Die notwendigen Konsequenzen daraus zogen wir jedoch nicht. Die Politik der unverbindlichen Sammlung von Koalitionspartnern auf unverbindlichen Verbalpositionen reproduzierte sich auch bei der Verabschiedung des Notstands-Manifestes der Hochschulen. Wenn auch vom Parteienkartell weitend als "terroristischer Druck der Straße" (Schmitt-Vockenhäuser) apostrophiert, konnten die 50.000 Unterschriften nicht annähernd die Teilnehmersahlen an den Notstandstreiks erreichen. Vortreibend war das Notstands-Manifest eigentlich nur für die Teile der Studentenschaft, die durch das Manifest in die Diskussion über die Notstandsgesetzgebung erst eintraten, und für Teile der APO, die über ähnliche Initiativen Parlamentarismuskritik entwickelten. Für den Großteil der studentischen Opposition stellte es wenig mehr dar als eine Zusammenfassung und Fixierung erarbeiteter Positionen. Dafür aber war der organisatorische Aufwand der Gruppen und des Bundesvorstands verhältnismäßig unangemessen.

Weitlin legalistische Argumentation und historisch objektiv überholte Volksfronttaktik bestimmte immer noch die Vorbereitungen des 11. Mai, Sternmarsch auf Bonn, und das obwohl die Entscheidung der Gewerkschaftsbürokratie für die Osterwunder DGB-Veranstaltung die Problematik öffentlich und deutlicher beschrieb, als früher. Wenn es Teilen der bürgerlichen Öffentlichkeit überhaupt möglich war, Teilnehmer am Sternmarsch als uninformiert und unsachlich zu diffamieren, weil sie vielleicht die allerletzte Textvariante in Immergleichen der Formulierungshilfen der Bundesinnenministerreferenten noch nicht kannten, so beschreibt das natürlich doch auch eine ungenügende praktische Verdeutlichung der Zielsetzungen der Notstandsopposition. Die perspektivische Analyse der Osteraktionen stand noch aus. Die Beschreibung der qualitativ neuen Möglichkeiten nach der Ausweitung der Osteraktionen auf junge Arbeiter und Angestellte war noch nicht geleistet. In nicht reflektierter Furcht vor der eigenen Praxis wurde die Offensivstrategie von Ostern in der tabuierten Gewaltdiskussion teilweise wieder zurückgenommen.

Mit dem 11. Mai ist eine Form der Opposition zuendegegangen, die bis zuletzt nicht genügend an den Widerstandsaufgaben orientiert war, sondern auch diffus-liberal dem Schein parlamentarisch gesicherten rechtsstaatlichen Interessenausgleichs nachtrauerte.

Nach der Niederlage im Kampf gegen die Notstandsgesetze nun von Seiten der Opposition zu meinen, jetzt erst recht müsse die Stimme der demokratischen Opposition im Aklamationsparlament des Notstandsstaats hörbar gemacht werden, reproduziert diese Problematik in fataler Weise. Das von BV organisierte teach-in am 11. Mai diente objektiv der Kanalisierung anstelle der Aktualisierung der Widerprüflichkeit innerhalb der Notstandsopposition. Die Intention, die Aufarbeitung der Gründe der Niederlage einzuleiten und Widerstandsperspektiven zu konkretisieren, konnte nicht umgesetzt werden. Es gelang nicht mehr, die Aktionen bis zur Verabschiedung entsprechend zu strukturieren. Zwar setzte sich die Streikparole mit nicht vorhergesehener Intensität um, die Aktionen waren aber nicht so sehr immer Ausdruck und Anfang demokratischer Widerstandsorganisation, als auch

zur in der Form verachteter, aber doch als ohnmächtig begriffener Protest. Der Charakter der Streiks an den Hochschulen ist deshalb in folgenreicher Weise vielschichtig gewesen; einerseits manifestierte sich eine radikal-demokratische Opposition innerhalb der Studentenschaft, die den Streik eigentlich nur als besonders demonstratives Symbol mit Solidarisierungsfunktion in den Betrieben begriff; (Die aktive Durchsetzung des Streiks an den Hochschulen war dann ja auch wirklich in einigen Fällen auslösend für die Proteststreiks in den Betrieben und erleichterte allgemein die Agitation und das erste Herstellen einer gemeinsamen Basis zwischen Studenten und Arbeitern.) Andererseits entwickelte sich die Auffassung, daß Streiks, Barrikadenbau und Rektoratsbesetzungen mehr unter dem Aspekt des aktiven Widerstands gesehen werden sollten. Das war prinzipiell richtig. Nur fehlte aufgrund der mangelhaften Diskussion weitgehend die Konkretisierung der Widerstandsperspektive. Daß auch am Arbeitsplatz in der Universität die Systemverweigerung allein nicht ausreichte, Organisation des Widerstands zu mehr als bloßer Forderung zu machen, wurde im Konzept der Politischen Universität in Frankfurt exemplarisch verstanden.

Das Insistieren auf Erarbeitungen über die Streiks, um durch passivierte Mehrheiten die Konfrontation demokratischer Kräfte zu bewirken, beschrieb die Hilflosigkeit der zum Teil als Schlächtertruppe vorgehenden rechten Studenten (besonders KDS und HSB), sich inhaltlich-argumentativ mit uns auszusammensetzen. Es beschrieb aber auch eine Unklarheit in der Argumentation mancher Gruppen, die die Auflösung in einer radikal-demokratischen Protestbewegung mit dem SDS als Initiator bei vielen Aktionen erfahren hatten und die neue Qualität der Streiks nicht artikulieren konnten. (Eine Erfahrung, die übrigens die amerikanische Studentenbewegung auch machte, als die, die zuerst den Slogan des "Let the People Decide" postuliert hatten, nach Studentenabstimmungen für weitere Werbung der Kapitalhersteller Dow Chemical auf dem Campus trotzdem derartige Werbekampagnen durch setzten etc. zu verhindern suchten.) Die Form der Widerstandsaktion als der politischen Situation möglicherweise adäquater als die Adaption an momentane Furcht in den

Studentenschaften wurde jedenfalls bei dem Notstandsstreik an vielen Orten noch praktiziert, kann noch politisch legitimiert. Es gab sogar Fälle, in denen selbst Genossen Abteilungen vor Barrikaden herbeiführten und dann nach den entsprechenden Voten der vollzählig erschienenen Volkswirtschaftler und Korporierten mithalfen, die Barrikaden brav wieder abzubauen. Daß bei der Bedrohung durch die sich vollziehende Beseitigung selbst von klassischen Minderheitsrechten nicht Widerstand von oben aus zur Abschaffung bereiten Mehrheiten niedergestimmt werden kann, tauchte bei vorher eher syndikalistisch-argumentierenden Gruppen zu oft erst spät als nachgeschobene Begründung auf. Die theoretische und organisatorische Perspektive für die erhoffte Solidarisierung in den Betrieben fehlte weitgehend. Die tatsächlich in größerem Ausmaß als erwartet einsetzende Mobilisierung von linken Gewerkschaftern und jungen Kollegen aus den Betrieben traf die Gruppen ohne ausreichende Vorbereitung. Zwar gelang es, die Kritik am Gewerkschaftsapparat bei den großen Streikversammlungen zu verbalisieren und die Isolation der Studenten punktuell zu durchbrechen; zwar gelang es, an mehreren Orten die von lokalen Gewerkschaftsfunktionären mit in Gang gebrachte Bewegung über reformistische Positionen hinaus zu entwickeln; zwar gelang es, in der aktuellen Streikagitation kurzfristig Aktionsausschüsse von Arbeitern und Studenten zu organisieren. Bis auf wenige Kontakte mit relativ selbsttätigen Gewerkschaftsjugendclubs und Lehrlingsgruppen wie der am Farbwerken Hoechst gelang aber eine organisatorische Stabilisierung der Aktionsseinheit der Streikpläne nicht. Trotz des Aufbaus von Basisgruppen und der weiteren Arbeit von Betriebsprojektgruppen ist die Jugendlinienarbeit bei unserer Ausweitung in die Betriebe bis jetzt nicht prinzipiell im größeren Umfang durchbrochen worden. Die Beschränkung der gemeinsamen Aktionspläne gegen Fortschrittstendenzen oder die Frage der direkt notstandsbezogenen Werkchutzgruppen bot schon inhaltlich neben dem verhältnismäßig günstigen Moment der gemeinsamen Gewerkschaftstaktik nicht genügend konkrete Ansätze für längerfristige Kooperation, die nicht bloß Bewußtseinsindikator-klassentragen gewesen wäre. Inwiefern ist die kreative Entwicklung der Kontakte zu Lehrlings-

und Jugendgruppen der Betriebe nicht zufällig. Im SDS gibt es heute zwar schon Erfahrungen in der Aufarbeitung von autoritären Konflikten im Ausbildungsprozess der Betriebe und ihrer Politisierung; mit dem Problem der Arbeitsplatzbewertung z.B. haben die wenigsten Gruppen adäquat etwas anfangen können.

Ein anderes Moment der Notstandsausweitung überraschte uns: die spontane Rückwendung von Wehrplänen, gerichtet gegen die Unfunktionalisierung der Bundeswehr zur Bürgerkriegsarmee. Herrschte zwar auch in diesen Aktionen formal liberale Argumentation vor, so mußten diese Fälle von Wesen des Konflikts her weitergetrieben werden. Die politischen Kriegsdienstverweigerungen nahmen weiter, wie schon im letzten Jahr, zu. Gleichzeitig stiegen die Zahlen der Kriegsdienstverweigerer innerhalb der Bundeswehr rapide an. In vielen Kasernen ergab sich, daß die Überstellung in den waffenlosen Dienst eine Isoliertheit des Kriegsdienstverweigerers schuf, die auslösend für weitere potentielle Kriegsdienstverweigerer wurde. Es gibt Einheiten, in denen bis zu 10% der Wehrpflichtigen nach und nach einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellten. Vereinzelt Flugblattaktionen gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze mit dem Aufruf, "Wenn sie wieder befehlen, Straßen- und Häuserkampf zu üben und auf Arbeiter und Studenten zu schießen" nein zu sagen, wurden mit drakonischen disziplinarischen Strafen verfolgt. Keine Einschüchterung, sondern im Gegenteil spontane Solidarisierung stellte sich jedoch her. Mittlerweile hat der Bundeswehrgeneralsinspekteur in einem Erlaß die prinzipielle Zurückstellung vom Wehrdienst beim Einreichung der Kriegsdienstverweigerung aufgehoben; die Wehrpläne wurden vom Bundesverteidigungsministerium mit dem aus der deutschen Geschichte schon bekannten Hinweis zurückgeschickt, daß nämlich das Treuegelöbnis sich nicht auf irgendeine Struktur der Verfassung beispielsweise beziehe, sondern auf den Staat schlechthin. Aus den Berichten des Wehrauftrages war Ausmaß und Intensität von Unruhe und unpolitischer Revolte in der Bundeswehr nur zu ahnen. In den letzten Wochen nun ist die Zahl der Bitte um politische und organisatorische Unterstützung durch den SDS aus der Bundeswehr heraus ständig gestiegen. Der BV

meint, daß diese Unterstützung in Koordination mit der politischen Schülerbewegung im AStA und in Kriegsheimatvergewaltigungen gegeben werden muß, nicht aus Widerstandsmoralisierung heraus, sondern weil eine dauerhafte Unterstützung, neben der strategisch ungeheuer wichtigen Anweisung der Schülerbewegung auf die Berufsämter, eine Möglichkeit gibt, exemplarischen Widerstand nicht nur an einem Ort der Gesellschaft zu üben. Die Transformation der Bundeswehr zum Bürgerkriegsinstrument neben kasernierter Polizei und Wehrschutztruppen kann wesentlich behindert werden. Die autoritäre Struktur der Bundeswehr und der selbst in einer imperialistischen Armee anachronistische Bewusstseinsstand großer Teile der Offiziere und fast des gesamten Unteroffizierskorps bietet neben den direkt politischen Ansätzen große Möglichkeiten. In der Bundeswehrkampagne kommt es darauf an, sich mobilisierende Einheiten solidarisch organisiert zu unterstützen und den Bereich der Bundeswehr überhaupt der politischen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Politische Aufklärung und provokative Aktionen kann in der Bundeswehr nur "bedingt einsetzbar" imperialistischen Kriegsmaschine zu beträchtlicher Verunsicherung führen.

Hochschule.

Die Konstituierung der Hochschulrevolte in großen Umfang, mit einer Vorbedingung für die Solidarisierung von Teilen der Arbeiterschaft in Springer-Aktionen und Notstandsstreiks, gelang an den bundesrepublikanischen Hochschulen eigentlich erst in diesem Jahr. Während an großen Hochschulen wie Hamburg oder München hochschulpolitische Auseinandersetzungen (Wenke-Vorlesung, Rektorsfeier) auslösend wirkten, gelang es kleineren Gruppen meist eher, mit der Einführung allgemeiner politischer Momente in Provokation zu massenhafter Diskussion die Herstellung der Revolte zu initiieren. Allerdings muß auch darauf hingewiesen werden, daß über die Massenmedien und AStA-Publikationen vermittelte Informationen über die Aktualität hochschulpolitischer Auseinandersetzungen auch an kleineren Hochschulen eine hochschulwesogene Wirkung erzeugten, deren Intensität allein aus den lokalen Gegebenheiten nicht zu interpretieren ist. Hinzu kam, daß auch allgemeiner politische Diskussionen und Auseinandersetzungen, beispielsweise die Vorlage des Hochschulmanifests gegen die Notstandsgesetze in einer Vorlesung von Carlo Schmid, von den Universitätsadministratoren mit massiven Repressionen und dem Vorwurf des terroristischen Vorgehens und des "Einflüßens faschistischer Methoden" beantwortet wurden. Spätestens dann wurde die Struktur der Hochschule Teil der Auseinandersetzungen. Die Revolte hatte aber nirgends mehr enger begrenzten hochschulpolitischen Charakter, wie er noch für die ersten Berliner sit-ins kennzeichnend war. Trotzdem muß wenigstens ansatzweise die Struktur der hochschulpolitischen Forderungen in den Revolten angedeutet werden. An vielen Orten kam es nach der Revolte-Initiation zu Satzungs- oder Hochschulgesetzdiskussionen. Diese Auseinandersetzungen sind von den Gruppen und den mobilisierten Studenten selbst oft genug nicht mit politischen Fragen oder konkreten "issues" am Studienplatz verknüpft worden. Nur so konnte sich eine Formalisierung der Diskussion entwickeln, wie sie bei manchen Forderungen nach Drittparität schließlich vorherreichte. Diese Formalisierung konnte sinnvoll auch in einer weiteren Hypostasierung der formalen Forderung, etwa auf die Halbpärität, nicht aufgehoben werden.

Die Befehle, in Satzungskommissionen in antiautoritären Programmen beschließen von Kern der studentischen Forderungen abgeleitet zu werden, beschreibt die Tatsache, daß in den Satzungskommissionen einer norddeutschen Universität ein Genosse einen kompletten Universitätsreformentwurf vorlegte, der außer Rahmenvorschriften fast keine inhaltlichen Bezüge definierte und sich gar dazu begabte, dem Rektor das Recht über die Universität zuzugestehen. Ähnlich stellte sich für manche Studentenvertretungen die syndikalistische Interessenvertretung alternativ zu einer unterschiedlichen politischen Aufklärungsarbeit dar. Die praktischen Erfahrungen eher taktierend oder formal vorgebender linker Studentenvertretungen beschreiben bei zunehmender politischer Mobilisierung klar die Falschheit der Konzeption einer eng interpretierten, bloß universitätsbezogenen Interessenvertretung. In den manifesten Repressionsverfahren durch das Bündnis von Justiz, Universitätsadministration und Korporierten in den politischen Mandatsprozessen oder den Verfahren zur Abschaffung der Studentenschaftsbeiträge ließ sich die politische Mobilisierung nicht für sich, sondern als Organ einer selbstbestimmten studentischen Mobilisierung begriffenen Studentenvertretung (wie sie auch ein westdeutscher Entwurf der Sozialdemokratie schon explizit vorsieht) bereits erkennen. Ein Hochschulgesetz wie das baden-württembergische bewies seine Interessensrichtung konkret in der Suspendierung des Heidelberger AStA in den Tagen des Notstandsstreiks. Parallel zu Initiativen gegen die Studentenvertretungen verstrickten sich die illegalen Repressionen gegen die SDS-Gruppen selbst. Nach der Androhung der Suspendierung der SDS-Gruppe an der FU wurde nach dem Carlo-Schmid-go in zum ersten Mal eine immer noch nicht formal, wenn auch von uns praktisch aufgebogene Suspendierung einer SDS-Gruppe ausgesprochen, die das auf zentraler Ebene nie für opportun gehaltene Verbot des Verbotes an seiner sozialen Basis überflüssig machen würde. Die Versuche, Räume für Fortzüge oder Anstellungen nicht zur Verfügung zu stellen, immer neue Anlässe für die Besetzung der Universitäten zu erhalten - früher jedenfalls durch Protest und Berichterstattung der Presse r. sind für die "autonomen" Hochschulen der BRD fast schon alltäglich geworden.

Die neuen Empfehlungen des Wissenschaftsrats, die Godesberger Rektorenerklärung und der Dahrendorfer Hochschulgesamtsplan bestimmen die neue Richtung einer Entwicklung von Hochschuldiskussion, die auf technische Effizienz zielt. Gleichzeitig haben jedoch Marburger Manifest-Geist und ohnehin autoritäre Struktur der Universitäten Effizienz Anpassungen in den Entscheidungswegen der Kulturpolitik erschwert. Es zeigt sich aber, daß die Formierung des wissenschaftlichen Produktionssektors - teilweise durch Ausgliederung aus den Universitäten, teilweise durch direkte und indirekte Repressionen (Disziplinarmaßnahmen, Verwaltungsurteile, Rechtsaufsicht, Mittelentzug, gezielte Stipendienvergabe, numerus clausus, Zwangsreatrikulation, Zwischenprüfung etc.) - gezielter und planmäßiger in Angriff genommen wird als nach der oft diffusen Diskussion der Pichtchen "Reformpläne". Gegenüber derartigen Tendenzen hat Vertrauen auf sachliche Mitbestimmungsdiskussion und -loß trade-unionistische Studentenschaftspolitik ihren Sinn endgültig verloren. Andererseits zeigte sich, daß der von vds getragene Hochschulkongreß "Protest und Widerstand" trotz des prinzipiell richtigen Stells der Thematik losgelöst von praktisch-organisatorischen Aufgaben in keiner Weise Fokus der Diskussion sein konnte, als der er gedacht war. Insofern ist er auch gerade nicht an lokalen Bedingungen gescheitert (Polizei-Besetzung der Frankfurter Universität). Es war ein Fehler des BV, in einer wichtigen Phase der strategischen Unklarheit und der Demobilisierung in den Studentenschaften darauf zu vertrauen, daß eine formale Dachorganisation wie der vds eine Aufgabe wie den Hochschulkongreß wesentlich allein tragen könne. Die Auseinandersetzung am Osto-Suhr-Institut zeigt immer noch die Möglichkeit, an schwachen Stellen innerhalb der Universitätshierarchie selbst mit reformistischen Vorschlägen eine Entlarvung der zentralen Universitätsbürokratie zu bewirken. Die Gefahren dabei, die wesentlich in der Illusionierung über die Möglichkeit einer subversiv-antikapitalistischen Universität in dieser Gesellschaft liegen, sind in Berlin selbst ausführlich beschrieben worden.

Strategisch überlegen werden demgegenüber die fachbezogenen Initiativen am Arbeitsplatz der Studenten, wenn auch das Zurückfallen auf Fachgruppenbildung im SDS, wie es z.B. in Göttingen in der Diskussion ist, nicht schon als Lösung der eigentlichen Organisationsfragen des SDS angesehen werden kann.

Die Kritischen Universitäten, trotz der kritischen Einschätzung der letzten DK an einigen Orten (s.T. auf Initiativen von "Studentenpolitikern" hin, ohne den SDS) entstanden, haben in den Auseinandersetzungen an den Universitäten keine entscheidende Bedeutung gehabt. Die Gefahr der Entwicklung zur Volkshochschule, zum bloß korrigierenden Additiv zum regulären Universitätsbetrieb war auch in Berlin nicht immer bemerkt kontrolliert.

Institutsetzungen, Übernahme von Vorlesungen in aktueller Konfrontation, Umwandlungen von kritischen Arbeitskreisen in Gegenvorlesungen und Seminare werden, so scheint es nach der Entwicklung der letzten Monate, am ehesten in der Lage sein, massenhafte Mobilisierung der Studenten organisatorisch nicht ohne Folgen zu lassen.

Vietnam

Die Demobilisierung nach den Notstandstreiks hatte nicht nur Gründe, die aus dem Ende einer Protestphase und der unzureichenden und widersprüchlichen Agitation in der Verschiedenphasenphase resultierten.

Die Demobilisierung ergab sich auch aus einem Bewußtsein der Studenten heraus, die sich emphatisch internen Problemen der Metropolen zugewandt hatten und eine fast moralische Hinwendung zum Proletariat vollzogen. Nachdem die Kontaktaufnahme mit jungen Kollegen und Betriebsgruppen zwar organisatorisch sich z.T. stabilisieren konnte, blieb die spektakuläre, angesichts der französischen Revolte im Mai/Juni verständlicherweise erhoffte Massenmobilisierung aus.

Liberales Bewußtsein mit moralischer Protestmotivation produziert schnell genug resignative Tendenzen.

Wenn reflektiert wird, wie wesentlich für die Konstitution von Protestbereitschaft in den letzten Jahren die Auseinandersetzung mit dem imperialistischen Aggressionskrieg der USA in Vietnam, die Identifikation mit den sozialrevolutionären Bewegungen der Dritten Welt war, kann die Demobilisierung gerade von Studenten in Sympathisantensfeld des SDS nicht ohne eine Berücksichtigung der Entwicklung der Vietnam-Kampagne erklärt werden; das gerade auch, weil in der spezifisch anderen Situation der USA eine ähnliche Demobilisierung von Teilen der Antikriegsbewegung sich ergab. Die Demobilisierung aktiver Protestbereitschaft muß, neben einer gewissen Stagnation internationalistischen Bewußtseins, parallel zu gewisser Stagnation der Befreiungsbewegungen, erklärt werden als Folge einer falschen Einschätzung der Pariser Vietnam-Gespräche.

Sowohl in den USA als auch in der BRD, hier besonders mit Hilfe der liberalen Presse von Schläge der Frankfurter Rundschau, ist es gelungen, eine Stimmung zu erzeugen, die den Friedensschluß angesichts der so offensichtlich friedensbereitschaft der USA schon in greifbarer Nähe gerückt sehen will, um den reluctanten Vietnamesen die moralische Schuld für die Fortdauer des Krieges endlich in die Schuhe schieben zu können.

Daß faktisch die Eskalation der Bombardierungen seit der spektakulären Gesprächsofferte Johnsons keineswegs irgendeine Abmilderung erfahren hat, brachte im SDS eigentlich nicht erkannt zu werden, wenn nicht neuerdings Gruppen in die Lage geraten wären, plötzlich nicht mehr selbstbewußt Pressekampagnen wegen irgendeines adligen Legationsrats entgegenzusetzen zu können.

Im Vordringen unreflektierten Moralisierens gegenüber dem Krieg in Vietnam (wie es auch von Spiel/Zeit & Co. im Fall Biafra parallel dazu hergestellt wird) wird Öffentlichkeit und manövrierte Kontinuität der Aufklärungsarbeit des SDS sichtbar. Was in Aktionen immer weiter bis zum Sturm auf Konsulate und Amerika-Büros sich radikalisierte bis zu einem Grad, der nicht ohne immense politische und organisatorische Schwierigkeiten weiter zu steigern war, erwies sich nicht gleichzeitig als theoretisch vertieft und stabilisiert in seinem Engagement.

Die Massen demonstrationen gegen die US Aggression bereiteten schon am 21. Oktober 1967 (gerade auch in Westberlin) den Rückzug von intensiver Aufklärung über Vietnam vor und richteten sich mit neuer Emphase gegen die europäischen Machtstrukturen auf. Die Parole "Die NATO ist unser Vietnam" der italienischen Genossen verbreitete sich auch im SDS. Diese Wendung war prinzipiell richtig und in ihrer ausschließlichen Beschränkung auch durch die begrenzte Arbeitskraft der Gruppen motiviert.

Auch der westberliner Vietnam-Kongreß von 17./18. Februar nahm nicht wirklich Aufklärungsfunktionen wieder auf oder konkretisierte wirklich relevante Aktualisierungen des anti-imperialistischen Kampfes, sondern beschränkte sich im wesentlichen auf die phantastisch drapierte organisierte Abklamation. Impulse für die Arbeit der Gruppen oder ihre theoretische Diskussion gab er wohl kaum.

Die Versuche der Legitimation der weitesten Präsenz der USA in Vietnam bei aktiver Friedensbereitschaft begannen, besonders seit der in traditionell antikommunistische Gliedmaßen sich einpassenden hysterischen Hysterie nach der Intervention in der CSER, den Legitimationskontext unserer Arbeit schwer zu schaden.

Der Kampf der Befreiungsfront wird von ihr selbst nicht als durch die Pariser Gespräche entscheidend angesehen.

Die Genossen der FNL haben bei unseren Gesprächen und Treffen am Rande des Sozialer Festivals uns als ihre politischen Waffenbrüder boten, auch an der zweiten Front (wie sie die US-Deserteure genannt haben) im Kampf nicht nachzulassen. Dazu sollte diese DK die entsprechenden Aufklärungsaktionen zu den Pariser Verhandlungen beschließen.

Ein Aspekt der Vietnam-Kampagne des SDS, der eine Konkretisierung anstrebte, die durch die Präsenz amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik vorgegeben war, muß hier gesondert aufgeführt werden. Die Erfolge dieser Aktion, beispielsweise der Verteilung des Informationsflugblatts für die GIs (Of course, some GIs want to go to Vietnam), das wir hier in Frankfurt entwarfen, sind, darf man den ausgesprochen zahlreichen Presseberichten des Auslands glauben, einigmaßen eindrucksvoll.

Aus erklärlichen Gründen waren diese Aktionen nicht immer im gewohnten Öffentlichkeitsrahmen zu propagieren. Die westdeutsche Presse, fast ohne Ausnahme, hat mit ihrem Ausparen auch des gänzlich zugänglichen Bereichs in ihrer Berichterstattung die geheime Zensurpolitik der offiziellen Stellen der BRD übernommen.

Dort wo Studentenschaften und Gruppen des Verbandes, entsprechend dem vds-Beschluß zur Desertionspropaganda zur Verteilung von offenen Desertionsaufrufen übergingen, trafen sie auf den massiven Eingriff der politischen Justiz. Besonders die Prozesse gegen Heidelberger Genossen müssen hier erwähnt werden.

Signifikant für die öffentlichen Verdrängungsmechanismen ist, daß in diesen Fällen saghaft-kritisch die Justiz als Mittel der USA interpretiert wird, um nur den Kontext zur übrigen politischen Justiz in der BRD zu verstören.

Es ist in diesem Rechenschaftsbericht auch an anderen Stellen schon von der Zunahme der Repression und der politischen Verfolgung gegen die Studentenbewegung, besonders den SDS, und die gesamte außerparlamentarische Opposition die Rede. Es ist nicht notwendig, die Diskussion unserer koordinierten Gegenstrategie, wie sie gestern von Vertretern der Gruppen begonnen wurde, hier fortzusetzen. Es soll aber nicht verkannt werden, die Relevanz der Verlagerung der Auseinandersetzungen auf legislative Themen für die Arbeit des SDS zu konstatieren. Die Versuche zur Vereinzelung der Genossen über massive Einschüchterung sind teilweise statt in politischer Diskussion aufgenommen zu werden, verdrängt worden. Es ist auch wesentlich Aufgabe der Gruppen, die Verurteilung von Anti-Springer-Demonstranten bei gleichzeitiger weiterer Verschärfung der Pressemannipulation in ungestörten Gerichtsverfahren weiter ordentlicher Gerichte mit weiter in juristischen Fakultäten fachdidaktisch Ausgebildeten zu verhindern. Eine Kampagne zur politischen Justiz wird neben der Organisation gegenseitiger Hilfe die politische Enttarnung der Herrschaftsfunktionen der Justiz zu leisten haben.

Zur Organisation des SDS einen gesonderten Abschnitt zu formulieren, kann nur dem Sinn haben, die politische Entscheidungssituation organisatorisch zu präzisieren. Jede Bestimmung der Organisationsfrage unter bloßen technischen und formalen Aspekten wäre absurd und belanglos angesichts der entstehenden neuartigen Oppositionsbewegung. Dagegen kann es zur Klärung beitragen, die Überwindung tradierter Organisationsformen des Verbandes an den -ten Strukturen und den neuen Ansätzen klarzustellen. Seit etwa 1959/60 organisierten die SDS-Gruppen einigermassen kontinuierliche und meist akademische Arbeitskreise, die sowohl die politischen Kampagnen aufarbeiteten wie die Notstandsopposition und die Ostermarschbewegung, als auch Strategiediskussionen führten, die zu einer Selbstverständigung nach der sozialdemokratischen Phase beitrugen, ohne zunächst praktisch relevant zu werden. Der Verband stellte sich zwar nicht als geschlossenes Gebilde über als politischer Zusammenhang mit überregionaler Diskussion dar; entsprechend repräsentierte der BV weitgehend die Verbandspolitik. Mit dem Beginn der Protestbewegung, besonders in Berlin, wurden diese Formen in Frage gestellt. Während der letzten Bundesvorstandssitzung von Schauer/Dobrowski wurden provokante Aktionen noch im Namen der Verbandspolitik administrativ abgewehrt; die Formen der Kongress- und Mandatpolitik definierten die taktischen Prinzipien des Verbandes. Die Berliner Praxis der Radikalisierung und Mobilisierung, also der Beginn der Protestbewegung, bestimmte jedoch zunehmend auch die westdeutschen Gruppen. Diesen Prozess hat der Bundesvorstand Reichle/Ging durch eine intensive Kommunikation des Verbandes über die SDS-Korrespondenz und über die politische Initiative in den Gruppen qua Vietnam-Kampagne etc. unterstützt. Mit dem manifesten Übergreifen der Protestbewegung nach dem 2. Juni auf Westdeutschland, zunächst noch in moralischer Form, begann die Phase der Mobilisierung für fast alle Gruppen. Ansehend von der IK 67 übernahm der SDS die Initiative bei der Konstitution der antiautoritären Bewegung durch Aktionen, die wesentlich zwar im Rahmen der Hochschulen stattfanden, aber nicht hochschulpolitisch im bornierten Sinn mehr zu nennen waren. Was sich vorher schon vorbereitet hatte, kam jetzt organisatorisch in zweifacher Hinsicht zum Ausdruck: Der Bundesvorstand wurde entsprechend dem ganzen Verband als organisatorische Einheit in strengen Sinn zureiner relativ abstrakten, formal-repräsentativen Institution. Besetzt als Kompromissprogramm ohne einen kollektiven politischen Arbeitszusammenhang war der BV von vornherein als administrative Institution definiert. Zweitens wurde

in den Gruppen die überlieferte Struktur angegriffen und teils überwunden. An die Stelle eines festen Gruppenvorstandes trat häufig ein praktisches Aktionszentrum z.B. in Form der Projektgruppe, wie sie auf der letzten Delegiertenkonferenz zwar festgeschrieben aber wirksam propagiert wurde. Zumindest verlagerte sich die Arbeit auf Aktionen, in denen die überlieferten Organisationsformen, zeitweise auch die theoretischen Arbeitskreise belanglos und überflüssig wurden; die Gruppen definierten sich organisatorisch durch permanente Aktionen. Diese Dezentralisierung des Gesamtverbandes SDS und die Akzentuierung der einzelnen Aktionskollektive in den Gruppen wurde durch keine regionale Kooperation, wie sie auf der Delegiertenkonferenz und vom Bundesvorstand gefordert worden war, ergänzt. Eine überregionale Diskussion be schliesslich brachte der BV weder vor und schon gar nicht nach den grossen Aktionen und Pfingsten zustande. Unter den objektiven Bedingungen der Dezentralisierung und des Aktionsdrucks hat der BV auch subjektiv keine ausreichenden Initiativen entwickelt. Die drei Beiratsmitglieder waren an ihren Orten völlig in ihrer Arbeit ausgelastet; die Bundesvorsitzenden konnten ihre Funktion für den Gesamtverband wesentlich nur noch aussen erfüllen. Wenigstens für die innere Kommunikation, etwa für die SDS-Korrespondenz, hätte mehr Energie aufgebracht werden müssen. Komplementär durch die Personalisierung auf den Genossen Deutliche durch die Massenmedien, zwar auch ein Element von zumindest propagandistischer Vereinheitlichung, waren die Gruppen fast völlig voneinander isoliert. Das heisst nicht, dass sie nicht in einer gemeinsamen politischen Tendenz und unter gemeinsamen Prinzipien gearbeitet hätten. Nur wurden diese nicht gemeinsam formuliert und organisiert. Unter diesen Umständen verstärkte sich auch die Ungleichzeitigkeit zwischen den grossen und kleinen Gruppen. Die neue Qualität der Protestbewegung kam in den kleinen Gruppen nur massenlos zum Tragen, während gegenüber den spezifischen Möglichkeiten nicht-reformistischer Praxis zwischen völliger Orientierungslosigkeit herrschte, was sich an hochschulpolitischen Aktivitäten besonders zeigen liess. In Berlin realisierte sich nach der Massendemonstration am 21. Oktober vague Ansätze einer Syndikalisierung von ausseruniversitären Gruppen; die Problematik von Interessenpolitik und

organisatorisch qualitativer Arbeitsteilung der Opposition wurde damit vordringlich. Später, nach den Springerblockaden bei der Vorbereitung des 1. Mai, schien eine organisatorische Lösung in den Basisgruppen ansatzweise gegeben, ohne dass der Anspruch kontinuierlicher Arbeit durchgehalten werden konnte. In dieser Situation der Unleichzeitigkeit sollte die derzeit vorpolitische Verbandseinheit des SDS durch die a.o. IK in MKs wieder als politische hergestellt werden. Die einzige SDS-Korrespondenz des Jahres 1968, die a.o. IK selber, waren jedoch thematisch mit der Parlamentarismus-Kritik relativ absiegt angelegt. Politische Diskussion als aktuell Formulierung der eigenen geschichtlichen Situation wurde völlig verdrängt; die bisherige Position war apologetisch an der sie immer noch fortgesetzten eigenen Praxis fixiert und unfähig zur Formulierung präziser strategischer Bestimmungen, während der BV eine zwar organisatorisch gewendete, aber zentristisch und deshalb abstrakte Argumentation vertrat. Was an neuen Ansätzen der Ausweitung und Radikalisierung der Opposition im SDS selbst zu einer Entscheidungssituation führte wurde nicht formuliert und reflektierte sich nur blind in der diffusen Situation der IK. Die einzelnen Organisationsversuche der verschiedenen Gruppen auf verschiedenen Stufen, wie sie formalisiert in der NW-Resolution vom MKs beschrieben wurden - Projektgruppen, Kontaktgruppen, Basisgruppen, Institute, Klubs - , müssen in ihrem konkreten politischen Zusammenhang von den Gruppen selber auf dieser IK diskutiert werden. Hier kommt es nur darauf an, die gemeinsame Tendenz und deren Bedeutung für eine organisatorisch relevante Entscheidung des gesamten Verbandes darzustellen. Die aktionsbezogenen Kollektive waren während des Wintersemesters in aller Regel der Hochschulrevolte angemessen organisiert, es gab sogar eine erste Konsolidierung trotz des Aktionsdrucks. Die Springer-Blockaden überforderten jedoch wenigstens einige der Gruppen besonders in den Sinn, dass die anschliessende Phase der Kontakte mit jungen Arbeitern und Angestellten kaum anders als oberflächlich propagandistisch bewältigt werden konnte. Der Sternmarsch leistete im Sinne einer Konsolidierung auch keine Dienste, umso schwächer begannen mit wenig bewussten Perspektiven die Notstandsstreiks. In ihrem Verlauf wurden die wesentlichen organisatorischen Zusammenhänge schliesslich auch

unteren allgemeinen subjektiven Eindruck der politischen Gesamtsituation... Die gemeinsamen Befahren... der Privatisierung... den unmittelbar... Das gilt auch für Polen, obwohl die Notstandsgesetze... kein eine Rolle spielten und eine halbherzige Rechtschulverträge keine politische Mobilisierung, aber desto mehr organisatorische Aufblähung bewirkte.

An dieser Stelle muss die relativ eingegrenzte Darstellung politisch erweitert werden. Die Kontinuität, wie sie sich in dieser Abschnitt in der Ausweitung der Protestbewegung zeigte, hat sich keineswegs mechanisch durchgesetzt. In Gegenteil hat es bis heute erhebliche Widersprüche gegen die autoritative Bewegung im SDS gegeben. Als ein positiver Element der Politisierung gab es Fraktionshänge freilich noch zuvor. Die qualitativ neue Phase ist aber durch die praktische Ausweitung und Bedeutung der Protestbewegung definiert, d.h. die folgenlose Fraktionspolitik in der akademischen Phase geführt zum die Aktionsarbeit. Die Aktion konstituiert aber wesentlich die Oppositionsbewegung zwischen die ihre letzte Phase überwinden hat. Die praktischen Konsequenzen eines solchen Richtungswechsels zeigen sich an deutlichsten in den Gruppen München und Köln. In München haben sie inzwischen zur faktischen Auflösung des SDS geführt, während in Köln die verfestigten "Gegensätze die Gruppe ständig zu paralysieren drohen. Auf Verbandsebene schliesslich wiederholten sich diese Gegensätze auf dem Sofia-Festival. Nur wird in der Diskussion um den Anschlussantrag des Bundesvorstandes gegen fünf Genossen die Argumentation noch in extenso darzustellen sein, es ist jedoch notwendig, hier bereits den Bezugsrahmen für den Verbandsschluss zu definieren. Es sind nicht setzungs- oder programmdefinierte Prämissen, die die Protestbewegung tragen, sondern praktische Prämissen, wie sie sich in den Aktionen herausgebildet haben. Sie orientieren sich an gesellschaftlichen Ansprüchen revolutionärer Politik, die unmittelbar und konsequenzen orientiert realisiert werden und eine typisch politische Verhältnisse konstituieren, die in Kategorien von s.w. sozialistischer Massenpolitik nicht mehr begriffen werden kann. Es liegt diese Prämissen scheinen, so sehr haben sie gesellschaftliche Milieus inzwischen erlangt. Sie betonen die Mobilisierung und gesellschaftliche Tendenz der Oppositionsbewegung.

Die Entscheidungssituation des SDS ist in Grundrissen herausgearbeitet. Sie wird von der Ambivalenz von einerseits produktiver, positiver Überwindung tradierter Organisationsformen und andererseits von Organisationselementen überhaupt. Daraus ergibt sich, das das Problem der Zentralisierung im SDS durch keine abstrakte Stärkung des Bundesvorstandes als Institution gelöst werden kann. Der politische Prozess einer organisatorischen Vereinheitlichung des Gesamtverbandes kann auf dieser Delegiertenkonferenz nur beginnen; es wird von der Initiative des nächsten Bundesvorstandes in den Gruppen wesentlich abhängen. Entscheidende Bedingung einer weiteren prozessualen Bildung von informellen Kadern in den Gruppen wird ein festes arbeitsteilig organisiertes Kollektiv auf Verhandlungsebene sein.

Unter dieser Perspektive beginnt nach der notwendigen Phase der antiautoritären Mobilisierung die organisatorische Weiterentwicklung und Konsolidierung der Protestbewegung als Organisation des offensiven Widerstands.

Die Entscheidungssituation des SDS ist in Grundrissen herausgearbeitet. Sie wird von der Ambivalenz von einerseits produktiver, positiver Überwindung tradierter Organisationsformen und andererseits von Organisationselementen überhaupt. Daraus ergibt sich, das das Problem der Zentralisierung im SDS durch keine abstrakte Stärkung des Bundesvorstandes als Institution gelöst werden kann. Der politische Prozess einer organisatorischen Vereinheitlichung des Gesamtverbandes kann auf dieser Delegiertenkonferenz nur beginnen; es wird von der Initiative des nächsten Bundesvorstandes in den Gruppen wesentlich abhängen. Entscheidende Bedingung einer weiteren prozessualen Bildung von informellen Kadern in den Gruppen wird ein festes arbeitsteilig organisiertes Kollektiv auf Verhandlungsebene sein.

11. Zum Ausschuss... Satzungsänderung:

In die Satzung des SDS wird folgender § eingefügt:

§ 12a. Die Delegiertenkonferenz als oberstes Organ des Verbandes (§16) kann mit entschlussändernder (2/3) Mehrheit Mitglieder aus dem Verband ausschließen.

Die Delegiertenkonferenz als oberstes Organ des Verbandes (§16) kann mit entschlussändernder (2/3) Mehrheit Mitglieder aus dem Verband ausschließen.

SOCIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND -SDS- Bundesvorstand
a.o. Bundesvorstandssitzung vom 10. August 1968

Entscheidung: Die Genossen Peter Bubenberger (Köln), Fred Schmid (München), Wanja von Heiseler (Frankfurt), Stephan Voets (Wuppertal) und Andreas Achenbach (München) sind während der IX. Weltjugendfestspiele in Sofia wiederholt als Sprecher einer "SDS-Delegation" gegen Initiativen des SDS aufgetreten, obwohl der Bundesvorsitzende sie darauf hingewiesen hatte, das ein derartiger politischer Anspruch angesichts der Auffassungen der Mehrheit der in Sofia anwesenden Genossen wie auch der Zufälligkeit der politischen Zusammensetzung der SDS-Teilnehmer absurd erscheinen müsse und das ihre politischen Positionen sich inhaltlich gegen den SDS richteten.

Sie haben insbesondere öffentlich wiederholt die Initiative des SDS zu einer Demonstration vor der US-Botschaft als spalterisch diffamiert und die handgreiflichen Aktionen gegen diese Demonstranten für notwendig erklärt und ausdrücklich begrüßt. Sie haben sich an den Aufmärschen der ZNAJ und "Spontaner bulgarischer Arbeiter" vor der US-Botschaft beteiligt, obwohl diese Aufmärsche mit Bruchialgewalt das vom SDS einberufene sit-in auflösen sollten. Sie haben während der anschließenden Diskussion im Arbeitskreis Festival über diese Demonstration zwar bei einer Abstimmung über den Ausschluss des SDS-Bundesvorsitzenden aus dem Teilnehmerkreis sich der Stimme enthalten, jedoch in Diskussionsbeiträgen keinen Zweifel daran gelassen, das sie diese Maßnahme für gerechtfertigt hielten.

Sie haben in Foren und Kolloquien des Festivals mehrfach erklärt, sich vom SDS-Bundesvorstand nicht repräsentiert zu fühlen, Wanja von Heiseler erklärte dies sogar unmittelbar nach dem Faschismus-Vorwurf gegen den SDS-Bundesvorsitzenden durch einen bulgarischen Delegierten.

Sie haben beschlossen, sich an einem Empfang der Freien Deutschen Jugend (FDJ) der DDR zu beteiligen, obwohl sie wußten, das der SDS-Bundesvorsitzende als einziger Teilnehmer aus der BRD "ausgeladen" worden war. Sie haben nach dem tätlichen Angriff durch bulgarische Polizei in Zivil auf Besucher der chinesischen Botschaft die Erklärung des SDS-Bundesvorsitzenden, demonstrativ der Botschaft einen Besuch machen zu wollen mit einem Flugblatt der "SDS-Delegation" beantwortet, in dem diese Initiative als "billige Provokation" mit der "objektive(n) Wirkung eines 'Antifestivals'" apostrophiert wurde.

Die Situation des II. Festivals war geprägt von latenten politischen Differenzen innerhalb der sozialistischen Weltbewegung. Eine rationale Diskussion um diese Differenzen wurde jedoch durch die Festivaladministration zu verhindern versucht. Manipulation von Rednerlisten,

III. ZUR ENTWICKLUNG IN DER CSSR

Die "linke" Empörung über die Intervention der Warschauer-Fakt-Straten in der CSSR oder das schlichte Bedauern seitens der kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens etc. neigt sehr dazu, die Kehreseite der Medaille zu sein, deren andere Seite die Rechtfertigung der Intervention ist: wer nämlich glaubt, die SU habe durch die Intervention "den Sozialismus verraten", macht sich noch illusionen über den "Sozialismus der Sowjetunion." Und wer glaubt, sich angesichts der Intervention für die Dubcek-Richtung stark machen zu müssen und im Abzug der Warschauer-Fakt-Gruppen eine Lösung zu sehen, folgt der Politik der SU insofern, als er sich die von ihr vorgeschobenen Scheinalternativen zu eigen macht. Wenn wir hier in den hochindustrialisierten Metropolen des Imperialismus revolutionär arbeiten wollen, darf unsere Analyse der Entwicklung des "Sozialistischen Lagers" weder steckenbleiben in der weiteren unausgewiesenen Kennzeichnung der SU, der Volksrepubliken Bulgariens, Jugoslawiens, Polen, Rumänien, CSSR und der DDR als sozialistische Länder, noch in der Beschreibung eines "demokratischen Sozialismus"—schon dieser Begriff kennzeichnet unsere jahrelange Defensive sowohl gegenüber der Entwicklung des "Sozialismus" in diesen Ländern, der für uns kein Vorbild sein konnte, als auch gegenüber den Verhältnissen in der BRD, die die häufige Verwendung des Begriffes "demokratisch" als opportun erscheinen ließen. Gerade diejenigen "Linken" in der BRD, die heute die Intervention in der CSSR rechtfertigen, reduzierten die Kämpfe in den Metropolen auf den "Kampf für Frieden und Demokratie" und verkürzten den Kampf gegen die Notstandsgesetze auf eine Verteidigung "demokratischer" Verfassungspositionen.

Sowohl die Politik der neuen technokratischen Elite in der CSSR als auch die militärische Besetzung des Landes durch die Truppen des Warschauer Paktes, sind nur zu verstehen, wenn auf ihre historischen Ursachen zurückgegangen wird. Unter dem Stalinismus verwandelte sich die Staatsform der Sowjetunion aus der unter Führung des Bolschewiki erkämpften Diktatur des Proletariats in die Diktatur der Parteibürokratie über das Proletariat. Der Aufbau und die Verteidigung des "Sozialismus in einem Lande" führte zur Errichtung des Sozialimperialismus der "owjetbürokratie" in den Ausbeutungsverhältnissen, den ökonomischen Beziehungen der SU zu den Ländern

ihres Herrschaftsbereiches. konstitutiv für die Etablierung derartiger Beziehungen waren: der imperialistische Druck auf die UdSSR, der sie zur forcierten Industrialisierung und Rüstung zwang, und das Eigeninteresse eine Bürokratie, die sich im Verlauf verchristeter Akkumulation mehr und mehr gegenüber den Interessen der Arbeiterklasse—auch im internationalen Rahmen—verbeiständigte und damit zur Entwicklung von entartenden Widersprüchen in einem sozialistischen Land führte. Der historische Wendepunkt zu einer nicht mehr nur partiellen Verlobtändigung der Bürokratie liegt in der Einführung des ersten Fünfjahresplans im Jahre 1927. Mit diesem Schritt versuchte sie zum ersten Mal, ihre historische Funktion als Ersatzbourgeoisie zur diktatorischen Durchsetzung beschleunigter Akkumulation gegen die Interessen der Arbeiterklasse zu erfüllen. Die Legalisierung des Marktes in der NEP-Periode und die damit verbundene Stärkung des Kleinbürgertums wurden mit einem Schläge rückgängig gemacht. Das Ergebnis war jedoch nicht eine Öffnung nach links, sondern die verchristete Akkumulation hatte die offene politische und ökonomische Unterdrückung der Lohnabhängigen, ihre restlose Unterwerfung unter das Leistungsprinzip und die endgültige Liquidierung ihrer durch die Oktoberrevolution errungenen ökonomischen Machtpositionen zur Folge. Damit hatte die Politik des "Sozialismus in einem Lande" zur Errichtung eines bürokratischen Herrschaftssystems geführt.

Mit der "Auffristung" gegenüber der drohenden imperialistischen Aggression wurden nun die durch die Fünfjahrespläne systematisch eingeführten sozialistischen Planungsprinzipien selbst wieder pervertiert. Hatte der Grundzweck der planmäßigen "Ausinvestition" in die Produktionsmittelindustrie zum Ziel, den Aufbau der Konsumgüterindustrie zu beschleunigen und progressiv zu differenzieren, so wurde die Schwerindustrie durch ihre immer stärkere Abhängigkeit von der Rüstung selbst zu Konsumgüterindustrie—und zwar für den gesellschaftlich unproduktiven "Genuß von Kriegswirtschaft. Diese hohen Kosten in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung äußerten entweder zur Stagnation der Produktionsmittelindustrie oder der der Konsumgüterindustrie führen.

So mußte die Sowjetunion den Zweiten Weltkrieg überleben, ohne auf die Macht von in Aktion organisierten Massen sich stützen zu können, ohne die eingeführten Prinzipien sozialistischer Planung realisieren zu können. Der Kampf gegen den Faschismus wurde als "Großer Vaterländischer Krieg" mit Hilfe von nationalstischen und auch chauvinistischen Agitation geführt, um die gesamte "Bewertung" mobilisieren zu können. Den Schritt zur "Volksarmee", die der II. Periode der offiziellen Ideologie erobert, hatte die Stalin'sche Parteibürokratie bereits damals objektiv vollzogen.

Mit diesen ökonomischen und politischen Bedingungen waren die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der Sozialismus in einem Land nach dem Zweiten Weltkrieg zur Etablierung eines internationalen Ausbeutungs-systems, des sozialistischen Sozialimperialismus, führte.

II

Die ökonomische Ausbeutung der osteuropäischen Länder hat nicht dieselbe Ursache wie die der Kolonialländer durch den klassischen Imperialismus und beruht darauf auf einer anderen Struktur internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Der klassische Imperialismus exportierte Kapital, um der permanenten Gefahr der "Überproduktion" zu begegnen, wobei die Industrialisierung der Kolonialländer zunehmend behindert wurde. Dagegen mußten die osteuropäischen Länder verarbeitete Waren zu liefern, um den Wachstumsprozeß in industriell rückständigen, kriegszerstörten Ländern zu fördern. Grundsätzlich verlief die Ausbeutung über die drei klassische-imperialistischen Mechanismen: teurer Verkauf (über Weltmarktpreis), billig einkaufen (unter Weltmarktpreis) und unmittelbare Ausbeutung der Arbeiter in den Satellitenstaaten (z.B. durch die Errichtung sowjetischer Aktiengesellschaften in damals sowjetisch besetzten Teil Deutschlands). Da die SU die Satellitenstaaten zum Aufbau eigener Schwerindustrien zwang (es gibt freilich Ausnahmen wie Rumänien), wurden diese extrem reibstoffabhängig von ihr. Dies verhinderte eine optimale Arbeitsteilung der osteuropäischen Wirtschaften.

Die CSSR war bereits vor dem Zweiten Weltkrieg weitgehend industrialisiert, und zwar auf dem Investitionsgütersektor mehr als die übrigen Satellitenstaaten. Die mit den genannten Handelsbedingungen verbundene verchristete Akkumulation war aber selbst hier nicht ohne erheblichen Konsumverzicht der Massen möglich. Die daraus resultierenden ökonomischen und politischen Schwierigkeiten führten dazu, daß vor allem die Technokratie einen Teil des notwendigen Investitionskapitals im Rahmen des Marshall-Plans zu beschaffen versuchte. Im Zeichen der Vorseherung des Kalten Krieges und des Versuchs des US-Imperialismus, die osteuropäischen Länder aus dem neu etablierten Machtbereich herauszubringen, verhinderte die Sowjetunion die Kreditaufnahme. Parallel dazu wurde die Betrieblieferung unterbunden, die Anfang Mai 1945 die Produktion harmonisiert hatte, wurde die Entschärfung der Betriebsverträge, wie sie im 1940 unter dem objektiven Zwang des Krieges entstanden und der Niederlage der Revolution in Deutschland als Alternative zu einer revolutionären Innen- und Außenpolitik vollzogen wurde, nun zu einem unmittelbaren Ausdruck des Herrschaftsinteresses der Sowjetbürokratie. Bereits im Oktober 1945 wurden zentrale Lager und Produktionsmittelzentren eingesetzt, die nur zu einem Drittel von den Arbeitern gewählt wurden. Die Ausschaltung einer potentiell revolutionären Arbeiterbewegung in der ersten Phase der Machtübernahme der Bürokratie entsprach sich gegen die Bürokratie war in dieser Phase also nicht die einseitliche Großbourgeoisie. Diese hatte vor dem Krieg weitgehend eine Kompradorerolle gegenüber dem deutschen Großkapital gespielt und war dann von Faschismus entgültig worden. Ihrer ökonomischen Hauptstellung beraubt, fiel ihre politische Bedeutung nicht geringer. Die Machtkonzentration von 1946 betrafte die Ausschaltung des nationalen Groß- und Kleinbürgertums. In den Jahren bis 1953 wurde die KPC von allen nationalkommunistischen, "stalinistischen" Kräften gereinigt.

In den folgenden Jahren entwickelte sich die CSSR unter dem in der SU geschaffenen Leitungsmodell relativ schnell. (Die durchschnittliche Wachstumsrate betrug bis 1960 8%, die der Industrieproduktion 12%.) Als Folge der ökonomischen Ausbeutung durch die SU kam es jedoch zugleich zu einer disproportionalen Zunahme der Investitionsgüterindustrie, der eine Vernachlässigung des Konsumgütersektors entsprach. Die Konsumgüterindustrie wuchs nur halb so schnell wie der Sozialprodukt. Ab Anfang der 60er Jahre gingen die Wachstumsraten immer mehr zurück, bis die Entwicklung 1963 in eine schwere Wirtschaftskrise mündete. Da die CSSR durch die Überbetonung extensiver Wachstums des Beschlusses an den internationalen Produktivitätsstandard verloren hatte, wurden ihre Absatzmärkte durch Stillebeitz und wettbewerbsfähige Konkurrenz gefährdet. Zwar stieg die Wachstumsrate wieder in den letzten Jahren, aber die Hälfte dieses Zuwachses ging auf Lager.

Angesichts der Stagnation der Wirtschaft beschloß die KPC 1965, das "neue Wirtschaftsmodell" (NWS) schrittweise einzuführen, von dem allerdings nur die Großhandelspreiserform verwirklicht wurde. Sollten weitergehende Wirtschaftsreformen verwirklicht werden, so müßte zunächst die konservative Sowjet-Gruppe ausgeschaltet werden, die der Realisierung der geplanten Wirtschaftsreformen im Wege stand. Anstanzpunkt der Stillebeitz, die seit über die Konzeption des "Neuen Wirtschaftsmodells" hinausgeht (wie übrigens auch über das NWS in der DDR), sind die veraltete Industriestruktur, die disproportional Entwicklung von Konsum- und Investitionsgüter-Sektoren, das Zurückbleiben des technischen Standards der Erzeugnisse, das Misserhältnis zwischen schwerer und Leichtindustrie und die niedrige Arbeitsproduktivität. Daran ergeben sich vier Hauptziele für die Reform: Desentralisierung, Lohnflexibilisierung, Einführung von weiteren Marktmechanismen (Neue des Profitmotivs) und Öffnung der Wirtschaft nach Westen.

III

Was bedeutet nun die Reformen für die verschiedenen im Wirtschaftsplan beteiligten Gruppen. Zunächst größeren Arbeitergruppen und höhere Einkommen für die Betriebsführung. Da es sich um einen Bruch mit der Masse und Arbeitslosigkeit im kleinsten kurzfristigen Folgen der Realisierung sein werden, kann es zu einer Streikwelle kommen. Die Reformen hat bereits Forderungen nach mehr Gewinnen, die ebenfalls zu Lasten der Lohnabhängigen Massen gehen. In deren Fortschritt zu neutralisieren (so Otz Sib), wurde ein NWS-Entscheidungsmodell entwickelt, das die Arbeiter in die Betriebe integrieren sollte. Wie die "sozialistische Produktion" (die die Arbeiter abgepalten, verfügbarer Arbeitskräfte) antwortet das NWS-Entscheidungsmodell auf ein reales Beschäftigungsproblem, dessen objektiver Grund in dem Versagen der alten Planungsstruktur gegenüber einem durch fortwährende Technologisierung und immer stärker werdender Arbeitslosigkeit veränderten Produktionsprozess und in dem Misserhältnis zwischen Massen und kollektiver Intelligenz durch Teilnahme der Produktion zu Personalentscheidungen zu sehen ist. Es über die Beschäftigung der Arbeiterklasse. Eine solche neue Wirtschaft zu erhalten, versuchte die neue Technologie. Eine solche neue Beschäftigungsbedingung durch ein bedingtes, dass die Form der Laborisierung anstellt und sich an die Intervention des Massen anstellt.

Die unterschiedlich um die Entwicklung in der CSSR und der DDR sind durch die Intervention zu sein, sobald stellt der Beschäftigung der Arbeiterklasse ein Hauptmoment der Weiterentwicklung jener unter dem Versagen der alten Planungsstruktur dar, die auf Kosten der politischen Bewusstseins der Arbeiterklasse durch ihre Beteiligung an den Produktionsentscheidungen

Schon in der NEP-Periode wurden Planung und Organisation nach von Kapitalismus übernommenen Rationalisierungskriterien realisiert, statt als Schule zur Entfesselung der Produktivkraft Bewusstseins aufgefasst zu werden. Die Produzenten wurden aber in der ökonomischen Planung noch an der Organisation der Arbeit selbst beteiligt, was ihnen allein ermöglicht hätte, ihren Stellenwert in Gesamtproduktivität zu erkennen und tendenziell selbst zu bestimmen. Eine solche Beteiligung am Produktionsentscheidungsprozess hätte als massenhafter Lernprozess, der den Produktionsgrad der Arbeiter zu haben in der Lage gewesen wäre, tendenziell den Leistungsgrad der Arbeiter zu erhöhen, von geläufiger und massenhafter Teilhabe an der Produktion und ausführender Tätigkeit, von geläufiger und massenhafter Teilhabe an der Produktion und ausführender Tätigkeit aufzuheben. In Stillschaltung eines solchen politischen Anreizes zur Arbeit wurde die materielle Freilassung des Arbeiters, sondern auf einen Sanktionsmechanismus nicht als ökonomischer Prozess begriffen, sondern auf einen Sanktionsmechanismus verschoben, an dem die Produktivkräfte einen bestimmten Grad der Entwicklung erreicht haben würden. Sie bildete sich jene für fast alle heutigen kommunistischen Parteien typische unidirektionale Ziel-Vorstellung heraus, für welche antizipatorische Elemente fremd ist.

Die Substituierung der politischen Anreize durch materielle brachte eine Entfesselung mit sich in einem solchen massenhaften unpolitisierten Raum gediehen. Die Substituierung des Kapitalismus zu materieller Gewalt: Die Arbeitsteilung zwischen ausführender und leitender Tätigkeit führte nicht nur zur Spezialisierung des Unterschieds zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, sondern auch zur Vertiefung der Spaltung zwischen Arbeiterschaft und Intelligenz. Abgespalten von unmittelbaren Produktionsprozessen, entstand eine technokratische, publizistische und künstliche Intelligenz, die gerade aufgrund ihrer Isolation immer mehr verbürgerlichtet. Nur so ist es zu erklären, dass die technische Intelligenz, die nach der Stalin-Ära zu Fortkommen zu sehen wusste, nur so ist es zu erklären, dass sich nach der Aufhebung der Zensur in der CSFR die publizistischen Verlautbarungen ein theoretisches Analphabeten, in dem bürgerlichen Elementen dominierten.

Durch die Verurteilung der Produzenten zu einem reinen Ausführungsorgan schied sich der ökonomische, ökonomische der Wirtschaftsgesellschaft, der über zu einem Renaissance der Biologie von der Konsumentenverknüpfung, der über zu einem Markt zu entsprechen. Nicht der von allen Gliedern der Gesellschaft, sondern der Markt sollte ausweisen, welche Arbeit gesellschaftlich notwendig sei.

Durch die Förderung des individuellen Egoismus, durch materielle Anreize wurde die Verstellung, dass private und gesellschaftliche Bedürfnisse grundsätzlich verschieden seien, mit der Würde eines Naturgesetzes ausgestattet, statt die Widersprüche als einen gesellschaftlich bedingten zu begreifen, und ihn in sich darüber Arbeit aufzuheben, durch veränderte der Begriff der Solidarität zum individuellen Schlagwort. Die Einführung des Marktes hätte den gesamtgesellschaftlichen Konkurrenzkampf der Produzenten untereinander Raum gegeben.

Die Einführung des Marktes im Sikkischen Modell stellt nur die freilich weitestgehende Konsequenz und strömungsförmige Ausgestaltung eines Prinzips dar, politische Entwicklung durch materielle Anreize aufzuweisen.

Die Dubcek-Gruppe konnte sich diese Bestrebungen vorläufig mit den Mitteln der Vergrößerung individueller Freiheiten leisten, die das gesellschaftliche Bewusstsein der Bevölkerung im Zuge der vorangegangenen Entwicklung längst darauf vorbereitet war, dass sie die Konsequenzen offener neokapitalistischer Wirtschaftsformen nicht erkennen konnte und auch den Abbruch noch vorhandener Rechte der Arbeiter und von Bestbeständen proletarischer Organisation nicht in Frage stellte. Darüberhinaus brauchte sich die Dubcek-Gruppe nicht die Sorgen des Novotny-Regimes um seine Machtgrundlagen machen, da ihre soziale Basis gerade die Wirtschaftspragmatiker und Technokraten sind, die sich schon in Zuge der Wirtschaftsentwicklung unter dem Novotny-Regime herausgebildet, über oben der Parteibürokratie die Vorherrschaft streitig machten.

Die Freiheiten, die die Wirtschaftspragmatiker und Technokraten fordern, sind die Freiheiten, die sie als Funktionäre einer fortgeschrittenen neokapitalistischen Produktionsweise für ihre Tätigkeit und zu ihrer Reproduktion als Inhaber der direkten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel brauchen. In diese ihre Freiheiten aber gegen die Parteibürokratie des Novotny-Regimes durchzusetzen, mussten sie wie jede gesellschaftliche Gruppe, die sich gegen eine andere herrschende durchsetzen will, ihre spezifischen Freiheitsforderungen zu allgemeinen machen (eine Ausnahme bildet prinzipiell nur das sich befriedigende Proletariat, das gegen die herrschende Klasse kein "besonderes Klasseninteresse hat"). Die Liberalisierung steht folglich unter dem Zwang, sich einerseits gegen die allgemeinen Freiheiten der Novotnyzeit zu wenden, andererseits aber die neokapitalistische Entwicklung weiter abzuwickeln zu müssen. Unter diesem inneren Zwang ist es kein Zufall, dass die Schriftsteller die Vorreiter der Liberalisierung wurden. Denn die Schriftsteller konnten etwas allgemeines, nämlich Meinungsfreiheit, fordern, das zugleich auf ein bürokratisches Privileg gegenüber den Massen beschränkt blieb. Insofern die individuelle Freiheit des Schriftstellers Meinungsfreiheit zugleich Produktionsfreiheit bedeutet, gibt die Meinungsfreiheit den Massen natürlich nicht die Möglichkeit, sich als unabh. selbstbare Produzenten selbst zu bestimmen. Vielmehr wirkt sich auf der Grundlage des bürokratischen Bewusstseins der Meinungspluralismus entgegenzusetzen aus, indem er an der bisherigen Entwicklung entgegenstehende Unzufriedenheit aus ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit löst und auf die Meinungsäußerung nieder zu kurz gekommenen Interessengruppen rekrutiert. Dadurch wird eine Kritik, die als Kritik an den Massen werden will, die Wirklichkeit immerzeit insoweit genau als die ebenfalls als Meinungsäußerung einer zu kurz gekommenen Interessengruppe wirken muss und damit ihr Ziel nicht erreicht, nämlich als gesamtgesellschaftliches proletarisches Klasseninteresse begriffen zu werden. Andererseits kommt sich die neokapitalistische Entwicklung gerade mit der Liberalisierung des Massenbewusstseins schufen und zwar in der direkten Konsequenz des Bewusstseins unter Novotny, die als Verzicht auf eine sozialistische Entwicklung des Massen nach einer privaten Freiheitsphase zur Absicherung der durch individuellen Leistung und Konsum errungenen Vorteile reproduzierte und alles gesellschaftliche als Einklang dieser privaten Freiheitsphase wirken lassen musste.

V.

Da die Sikk-Richtung als zwangsläufige Folge der neokapitalistischen Entwicklung, die ihrerseits die zwangsläufige Folge des Verzichtes auf eine sozialistische Entwicklung und der inneren Widersprüchlichkeit der neokapitalistischen Entwicklung entstanden sind, werden sich ihre wesentlichen Inhalte auch nach der Intervention und im Einverständnis mit der SU-Führung durchsetzen, ebenso wie die Endar-Regierung die im Aufstand 1956 erhobenen revisionistischen Forderungen selber durchsetzte.

Der Liberalismus aber wird fort seine Grenzen haben, wo seine Grundlagen die neokapitalistische Entwicklung, ihre innere Widersprüchlichkeit vertritt. Deshalb ist die Frage, wie die Herrschaft der Wirtschaftspragmatiker und Technokraten in der privaten Frage stellt, die keine besondere Klasse sind, sondern zusammen in der privaten

gierten bürgerlichen Intellektuellen, den legalen Kapitalisten und den tolerierten oder privilegierten untergrundkapitalisten (Zwischenhändler, Makler, Spekulanten, Schieber etc.), insofern die bourgeoisie bilden, als sie die herrschenden Funktionäre der herrschenden Produktionsweise sind. Der Sikk-Richtung wird es so ergehen, wie den Versuchen des Kapitalismus, sich zu "reformieren": das Bemühen, der eigenen Widersprüche Herr zu werden, schafft neue Widersprüche! Dann wird es aber nicht mehr wie bei der Ablösung der traditionellen Parteibürokratie durch die Wirtschaftspragmatiker und Technokraten darum gehen, daß sich Bürokraten bekämpfen, sondern dann wird die innere Widersprüchlichkeit der neokapitalistischen Entwicklung die Bevölkerung objektiv zur Revolution drängen. Diese Revolution wird- und das ist schon jetzt von ausschlaggebender Bedeutung für die Arbeit revolutionärer Gruppen in der SU und den anderen Volksrepubliken - ihren Hauptinhalt nicht im Sturz der Bürokraten und anderer Teile der Bourgeoisie haben, sondern für sie gilt in besonderem Maße, was MARX in der "deutschen Ideologie" schreibt: "daß also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die herrschende Klasse auf keine andere Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen preck vom Hals zu schaffen, um zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden".

IV. Zum Kampf gegen die Notstandspraxis, Militarisierung, Bundeswehr ...

Der SDS konstatiert den Versuch des westdeutschen Kapitalismus und Staatsapparats, die Überfallig gewordene Herrschaft innenpolitisch durch Notstandspraxis und außenpolitisch durch die Festigung seiner Hegemonie in der westeuropäischen Militärschlacht zu stabilisieren. Nachdem eine lang geübte Praxis der Repression durch die Verabschiedung der NS-Gesetze legalisiert ist, sieht der SDS erhöht die Notwendigkeit, offensive Widerstandsformen zu entwickeln.

I. Zur ökonomischen Analyse der Notstandsplanung Die Ursache der Militarisierung von Staat und Gesellschaft ist der Übergang von der technologisch bedingten Revolutionierung der Produktionsweise und ihren reaktionär-kapitalistischen Neigungsformen. Der technische Fortschritt führt unter kapitalistischen Produktionsbedingungen einerseits zu zunehmender imperialistischer Aggressivität, andererseits zu einer zunehmenden Militarisierung in den kapitalistischen Metropolen selbst.

In Rahmen der Nato ist das bundesrepublikanische Kapital der Hauptverbündete des US-Imperialismus in Europa. Solcherart abgesichert, versucht es einverleiben von ökonomischen Erregungen (Arbeitskräfte, Rohstoffe), abermals aus politischen Motiven (konterrevolutionäre Repression - Griechenland -) die systematische Infiltration in den halbindustrialisierten Staatengürteln (Griechenland, Spanien, Portugal). Damit verbunden ist eine immer offener praktizierte Unterstützung der afrikanischen Apartheid-Regime und der portugiesischen Kolonialherrschaft. Dieser Entwicklung läuft die Hegemoniestreben in der NATO parallel.

Hier gewinnen die konterrevolutionären Vorbereitungen in Innern an Aktualität, weil jede konsequent revolutionäre Praxis der APO zu einer Verhinderung des antiimperialistischen Widerstands auch innerhalb der westdeutschen Metropolen führen wird. Zwar herrscht zunächst jener Widerstand vor, der aufgrund der internationalen Ausbeutung die Prosperität in den Metropolen ermöglicht. Aber auch innerhalb der hochindustrialisierten Späres besteht eine wachsende Disproportionalität zwischen produktiven und konsumtiven Sektor. Während der mögliche Gütertausch ständig steigt, bleiben seine Leistung und gesellschaftliche Konsumtion beschränkt. Die Realisierung gerade der gesteigerten Kapitalisten entspricht nicht gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern ausschließlich der Selbstverwertung des Kapitals. Beschrieb wird ein ständig zunehmender Sektor potentiell gesellschaftlich nützlicher Produktion auf

destruktive Produktion umgestellt. Der Staatsapparat wird zum regulierenden Gesamtkapitalisten, der über die direkten und indirekten Bestenungsmaßnahmen des Monopolkapitalismus zusätzliche Akkumulationsmittel beschafft, um den sich verschärfenden Grundwiderspruch zu neutralisieren. Er dient gleichzeitig dem, in Produktionsprozess selbst nicht mehr benötigte Arbeitskraft zum Verschleiß der gesellschaftlich destruktiven Produkte heranzuziehen und, wenn nötig, militärisch oder paramilitärisch organisiert zur Unterdrückung jeglicher Tendenz der Vergesellschaftung der Produktionsmittel einzusetzen.

Die "Repressivgewalt mit ihrer ungeheuerlichen Bürokratie und militärischen Organisation, mit ihrer weitverbreiteten und künstlichen Staatsapparatur... dieser kirchliche Parastatensystem, der sich wie ein Netz über uns den Leib der Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft" (Marx, 10. Brünner) wird zum alles beherrschenden Faktor der Reproduktion.

II. Zur Organisation der Notstandspraxis

Notstandspraxis heißt: schrankenlose Ausweitung insbesondere des staatlich-militärischen Apparats und paramilitärische Organisation des zivilen Sektors. Folgende Institutionen sind an dieser Militarisierung beteiligt:

1. Die geheimen Polizeiparate (Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischer Abschirmdienst) werden in der Militärabteilung des Bundeskanzleramts koordiniert und arbeitsteilig zur Infiltration und Überwachung staatlicher politischer Oppositionsgruppen eingesetzt. Ausgehend von ihren jeweiligen lokalen Zentren (vor allem Innenbehörden und Standortkommandanturen der Bundeswehr) verrichten sie ihr geheimes Netz von bezahlten Provokateuren und V-Leuten. Sie verfolgen damit folgende Ziele:

- a) Aufstellung regionaler Einsatz- und Verhaftungsgruppen, die in alle Teile eines von der Bundesregierung ausgelagerten "Notstands" die demokratische Opposition in "Schutzhaft" nehmen und zwangsinternieren sollen. Dieses Vorgehen wird spätestens seit Falllex 66 regelmäßig geübt.
- b) Vervollständigung der sogenannten Warnkartellen, um die APO lukkenlos zu registrieren.
- c) Handlangerarbeit für westliche Geheimdienste und von ihnen finanzierte Untergrundorganisationen, vor allem für den militärischen Geheimdienst des europäischen Kommandos der US-Streitkräfte und die "Tenth Group" der "special forces".

2. Der gesamte offen operierende Polizeiparagraf wird zur Bekämpfung demokratischer Massenbewegungen ausgebildet. "Staatschutzabteilungen der Kriminalämter", die Stellen der Ausländerpolizei und der Geheimpolizei werden arbeitsteilig koordiniert, die Kontakte zu den von Industriellenverbänden finanzierten Betriebspolizeien (Verkschutz) ausgebaut. Gleichzeitig wird versucht, auf der Basis der sogenannten Zivilschutzplanung in den Betrieben einen dem Konzern eigenen Abowehrapparat angegliederte Hilfspolizei ("Werk- und Betriebs-Selbstschutz") zu organisieren.

Der Bundesgrenzschutz hat Kombattantenstatus erhalten und wird an modernen Infanterie- und Panzerwaffen zur Aufsicht abgekämpft ausgebildet. Die Vorschriften für den "außergewöhnlichen Sicherheits- und Ordnungsdienst" der Bereitschaftspolizeien und der allgemeinen Sicherheitspolizeien wurden verschärft, Übungen zur Streikbekämpfung und zu noch militanteren Vorgehen gegen APO-Demonstrationen werden inzwischen regelmäßig abgehalten. Allenfalls werden die Befehlsweg hierarchisiert und gleichgeschaltet; durch die Einführung von "Notstandesregeln" und "Alarmhundertschaften" wurde die teilweise noch bestehende Kommandostruktur der Polizei weitgehend durchbrochen.

3. Aus der Bundeswehr wird eine Bürgerkriegsarmee gemacht. Während vom Bundestag die Notstandesverordnung endgültig verabschiedet wurde, beschloß die Führungsspitze der Bundeswehr auf einer Kommandoebene die Einsetzung der Einheiten der Bundesrepublik in die "nato-ausgerichtete Streitkräfte" und "Territorial-Armee" aufzugeben. Stattdessen soll die Bundeswehr innerhalb der nächsten Jahre nach dem alten Wehrmachtprinzip umstrukturiert werden; das heißt, der gesamte Armeesystem wird auf

Notstandsplanung (Satzungsprüfungs-Komm.-Entwurf)

den "Einsatz im Innern" vorbereitet und nicht mehr nur die ca. 30 000 Mann starke Territorial-Bundeswehr.

4. Neue paramilitärische Institutionen wurden aufgebaut, die die Gleichschaltung von ziviler und militärischer Administration auf allen Ebenen von der im "Bundesverteidigungsrat" und in der "Militärabteilung" des Bundeskanzleramts zentralisierten Spitze bis hinunter zu den Kreisen und Kreisfreien Städten perfektionierten, u.a. ein "Zivilschutzkorps" und "Zivilschutzdienst", eine "Selbstschutzorganisation" und eine große Zahl halbfreiwilliger Spezialmiliz n, z.B. das "Technische Hilfswerk".

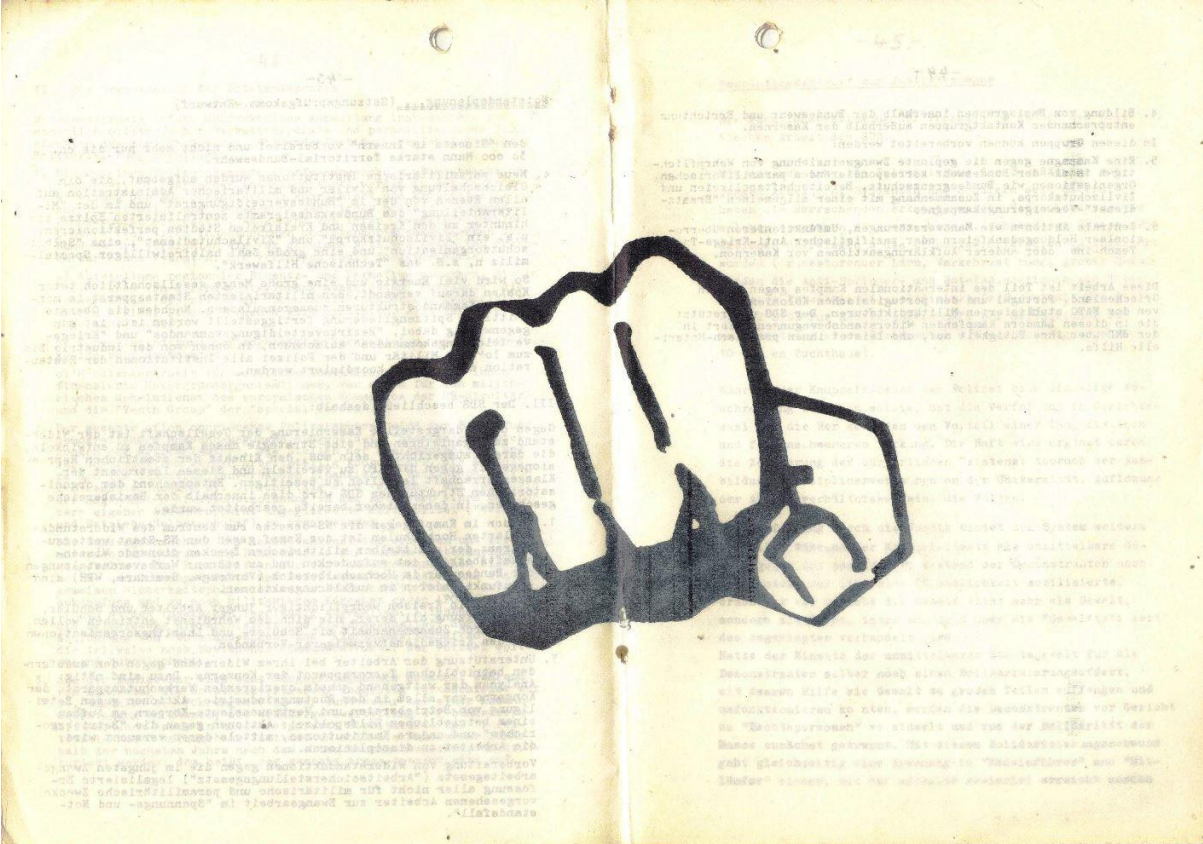
So wird viel Energie und eine große Menge gesellschaftlich toter Kosten darauf verwandt, den militarierten Staatsapparat in zentralen Kommandostrukturen zusammenzufassen. Nachdem die Oberste und Mittlere Spitzengliederung fertiggestellt worden ist, ist man gegenwärtig dabei, "Bezirksverteidigungskommandos" und "Kriegsverteidigungskommandos" aufzubauen, in denen von der Industrie bis zum lokalen Militär und der Polizei alle Institutionen der Restauration miteinander koordiniert werden.

III. Der SDS beschließt deshalb:

Gegen diese dargestellte Kasernierung der Gesellschaft ist der Widerstand zu organisieren und eine Strategie dieses Kampfes zu entwickeln, die darauf ausgerichtet sein muß, den Einsatz der staatlichen Repressionsgewalt gegen die APO zu vereiteln und dieses Instrument der Klassenherrschaft letztlich zu beseitigen. Entsprechend der organisatorischen Struktur des SDS wird dies innerhalb der Basisbereiche geschehen, in denen bisher bereits gearbeitet wurde.

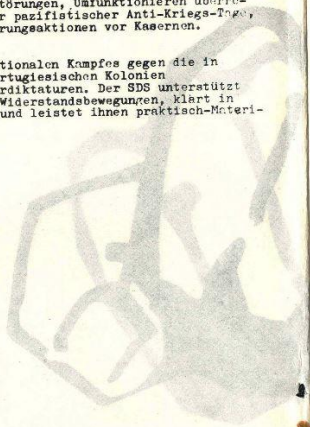
- 1. In den im Kampf gegen die NS-Gesetze zum Zentrum des Widerstandes erklärten Hochschulen ist der Kampf gegen den NS-Staat weiterzuführen: der unmittelbar militärischen Zwecken dienende Wissenschaftsbetrieb ist aufzudecken und zu stören; Werbemaßnahmen der Bundeswehr im Hochschulbereich (Vorträge, Seminare, WPH) sind unzufunktionieren in Aufklärungsaktionen.
- 2. Agitation in Kreisen wehrpflichtiger junger Arbeiter und Schüler. Unterstützung all derer, die sich den Wehrdienst entziehen wollen, auch durch Zusammenarbeit mit Schüler- und Lernerlingsorganisationen und den Kriegsdienstverweigerer-Verbänden.
- 3. Unterstützung der Arbeiter bei ihrem Widerstand gegen den ausufernden betrieblichen Terrorapparat der Konzerne. Dazu sind nötig: Analysen der weitgehend geheim operierenden Werkschutzapparat; der Konzerne vor allem in der Rüstungsindustrie; Aktionen gegen Beteiligung von Betriebsräten und Vertrauensleute-Körpern am Aufbau einer betrieblichen Hilfspolizei; Aktionen gegen die "Betriebsgerichte" und andere Institutionen, mittels derer versucht wird, die Arbeiter zu disziplinieren.

Vorbereitung von Widerstandsaktionen gegen die im jüngsten Zwangsarbeitsgesetz ("Arbeits sicherstellungsgesetz") legalisierte Erfassung aller nicht für militärische und paramilitärische Zwecke vorgesehenen Arbeiter zur Zwangsarbeit im "Spannungs- und Notstandsfall".



4. Bildung von Basisgruppen innerhalb der Bundeswehr und Errichtung entsprechender Kontaktgruppen außerhalb der Kasernen. In diesen Gruppen können vorbereitet werden:
5. Eine Kampagne gegen die geplante Zwangseinziehung von Wehrpflichtigen in die der Bundeswehr korrespondierenden paramilitärischen Organisationen wie Bundesgrenzschutz, Bereitschaftspolizei und Zivilschutzkorps, in Zusammenhang mit einer allgemeinen "Ersatzdienst"-Verweigerungskampagne.
6. Zentrale Aktionen wie Mandverstrungen, Umfunktionieren überregionaler Heldengedankfeiern oder pazifistischer Anti-Kriegs-Tage, Teach-ins oder anderer Aufklärungsaktionen vor Kasernen.

Diese Arbeit ist Teil des internationalen Kampfes gegen die in Griechenland, Portugal und den portugiesischen Kolonien von der NATO stabilisierten Militärdiktaturen. Der SDS unterstützt die in diesen Ländern kämpfenden Widerstandsbewegungen, klärt in der BRD über ihre Tätigkeit auf, und leistet ihnen praktisch-Materielle Hilfe.



V. Resolutionsentwurf zur Justizkampagne

Die Funktionsbestimmung der Prozesse im Rahmen der politischen Arbeit des SDS.

Mit der massenhaften Politisierung des Bewußtseins von jungen Arbeitern, Studenten und Schülern seit Ostern, haben die Herrschenden erkannt, welche Verunsicherung von solchen spontanen Aktionen ausgeht. Während vor Ostern APO-Aktionen überwiegend als Ordnungswidrigkeiten qualifiziert wurden (Ruhestörender Lärm, Verkehrsstörung, grober Unfug) werden die Anti-Springer- und Notataktionen als tödlich-schwerer Krisenakt qualifiziert (z.B. enthält der § 115 Abs. 2 StGB für Rädelführer Haft bei öffentlicher Zusammenrottung einen Strafrahmen mit der Höchststrafe von 10 Jahren Zuchthaus).

Während der Knüppelinsatz der Polizei eine einmalige Abschreckung bewirken sollte, hat die Verfolgung im Gerichtssaal für die Hereschunden den Vorteil einer langfristigen und folgenschwereren Wirkung. Die Haft wird ergänzt durch die Zerstörung der bürgerlichen Existenz: Abbruch der Ausbildung (Disziplinarverfahren an der Universität, Auflösung der Arbeitsverhältnisse) sind die Folgen.

Die Verfolgung durch die Justiz bietet dem System weitere Vorteile. Während der Knüppelinsatz als unmittelbare Gewalt gegen den passiven Widerstand der Demonstranten noch den Protest der liberalen Öffentlichkeit mobilisierte, erscheint vor Gericht die Gewalt nicht mehr als Gewalt, sondern als Recht, indem nur noch über die "Gewalttätigkeit" des Angeklagten verhandelt wird.

Hatte der Einsatz der unmittelbaren Staatsgewalt für die Demonstranten selber noch einen Solidarisierungseffekt, mit dessen Hilfe sie Gewalt zu großen Teilen auffangen und umfunktionieren konnten, werden die Demonstranten vor Gericht zu "Rechtspersonen" vereinzelt und von der Solidarität der Masse zunächst getrennt. Mit diesem Solidarisierungsschwund geht gleichzeitig eine Trennung in "Rädelführer" und "Mitläufer" einher, mit der offenbar zweierlei erreicht werden

soll, einmal wollen die Staatsanwaltschaften die Reaktionen der Gerichte abarten, um für den "Hauptschlag" gegen die Rädelführer zu lernen, zum anderen scheinen sie darauf zu spekulieren, daß die Aktionsbereitschaft der solidarischen Demonstranten nachläßt und sie die Prozesse gegen die Rädelführerausal unter Ausschluß der Öffentlichkeit betreiben kann. Dann wären die schwachen politischen Kontrollen richterlicher Tätigkeit durch eine liberale Öffentlichkeit selbst noch hinfällig (die Erfahrung hat gezeigt, daß die Presse sich nur für spektakuläre Prozesse interessiert).

Die Verteidigung des Angeklagten steht vor folgenden Schwierigkeiten:

Der Angeklagte ist traditionellerweise allein auf das Vorbringen von Argumenten verwiesen, aber durch Argumente allein lassen sich keine Verhaltensänderungen von Richtern erzwingen. Die Interpretation der Gesetze ist selbst an institutionelle Herrschaft gebunden. Der Richter allein legt sie verbindlich aus. Wenn sich Angeklagte auf das in der Verfassung garantierte Demonstrationsrecht berufen, antworten Richter, daß die Verfassung keine Straftaten rechtfertigt, nach dem Motto: "Den Titer haben wir, die Tat läßt sich schon finden". Trägt der Angeklagte politische Argumente vor, stoppt ihn der Richter zum "Überzeugungsliter".

Als Konsequenz aus solcher Rechtsprechung wird die außerparlamentarische Opposition von der außerparlamentarischen auch zur außergerichtlichen Opposition. (Das bedeutet noch nicht eine berichterliche Opposition, man darf nicht implizit die Gerichte zu Hütern der Gesetze machen). Als außergerichtliche Opposition muß die außerparlamentarische Opposition sich den Gerichtssaal als letzten Raum politisch oder zumindest notwendig erzwungen - da die richterliche Gesetzesinterpretation zunächst die auf der Straße gewonnenen politischen Strategien (in Akt, Spontantätigkeit) illegalisiert hat.

Innerhalb des oben angegebenen analytischen Rahmens stehen der außerparlamentarischen Opposition dreierlei mögliche Reaktionsweisen zur Verfügung:

- 1) Die politische Demonstration vor Gericht, deren jeweilige Organisation den einzelnen Gruppen vorbehalten bleiben muß.
- 2) Die Verhaltensverunsicherung des Gerichts durch begrenzte Regelverletzungen des Prozesses selbst. Auch hier muß aus taktischen Gründen die detaillierte Beschreibung solcher Regelverletzung in der Phantasie der Gruppen und Angeklagten überlassen bleiben, weil Verhaltensverunsicherung wesentlich Überraschungseffekt ist. Beide Möglichkeiten sind nur sinnvoll anwendbar im Rahmen einer studentischen Prozessöffentlichkeit, für die die Gruppen unbedingt sorgen müssen. Nur so kann die Vereinzelung und Angestsituation des Angeklagten verhindert und aufgehoben werden.
- 3) Die argumentative Verunsicherung. Alle politische Diskussion ist Richterungsverunsicherung.

RESOLUTION ÜBER DEN STRATEGISCHEN STELLENWERT DER TECHNISCHEN INTelligenz.

- Naturwissenschaft und Technologie werden gegenüber der lebendigen Arbeit mehr und mehr zur ersten Produktivkraft in Form von Grundlagenforschung und angewandter Forschung, die dann als "technischer Fortschritt" erscheint. Dieses hat zwei Folgen:
1. Einerseits sehen wir die Tendenz in der Entfaltung der Produktivkräfte, durch technische Revolutionierung des Produktionsprozesses die entfremdete Arbeit des Menschen abzuschaffen, so daß die Arbeitszeit als Maß des Tauschwertes nicht mehr gelten kann, was die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise bedeuten würde. Andererseits sehen wir die Tendenz, eben durch diese technische "evolutionierung" die Profitsteigerung zu erzielen. Um diesen Widerspruch nicht aufbrechen zu lassen, entwickelt die kapitalistische Produktionsweise bestimmte vielfältige Methoden. In diesem Zusammenhang sind alle Phänomene zu sehen, die das Verhältnis von Reichtum und Knappheit bestimmen.
 - 1a) Der Funktionszusammenhang der Kapitalverrichtung gekoppelt mit steigendem Lebensstandard (Militär, Raumfahrt, geplanter Verschleiß von Waren, Werbung etc.)
 - 1b) Faschistische Trends der kapitalistischen Entwicklung
 - ba) Funktion des Staates als regulierendes Moment innerhalb der Monopolgruppen im Sinne der herrschenden Klasse. (tendentielle Verschmelzung von Staat und Kapital)
 - bb) Defensiver Charakter der staatlichen Aktionen, um den Klassenwiderspruch zu verschleiern. Dazu gehören die manipulativen Mechanismen der totalen Parasellierung, Entpolitisierung, Privatisierung, die Reduktion der gesellschaftlichen Beziehungen auf Konsum und Leistung, soziale Zugeständnisse als Alibi für die Existenz des spätkapitalistischen Staates und als Mittel der Integration.
 2. Hochschulen

Die Forschung an den Hochschulen zeigt eine abfallende Tendenz in ihrem quantitativen Anteil an der Gesamtforschung, die sich mehr und mehr in private industrielle Forschungsstätten verlagert, wobei sich die Hochschuleforschung qualitativ immer mehr den unmittelbaren Anforderungen der Industrie angleichen muß. Neben der Produktion von Forschungsergebnissen haben die technischen Ausbildungsstätten zunehmend nur noch die Auf-

gaben der Ausbildung spezifisch qualifizierten Personals. Daraus ergibt sich ein Unterschied der Tragweite der Hochschulreform an diesen gegenüber einer Hochschulreform an der naturwissenschaftlichen Ausbildungsstätten, da eine Änderung der bisher von der kapitalistischen Produktionsweise bestimmend Ausbildung unmittelbar diese Produktionsweise stören kann. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet durch einen Wissenschaftsbegriff mit folgenden Merkmalen: mit der Entwicklung der Anforderungen des Kapitals an die Wissenschaft vorstößt diese als Praxis nur noch ihre eigene, deren Ergebnisse unfähig und unverwertbar sind. Dieser Praxisbegriff reduziert den eigentlichen Anspruch der Wissenschaft, der die Wissenschaft als Instrumentarium für den materiellen Stoffwechsel mit der Natur und für Erhaltung und Entfaltung der menschlichen Welt versteht. Jegliche Kritik an Wissenschaft und damit an der wissenschaftlichen Ausbildung kann nur formuliert werden, wenn Wissenschaft und Technik den gesellschaftlichen Prozess als Praxis betrachten, d.h. daß die Ergebnisse von Forschung Instrumente gesellschaftlicher Praxis im Sinne einer Emanzipation sind.

Aus der Stellung der Technologie und Naturwissenschaft in der spätkapitalistischen Gesellschaft ergeben sich strategische Konsequenzen für den revolutionären Kampf, der nicht denkbar ist ohne die aktive Teilnahme der technischen Intelligenz. Das bedeutet ein Eingehen auf ihre spezifische Situation und Bewusstseinslage. Das Selbstverständnis der technischen Intelligenz vermag im Stadium nur eine Übergangphase zu sehen, die notwendigerweise mit Wissensakumulation auszufüllt ist, um dann seine Bestätigung erst in der "beruflichen Wirklichkeit" zu finden.

Nach Ausbildungsart haben die verschiedenen Gruppen der technischen Intelligenz ein unterschiedliches Verhältnis und Verständnis zum industriellen Wertungszusammenhang von Wissenschaft.

Die Studenten der HTLs begreifen sich als Umsetzer wissenschaftlicher Ergebnisse, die nicht von ihnen selbst produziert wurden, in die betriebliche Praxis und haben damit eine konkretere Vorstellung der betrieblichen Realität als die TH-Studenten. Diese begreifen Wissenschaft eher als Produktivkraft im bestehenden System, wobei sie die Objekte der Wissenschaft und die Produktionsweise der wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht mehr einer Kritik unterziehen, da sie als

rational und objektiv richtig erscheinen, denn sie werden in ihrer Richtigkeit durch die scheinbar gesellschaftsneutrale Fachdiskussion und vor allem durch die industrielle Verwertung bestätigt.

Die Naturwissenschaftler dagegen haben sich noch größere Reste von Freiheit vom Produktionsprozeß bewahrt, die zwar ständig weiter abgebaut werden, sich aber in einem quasi geisteswissenschaftlichen Bewußtsein noch immer spiegelt und sich äußert durch abstrakt-moralische Bewertung des Wertungszusammenhangs. Die verschiedenen Stellungen der Gruppen der technischen Intelligenz in und zu der Gesellschaft korrelieren mit verschiedenen Agitationsmöglichkeiten. Bei den HTL-Studenten handelt es sich um eine konkrete Auseinandersetzung mit der Betriebshierarchie, da sie in ihrem Berufsspiel auf die mittlere Managerebene festgelegt sind, und somit von vornherein die bestehende Betriebshierarchie übernehmen.

Die Industrie ist bestrebt, ein möglichst großes Reservoir von Menschen zu schaffen, das über eine bestimmte Qualifikation verfügt. Diese Qualifikation besteht aus kurzfristig nutzbarem Wissen. Das bedingt einerseits, daß die "Aktivität der Ingenieure innen in den Betrieben keine Entfaltung erlaubt, andererseits läßt ihr Stand an übermitteltem Faktenwissen sie innerhalb des Betriebes auf dafür extra eingerichteten sozialen Stellungen verharren, da sie aufgrund ihres Ausbildungsanges nur in der Lage sind, sich dem neuen Stand der Technik anzupassen, ihn aber nicht herbeiführen können. Ihr nur funktionales Faktenwissen wird ständig durch neues Faktenwissen ersetzt.

Bei den TH-Studenten handelt es sich konkret um die Auseinandersetzung mit der Verwertung der wissenschaftlichen Produktivkraft. Nicht nur die Verflechtung von Hochschule und Industrie, sondern auch das Eingehen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in die Ziele und Richtungen ihrer Wissenschaft sind Gegenstände der zu leistenden Kritik (zu fragen wäre auch, ob diese Produktionsverhältnisse die wissenschaftlichen Methoden selber beeinflussen). Die mangelnden Informationen über den technischen Fortschritt, die dadurch entstehen, daß der größte Teil der Forschung sich in Privatbetrieben befindet und durch Sperrpatente und totale Geheimhaltung der Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit vorenthalten wird,

läßt die technische Ausbildung in jedem Fall unaktuell werden. Bei den Naturwissenschaftlern handelt es sich konkret um die Auseinandersetzung mit wissenschaftstheoretischen Fragen. Bei ihnen genügt nicht eine abstrakte Kritik am Wertungszusammenhang von Kapital. Die soziale Dimension, die zu dieser Vermittlung für den Architekten noch einsichtig ist, läßt sich bei den theoretischen Physikern, die sich z.B. mit der Struktureklärung von Makromolekülen beschäftigen, schwer finden, wenn man sich nicht damit begnügt, danach zu fragen, ob die jeweilige Forschung für die Gesellschaft gut oder schlecht ist. Dies führt letztendlich dazu, wieder nur bürokratisch-kapitalistische Kriterien von Rentabilität und Profitmaximierung zu dieser Unterscheidung zu verwenden.

Die bisherige Hochschulpolitik des SED, die sich im wesentlichen auf die Kritik des institutionellen Aufbaus der Hochschulen beschränkte und allgemein politische Inhalte abstrakt mit dieser Kritik zu verbinden suchte, konnte die oben geschilderten Zusammenhänge nicht vermitteln. Die autoritäre Rebellion, insbesondere die zentrale Kampagnen und die Streikbewegung an den HTLs, haben einen Mobilisierungseffekt für Technikstudenten gehabt, der ihnen eine diffuse gesellschaftliche Dimension ihres Tuns und ihrer individuellen Existenz eröffnete. Deswegen kann sich eine relevante Hochschulpolitik nicht allein auf die Hochschule beschränken, sondern muß die Stellung und Möglichkeiten der technischen Intelligenz in der industriellen Produktion mitreflektieren.

Eine Bewusstwerdung dieser Gruppen durchläuft nach unserer Erfahrung in Großen drei Stufen:

Sehr schnell und in größerem Maße erkennen die Studenten den Widerspruch zwischen Hochschulausbildung und den Erfordernissen auf dem heutigen industriellen Niveau. Die Aufhebung dieser durch Qualifikationsverschleiß gekennzeichneten Situation würde lediglich eine Integration in die bestehende Gesellschaft fördern. Die Einsicht in den Zwangscharakter dieses Qualifikationsverschleißes, bedingt durch die sozio-ökonomische Situation in der BRD, führt zu einer antikapitalistischen Haltung. (Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu den geisteswissenschaftlichen Disziplinen, die oft nur in einer autoritären Haltung steckenbleiben). Diese antikapitalistische Einstellung zeigt sich in zwei Formen des subjektiven Verhaltens dieser Studenten.

1. Sie neigen zu einer " resignation, in der sie die bestehenden Verhältnisse passiv akzeptieren und neben ihrer auf den Beruf gerichteten Tätigkeit in ihrer Freizeit sozialistische Theorie akkumulieren, ohne sie praktisch anzuwenden.
 2. Sie verfallen in einen blinden Aktivismus, indem sie technische Bestrebungen, wie etwa "enderbauen, für die theoretisch privilegierten Genossen erledigen (im "inn einer Dienstleistung), oder ihr Studium zugunsten scheinbar politisch relevanterer Studien aufgeben, beispielsweise eines "oziolestudiums. Diese Bewusstseinslage, die sich auszeichnet durch eine negative Fixierung an die bestehenden Verhältnisse, läßt sich nur politisch wenden, indem sie zu einem revolutionären Bewußtsein kommen. Dieses revolutionäre Bewußtsein müßte Technik und Naturwissenschaften als Produktivkraft in der oben beschriebenen Emanzipation anerkennen und weiterhin den Widerspruch zwischen der gegenwärtigen Qualität der Arbeit und den technologisch längst möglichen Arbeitsbedingungen im "inne des emanzipatorischen Arbeitsbegriffes bei Marx (das ist der Grundwiderspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen).
- Betrachten wir mit Marx Arbeit als "jensei des Menschen, als die Weise seines Seins in der Welt, wodurch er zu sich selbst kommt, wodurch er für sich erst wird, was er ist, die Form seines Daseins, seines Bleibens gewinnt und in eine die Welt zur seinigen macht." Weiterhin muß dieses Bewußtsein zur Kenntnis nehmen, daß in den fortgeschrittenen Industrien die Kooperation innerhalb autonomer Arbeitsgruppen selbst zur Produktivkraft geworden ist und so "die Entfremdung in der Arbeit selbst zum Verschwinden tendiert--die "Arbeitsgruppen kulturellen und wissenschaftlicher Arbeitnehmer die einzigen Herren in ihrer Arbeit sind--aber die Entfremdung der Arbeit fort dauert und immer unerträglicher wird bei der souveränen Praxis die Grenzen und die Richtlinien der finanziellen Rentabilität (oder der Allgemeinpolitik, falls es sich um öffentliche Betriebe handelt) aufzwingen werden." (Gors) Diese Überlegung läßt erkennen, welchen politischen Stellenwert die Forderung kollektiver Ausbildung in unserer Konzeption einer Hochschulpolitik hat. Der politische Stellenwert liegt darin, daß wir, langfristig gesehen, durch informelle Kader den innerbetrieblichen politischen Kampf auf alle an der produktiven Kooperation Beteiligten ausweiten können.

Die Frage, die sich stellt, ist die, wie man Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler des Betriebes organisieren kann, indem sie alternativen betrieblicher Organisation und "ntschaltungen erarbeiten und praktizieren. Diese "ruppen müßten durch ihre Möglichkeiten der Kommunikation das System der Monopolisierung der Information durch die Entscheidungsträger unterlaufen. Dadurch wäre die Möglichkeit zur Anwendung der Machtmittel gegeben. Eine notwendige Voraussetzung ist, daß auch und gerade der politisierte Student in seinem technischen oder wissenschaftlichen Studium bleibt, um dann in den Betrieb zu gehen, um sich immer- oder zumindest überbetrieblich zu organisieren, damit er in diesem Sinne politisch wirken kann. Die Voraussetzung hierfür ist die Möglichkeit, in den Ausbildungsstätten kollektiv zu lernen und als kollektiv die "rderung abzulegen. Das heißt, diese Kollektive haben die Aufgabe, einen Transformationsprozeß innerhalb der Fakultäten herbeizuführen, indem sie kollektive Lernmodelle erarbeiten und so die Demokratisierung der Fakultäten bzw. Hochschulen erkämpfen. Aus diesen strategischen Überlegungen ergeben sich folgende taktische Schritte, die exemplarisch an den "orderungen der HTL dargestellt werden. Die Situation der reinen Ingenieurwissenschaften der TH ähnelt der der HTL schon weitgehend. Die technokratischen "eformvorschläge (Dahrendorf, "wers, Wissenschaftsrat) laufen darauf hinaus, daß die naturwissenschaftlichen Studiengänge denen der HTL immer stärker angegliedert werden.

- Die taktischen Schritte sind:
1. Die augenblickliche Situation der Arbeit an den HTL ist gekennzeichnet durch eine außerordentlich repressive Lernsituation. Diese wird einerseits durch einen hohen Leistungs- und Zeitdruck bedingt, und andererseits durch eine extrem autoritäre Wissensvermittlung. Die Kernforderung muß die Änderung dieser Situation durch Ausarbeitung und Durchsetzung neuer Arbeits- und Studienmodelle, sowie daraus hervorgehend anderer Lernmotivationen sein. Eine "orderung wie Mitbestimmung in den Gremien der HTL allein würde an der augenblicklichen Situation am Arbeitsplatz nichts ändern. Übergen würde sich aus einer Änderung der Art der Wissensvermittlung (z.B. durch kollektives Lernen etc.) die Lösung der Mitbestimmungsproblematik aus dem Bewußtsein der Studenten von selbst ergeben und swanglos zur Selbstbestimmungspraxis übergehen.

2. Die Reformvorschläge von Ewers und Dahrendorf lösen das Problem der Verfassung der Universitäten in der Weise, daß sie Kurstudienengänge einführen. Das Ingenieurstudium in seiner bisherigen Form wird damit nicht aufgelöst, sondern in die Hochschule integriert, und bleibt in seiner Begrenzung bestehen, wenn die Forderung nach Integration von den Studenten der HTL erhoben wird, beinhaltet sie jedoch eine Verbesserung der Studiensituation.
 - Wie gibt damit ein Bedürfnis nach Emanzipation Ausdruck. Die Rolle des HTL-Ingenieurs als Umsetzer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in Produktion wird durch den emanzipatorischen "issenschaftsbegriff überflüssig. Daraus ergibt sich konsequenterweise die "orderung nach "ufhebung jeder Form von differenzierter "raduierung und damit der repressiven Trennung zwischen "heoretikern und Praktikern.
 3. Der Einfluß des Kapitals manifestiert sich über Funktionsträger der Industrie institutionell in den Kuratorien. Unsere Forderung läuft darauf hinaus, die Ingenieure in die Lage zu versetzen, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Um das zu ermöglichen, ist es notwendig, die Ausbildung dahingehend zu ändern, daß die Studenten nicht Rezepte zur Umsetzung und Durchführung bestimmter Produktionsweisen erlernen, sondern in die Lage versetzt werden, die Produktion von Gütern ständig an den gesellschaftlichen Bedürfnissen zu messen. Um die ein dieser Resolution geforderte Politisierung der technischen Intelligenz in Angriff zu nehmen, müssen die einzelnen Hochschulgruppen die Problematik an ihren lokalen Bedingungen und Möglichkeiten diskutieren. Dem hätte unsere strategische Konzeption und insbesondere die politische Arbeit des BV in folgender Weise Rechnung zu tragen:
1. Die Diskussion und Vorbereitung zentraler Kampagnen von BV müssen die aus dieser Resolution sich ergebende politische Praxis inhaltlich berücksichtigen.
 2. Unterstützung bei der Durchführung von uns versubereitender Bundesseminare und die bevorzugte Behandlung von Artikeln in verbandseigenen Publikationsorganen.
 3. Wir fordern, der BV möge ein Bundesseminar organisieren, auf dem in interdisziplinärer Kooperation zwischen Technikern und Naturwissenschaftlern einerseits und Geisteswissenschaftlern andererseits die erkenntnistheoretischen, methodologischen und sozialwissenschaftlichen Reflektionen der Technologie

und Naturwissenschaften vortreiben können. Aus diesem Seminar müßte eine institutionalisierte stetige Diskussion hervorgehen. Zur Vorantreibung der Mobilisierung der technischen Intelligenz sind zwei Kampagnen vorgesehen und zum Teil schon vorbereitet.

1. Ein Technologen-meeting in Berlin
 2. Eine Anti-Verschwendungskampagne
- Um zu vermeiden, daß das meeting zu einem Kongress wird, auf dem theoretische Autoritäten ihre neuesten Forschungsergebnisse preisgeben und von einem mehr oder weniger linken auditorium mehr oder weniger rezipiert werden, ist es bedingend, daß eine intensive Kampagne an den THs und HTLs geführt wird, um die beschriebene Problematik agitatorisch zu vermitteln und so den verkürzten technischen Praxisbegriff der Gruppe "Technische Intelligenz" politisch zu wenden.
- Auf der Konferenz der TH-Gruppen neben der UK ergab sich, daß die einzelnen Hochschulgruppen die Problematik Technologie ansatzweise diskutiert haben, jedoch wurden sie durch die zentralen Kampagnen so sehr absorbiert, daß sie nicht mehr dazu in der Lage waren, die Technologie-Diskussion politisch zu verorten. Die Berliner Projektgruppe Technologie wurde jedoch nicht in diesem Maße von den Kampagnen beansprucht, so daß sie einen gewissen theoretischen Vorsprung hat. Sie ist daher an erster Stelle in der UK, die Kampagne zu erörtern und zu koordinieren, durch folgende Aktionen, die sich auf das ganze Bundesgebiet erstrecken sollen:
1. Es soll zunächst ein größeres Flugblatt etwa in Form einer Zeitung in hoher Auflage an die erreichbaren Technikerguppen verschickt werden, in dem zum ersten Mal die Problematik Technologie der technischen Intelligenz als politische zur Diskussion gestellt werden soll. Dieses erste Exemplar wird sicherlich von der Projektgruppe Technologie herbeigeholt werden. Weitere Exemplare sollen dann in Form einer Korrespondenz von den einzelnen Hochschulgruppen kollektiv produziert werden. Diese Korrespondenz soll die spezifische Problematik und die Erfahrungen der einzelnen Hochschulgruppen in einer gewissen Allgemeinheit diskutieren, so daß eine immer bessere Agitationsgrundlage geschaffen werden kann. Diese Funktion soll auch eine kleine Broschüre haben, die den einzelnen Gruppen die theoretische Aufarbeitung der Problematik für deren spezielle Verhältnisse erleichtern soll.

7. Die Berliner Projektgruppe Technologie erklärt sich verbindlich bereit, in einem fließenden Seminar schwerpunktmäßig Veranstaltungen zur Technologie-Problematik mit Unterstützung der lokalen Gruppen durchzuführen, um einerseits durch enge Kommunikation mit diesen Gruppen deren Schwierigkeiten und Erfahrungen kennenzulernen und andererseits deren Kampagnen zu unterstützen.

wie oben begründet wurde, sollte sich die Agitation nicht auf die Hochschule beschränken, sondern, da, wo Kontakte zu Kadern in den Betrieben bestehen, sollte sie auch dort begonnen werden, um die Zusammenarbeit von Arbeitern und technischer Intelligenz auf allen Ebenen in Kollektiven, die relevante politische Praxis leisten können, zu organisieren.

Zur Erweiterung unserer Kontakte zu Technikern und Arbeitern in den Betrieben schlagen wir folgende gemeinsame Aktionen für den gesamten SDS und die anderen Gruppen der APO vor: Das System der Manipulation der Bedürfnisse beruht ebenso wie die Zurückhaltung und Beschränkung gesellschaftlicher Ressourcen im Produktionsprozeß unmittelbar auf der systematischen Geheimhaltung von Konstruktionsmöglichkeiten, Forschungsideen und der systematischen Verschleißplanung für die Güter der Massenproduktion. Die private Verwertung und Entwertung produktiver Möglichkeiten wird durch den Manipulationsapparat ergründet, der alle Annahmen dieser Möglichkeiten ins Vorwulstige verdrängt oder durch Wachstumsideologien rationalisiert. Zur Einleitung des Widerstandes ist daher eine Kampagne notwendig, die die konkreten Fälle der Zurückhaltung von Erfindungen und Verschleißplanung veröffentlicht und damit die Rationalität in Frage stellt. Dazu werden wir eine allgemeine Befragungsaktion in und bei Betrieben veranstalten, die selbst die Einsicht in den Manipulationszusammenhang provoziert und zugleich Informationen über innerbetriebliche Konflikte und Bewusstseinsstrukturen veröffentlicht. Wir wenden uns in dieser Aktion besonders an die Techniker und Konstrukteure und wollen ihnen eine Möglichkeit geben, sich gegen die Beschränkung ihrer Arbeit zu wehren. Der BV wird dafür sorgen müssen, daß durch eine zentrale Projektgruppe eine Fragebogen ausgearbeitet wird, mit dem sich die verschiedenen Gruppen der APO an der Aktion beteiligen können. Die lokalen Projekt- und Basisgruppen sollen die Aktionen zur Diskussion stellen, um sie womöglich auch auf die einzelnen Betriebe zu spezialisieren. Die zentrale

Arbeitsgruppe soll die Materialien sammeln, auswerten und für die allgemeine Diskussion und Weiterführung der Aktionen aufbereiten.

3. Nach einer gewissen Entwicklung der Kampagne soll sich in Berlin ein Technologie-meeting anschließen, um die angefallene Erfahrung für die Weiterarbeit aufzuarbeiten. Diese inhaltliche Bestimmung des meetings weist darauf hin, daß dessen Form erst später festgelegt werden kann.

Vorgelegt von:
 TH Aschen, TU Berlin, Ingenieurschulen Gaus, Beuth und Iont,
 TH Darmstadt, TU Hannover, Uni Stuttgart und Projektgruppe
 Technologie Berlin.

Resolution zur Politik an der Hochschule

Die Verabschiedung der Notstandesetze, die zunehmender politische und administrative Unterdrückung der Studentenbewegung innerhalb und außerhalb der Hochschule, sowie die Bedeutung, die der Kampf der Studenten für die Entfaltung des gesellschaftlichen Klassenkampfes hat, konkretisieren die Bedingungen, unter denen der Kampf der Studenten an der Hochschule weiter entwickelt werden muß.

Nach der Phase der Massenaktionen ist jetzt eine Phase eingetreten, in der sich die Studentenbewegung und der SDS als ihre weitestreichende Organisation an ihrer sozialen Basis Hochschule erneut inhaltlich und organisatorisch festlegen müssen.

Den veränderten Bedingungen muß dabei in folgender Weise Rechnung getragen werden:

1. Auf der letzten DK, auf der einige Leitlinien zur Entwicklung der antimilitarischen Studentenrevolte erarbeitet wurden, wurde das Verhältnis der etablierten Institutionen und Gremien sowohl der Universitätsbürokratie als der Studentenvertretung darauf bestimmt, daß das Postulat aufgestellt wurde, eine Mobilisierung von Konflikten könne nur über die Arbeit in den Institutionen laufen. Diese Politik ist s.T. erfolgreich betrieben worden. Die Mobilisierung von Konflikten in den Institutionen (Gemat, Komak, Kommissionen etc.) vermochte deren autoritären und undemokratischen Charakter zu entlarven. Dabei wurde die etablierte Studentebürokratie mit in die Aktivitäten einbezogen, sie hatte ausweilen sogar Initiativfunktionen. Die Funktion und der Erfolg der AStA-Politik war jedoch in den allermeisten Fällen auf die direkt hochschulpolitischen Aktivitäten (vielleicht mit Ausnahme der Notstandskampagnen) beschränkt. Der AStA war es auch, der die s.T. reformistische Tendenz in der radikaldemokratischen Bewegung versträrkte. Eine Ursache davon liegt in dem apriorischen Systemzwang, unter dem der AStA ständig die kommunikativen Beziehungen mit der Administration aufrechterhält.

Definitiv läßt sich die Beziehung der Studentenbewegung zur Studentebürokratie nicht klären: eher ließe sich an, daß AStA und Studentenparlament in einer Phase der politischen Mobilisierung der Studenten über inneruniversitäre Konflikte führende Funktionen erhält. Diese Funktion wird tendenziell überflüssig auf einer weiteren Stufe der Bewegung, auf der die

politische Mobilisierung selbsttätig politische Organisationen entwickelt, und auf der vor allem die Politik der Studenten den radikalen Bruch mit der Reformpolitik beinhaltet. Auf jeden Fall läßt sich aus der Erfahrung der letzten Monate festhalten, daß die Stellung zu den Studentenvertretungen unter taktisch genau bestimmten Prinzipien zu erfolgen muß, niemals aber der AStA ein eigenständiges Organ der Bewegung sein kann (mit wenigen Ausnahmen).

hnlich verhält es sich mit der Funktion, die die Studentenparlamente in der Phase der Mobilisierung inneruniversitärer Konflikte erfüllt haben. Über die Politisierung der Parlamente gelang die Initiierung von bestimmten Konflikten. Die Parlamente haben aber niemals eine eigene initiatische Funktion erfüllen können. In dem Maße, wie sich die politische Selbsttätigkeit der Studentenbewegung organisatorisch festigt und die Ebene der Aktivität sich verlagert, werden die organisatorischen Möglichkeiten der Studentenparlamente sekundär.

Die Stellung zu den Studentenorganisationen traditioneller Art wird sich auch weiterhin nach der politischen und organisatorischen Stärke des SDS an der Hochschule und nach der Fortschrittlichkeit des Bewußtseins der Studenten sowie nach der Qualität einer etablierten Bewegung richten. Doch gilt es zu erkennen, daß die Funktion des AStA begrenzt ist.

2. Während der Springerblockade und den Notstandskampagnen sind spontan agitatorische und aktionsmäßige entwickelt worden, die der bisherigen Praxis der Studentenbewegung um etliche Schritte vorausleiten. Vereinzelt ist an einigen Universitäten diese neue Praxis auf die Politik an der Hochschule angewendet worden. Die Besetzung von Universitäten und Instituten waren neue Aktionsformen, in denen zum einen der praktische Widerstand der Studenten gegen den autoritären Staat antizipiert wurde und zum anderen der Kontrollanspruch über die Leistungsfabrik Universität demonstriert wurde. Obwohl nur begrenzt realisiert, hatten diese Aktionen richtungweisenden Charakter. An ihnen und an den veränderten objektiven Bedingungen innerhalb und außerhalb der Universität haben sich künftig die Strategien der Studentenbewegung zu messen.

3. Die Kampagne für die repräsentative Mitbestimmung der Studenten über die Verwaltung des Wissenschaftsbetriebs haben in ihrem mobilisierenden Charakter realen politischen Erfolg gebracht.

Sie zeigten jedoch auch deutlich die Ohnmacht der Studentenbewegung innerhalb einer durch Herrschaftsverhältnisse abgesicherten Institution auf. Gleichzeitig hat sich gezeigt, daß die Kritik der Ideologie nicht nur auf der Verwaltungsebene zum Vorschein kommen, sondern daß sie sich niederschlagen in der Institutspraxis der Ordinarien. Die Konflikte an den Instituten können transparent gemacht werden in Zusammenhang mit einer Konkretisierung der inhaltlichen Kritik des Wissenschaftsbetriebes. Die Organisation praktischer Seminare, Kritik und die Vorbereitung von eigenen Gegenseminaren, in denen diese Kritik systematisiert werden, sind taktische Prinzipien, die dabei berücksichtigt werden sollten.

4. Die Praktizierung von konkreter Mitbestimmung in den Instituten und Seminaren ist grundsätzlich unabhängig von den Bestrebungen der Studenten am Institut ein festes Mitspracherecht zu geben (Drittelparität). Der Erfolg einer solchen Kampagne an den Instituten könnte darin bestehen, aufzuweisen, auf welche Weise kritische Wissenschaft betrieben werden könnte (Formen kollektiver Zusammenarbeit etc.). Er kann niemals darin bestehen, den bestehenden Wissenschaftsbetrieb zu ergänzen.

Der demonstrative Charakter, den solche Institutskampagnen haben (Institutbesetzungen), ist untrennbar verbunden mit der Herstellung einer gesamtuniversitären Öffentlichkeit. Die kritische Öffentlichkeit der Studenten bedingt geradezu das Gelingen einer solchen Institutskampagne. Nur so kann vermieden werden, daß die Auseinandersetzungen an Institut den Charakter von bloßen wissenschaftlichen Disputen annehmen.

5. Die antiautoritäre Revolte hatte in ihrer organisatorischen Form einen bloß propagandistischen Charakter. In der kommenden Phase einer Politik an der Hochschule käme es darauf an, möglichst viele der mobilisierten Studenten politisch-praktisch zu integrieren. Eine politische Selbstbetätigung könnte durch die Bildung von Funktions- oder Projektgruppen unterstützt werden. In diesen Gruppen ist die inhaltliche Vorbereitung praktischer Wissenschaftskritik untrennbar verbunden mit der organisatorischen Vorbereitung von Gegenseminaren und Institutbesetzungen.

Der SDS als die treibende politische Gruppierung der Studentenbewegung hat in der nächsten Phase der Politik an der Hochschule besondere Aufgaben zu erfüllen.

1. Der SDS hat in der Mobilisierung von politischen und hochschulpolitischen Konflikten in den letzten Monaten und Jahren eine Studentenbewegung konstituiert, deren Bestanda vom Libera-

wurden insbesondere deutlich während der Universitätsblockaden an den verschiedenen Universitäten. Dieses Bewußtsein kann niemals in bloßer Aufklärung politischer Transformation werden. Seine Transformation in ein sozialistisches Bewußtsein ist bedingt durch das Zusammenwirken von Aktion und gemeinsamer öffentlicher Diskussion. Dies beinhaltet, daß der SDS den politischen Interpretationsrahmen der Aktionen an und außerhalb der Hochschule ständig neu herstellen muß. Das heißt aber, daß der Aktionscharakter der kritischen Praxis an den Instituten ständig geschaffen werden muß. Nur in der konkreten Auseinandersetzung wird die eigene Tätigkeit mit der praktischen

schen Einsicht von gesellschaftlichen Zusammenhängen verbunden.

2. Das bei den Springer-Aktionen und den Notstandsstreiks erreichte Widerstandsbestehen kann nicht nur innerhalb der Universität stabilisiert werden. Der SDS hat die Vermittlung der praktischen Tätigkeit in der Schülerbewegung und in der Arbeiterpraxis mit der Politik an der Hochschule herzustellen. Konkrete Aufgabe wird es dabei sein, die Selbstbetätigung der politischen Studenten auf gesellschaftliche Ebenen zu erweitern. Nur so kann vermieden werden, daß die Festigung der Basis Hochschule mit einem Verlust der mobilisierten außeruniversitären Gruppierungen verbunden ist.

Eine konkrete Aufgabe wäre es in diesem Zusammenhang, die geplante Bundeswehrkampagne in der Universität agitatorisch und organisatorisch in der Universität vorzubereiten.

3. Die Funktion, die der SDS in der Widerstandsbewegung erfüllen muß, verlangt von ihm eine Reflexion auf die eigenen theoretischen und organisatorischen Kräfte. Die weitgehende Auflösung des SDS in die Bewegung der antiautoritären Revolte hat zu einer tendenziellen Auflösung der Funktion des SDS als politisch weitertreibender Gruppe geführt und zu einem Rückgang sehr vieler Mitglieder auf die Ebene der bloßen Rezeption von politischen Meinungen. Die Anforderungen, denen der SDS in der nächsten Phase der Bewegung unterstellt ist, verlangen nach einer theoretischen und praktischen Analyse seiner eigenen Arbeit in der Bewegung. Dies kann nur geleistet werden, wenn die theoretische und praktische Arbeit im SDS selbst wieder rational organisiert wird. Die Funktionen, die die Projektgruppen eine Zeitlang übernommen haben, könnten auch weiterhin das Modell sein, für eine Selbstbetätigung möglichst vieler Genossen Initiativen zu schaffen.

SDS Frankfurt

Resolutionsentwurf der Gruppe Minister zur 29. o.DK

WISSENSCHAFT ALS REVOLUTIONÄRE PRAXIS ODER GEGEN WISSENSCHAFT ALS BOLSCHE IDEOLOGIEKRITIK

I. NEBEN KAPITAL UND ARBEIT IST WISSENSCHAFT IN DER PRODUKTIVEN FUNKTION DER LENKUNG UND PLANUNG ALLER GESellschaftlichen PRODUKTION OBJEKTIV BEREITS ZUR ENTSCHEIDENDEN PRODUKTIONSBEDINGUNG UND DAMIT TENDENZIELL AUCH ZUM EINZIG REALEN EMANZIPATIONSFAKTOR GEWORDEN!

"Die Arbeit der Oberaufsicht und Leitung entspringt notwendig überall, wo der unmittelbare Produktionsprozess die Gestalt eines gesellschaftlichen, kombinierten Prozesses hat und nicht als vereinselt Arbeit der selbständigen Produzenten auftritt." (Marx)

Sie ist eine funktionale, spezifische Problematik der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Produktion, und tritt niemals vorher, d.h. in keiner vorhergehenden Produktionsweise auf. Sie ist doppelter Natur: Einerseits erfordert der hohe Grad der gesellschaftlichen Kooperation in Produktionsprozess Funktionen, die nicht die individuellen Teilarbeiten, sondern die Gesamttätigkeit betreffen - diese Funktionen sind produktive Arbeit z.B. in der Form der Planung. Leitungstätigkeit wird als Wissenschaft zur entscheidenden Produktionsbedingung.

Andererseits aber trägt Leitung als Funktion des Kapitals, d.h. als Konsumtion der Arbeitskraft durch das Kapital durchgängig auf allen Ebenen Herrschaftscharakter. Aktuell stellt sich die Problematik dieses Doppelcharakters schon so dar:

SPOLIATION als Exponent der herrschenden Klasse hat ein naturwichtiges Interesse daran, im steten Hinweis nur auf den 1. Punkt der Leitungstätigkeit als objektiver Produktionsbedingung in Hinweis auf die sogenannten "Schwänge" also, Herrschaft zu legitimieren.

Die Zweischichtigkeit der Leitungstätigkeit wird, einmal so reduziert, zur Verschleierung des autoritären, d.h. des durch das Kapital als Eigentum gegebenen Herrschaftsanspruchs.

Wenn autoritäre Negation sich fixiert auf die sichtbare Haltung der autoritären Rollenträger, wird sie dadurch selbst zur bloßen Haltung, so bleiben autoritäre und antiautoritäre Haltung aneinandergefasst.

Léfévre weist die Vorstellung ab, daß "die selbstbestimmten Zwecke und Inhalte wissenschaftlicher und anderer gesellschaftlicher Produktion bereits klare und unerblickbare Alternativen zur bestehenden gesellschaftlichen Produktion und ihrer institutionellen Form" wären; "Ihre Ziele zu unterdrücken. Davon kann hier zunächst nicht die Rede sein. Der Widerstand dagegen, zu einem funktionsfähigen Produktionsfaktor in einem undurchschaubaren Produktionszusammenhang dressiert zu werden, also dazu, gerade durch Begriffslosigkeit funktionsfähig zu sein - der Widerstand dagegen ist zunächst nicht weniger abstrakt, inhaltlicher und begrifflicher wie die Verhaltensweisen, gegen die er sich richtet. Dieser

widerstand konkretisiert sich, erarbeitet sich seine Inhalte erst in der Widerstandspraxis." (Marx)

Marx stellt am Kapital eine universelle Tendenz fest, die es nach "univerfeller Entwicklung der Produktivkräfte" streben heißt, und die aber "ihm selbst, als einer bornierten Produktionsform widerspricht und es daher zu seiner Auflösung treibt."

III. DIE SELBSTENTFESSELUNG DER WISSENSCHAFT

DAS MEINT: WISSENSCHAFT ALS ENTFALTUNG GESELLSCHAFTLICHER PRAXIS IST ZWINGEND AUF DIE GESELLSCHAFTLICHE MOTIVATIONSTRUKTUR IHRER TRÄGER ANGEWIESEN, DEM ENTSPRICHT VON DER OBJEKTIVEN SEITE HER ALS PRODUKTIONSBEDINGUNG NICHT MEHR NUR DIE ANEIGNUNG BESTIMMTER FERTIGKEITEN, SONDERN DIE ANEIGNUNG DER GESAMTEN, VON DER GESELLSCHAFT BEREITS AKKUMULIERTEN ERFAHRUNG. DIESE ANEIGNUNGSPROBLEMATIK KANN JEDOCH NUR DIE WISSENSCHAFT LÖSEN.

MARX stellt am Kapital eine universelle Tendenz fest, die es nach "univerfeller Entwicklung der Produktivkräfte" streben heißt, und die aber "ihm selbst, als einer bornierten Produktionsform widerspricht und es daher zu seiner Auflösung treibt."

"Die wahre schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies, daß das Kapital als Motiv und Zweck der Produktion erscheint." - Und schließlich: "Das Mittel - unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte - gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals."

In analogen Konflikt gerät auch die Wissenschaft, umso mehr, je deutlicher sie zur bestimmenden Produktionsbedingung wird. Auch das Wissen eignet wesentlich, d.h. zwingend eine Universalität, die es nie "das Zeichen ökonomischer Anapheit" tragen läßt. Wissenschaft steht, wie das Kapital, unter dem Diktat ihrer eigenen universalen Tendenz, unter der Bestimmung einer ungehinderten universalen Disponibilität, denn Wissenschaft ist die Entfaltung von Praxis.

Wenn aber der Arbeitsprozess in der kapitalistischen Gesellschaft der reale Prozess des Kapitals wird, so erscheint die Praxis der Wissenschaft ebenfalls als realer Prozess des Kapitals. Die universelle Disponibilität der Wissenschaft bestimmt andererseits ihre Praxis als die tendenzielle Aufhebung der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung. Dieser Konflikt ist die Krise der Wissenschaft, von der selbst bürgerliche Betrachter schon festgestellt haben, daß sie kein "primär organisatorisches, institutionelles, oder gar finanzielles Problem" ist, sondern ein gesamtgesellschaftlich Geistesproblem. (MELNARUCH)

"In der bürgerlichen Epoche ist die Grundauffassung der Beziehung von Theorie und Praxis utilitaristisch, ergänzt durch Illusionen vom Primat der reinen, überhistorischen Theorie. In diesem Typ der Theorie wird nicht begriffen, daß die Theorie selbst ihrem Wesen nach ein Moment der sich geschichtlich umgestaltenden Praxis ist."

Wissenschaft ist bisher stets als Theorie verstanden worden, während Wissen und damit Wissenschaft allein Entfaltung von Praxis ist. Daraus folgt aber, daß sich positiv ein Verhältnis von Theorie und Praxis niemals theoretisch bestimmen läßt, höchstens negativ in Form von Ideologiekritik, sondern nur indem man Theorie als reales Mittel der gesellschaftlichen Praxis angibt, was einzig vom Stand der Produktivkräfte abhängt. Während der Arbeiterklasse einmal ihre Ausbeutung und zum anderen die Möglichkeiten ihrer Befreiung niemals direkt durch ihren eigenen Arbeitsprozess selbst, sondern historisch gesehen vielmehr von außen durch die propagandistische Tätigkeit der Partei zum Bewußtsein kommen konnten, hat der Bewußtseinsprozess heute tendenziell aller Produzenten, für die ja Wissenschaft bereits objektive Produktionsbedingung geworden ist, eine eigene Reflexivität; diese aber liegt in ihrer Tätigkeit da die Wissenschaft, um auf diesem Niveau der Produktion bestehen zu können, angewiesen ist auf Erfahrung zum ersten Male nicht in Form von individuell erlernbaren Fertigkeiten, sondern auf gesamtgesellschaftlicher Erfahrung. Dies erzwingt wissenschaftliche Rationalität dann als die notwendige Verkehrsform. Die uns historisch als Solidarität bekannte Form der Möglichkeit gesellschaftlicher Interaktion, die sich stets auf gesteigerte Subjektivität beruft, wird objektiv mehr und mehr zur gesellschaftlichen Schranke.

Resolutionsentwurf der Gruppe Münster
Über die Notwendigkeit des kulturellen Kampfes

I

Der kapitalistische und bürokratisch-staatkapitalistische Apparat ist der technisch-wissenschaftlichen Vorbildung seiner Funktionssträger wegen in starkem Maße von den Forschungs- und Bildungseinrichtungen abhängig geworden!

In der Klasse, wie sich die Wissenschaft zur dominierenden Produktivkraft der Ökonomie entwickelt, wächst auch der Anteil der methodischen wissenschaftlichen Repräsentativität an den kapitalistischen Entscheidungsprozessen. Die institutionelle Bildung und Wissenschaft von der Schule über die Universität bis zur Konzern-Forschung kennt innerhalb der bürokratischen Produktionsweise keine andere gesellschaftliche Formbestimmtheit als die der methodischen Repräsentation, d.h. der Reproduktion der Bedingungen der Möglichkeit von Herrschaft. Im Produktionsbereich der wissenschaftlichen Bildung führt diese bürokratische Formbestimmtheit zur Beherrschbarkeit und Unselbständigkeit der studentischen wissenschaftlichen Produzenten und zur Ausbildung des gesellschaftlichen Kernprozesses der Herrschaft von Menschen über Menschen. Die Methode auf dem Gebiet der geistigen Produktion stellt homolog zum Kapital in der materiellen Produktion ein bürgerliches Produktionsverhältnis zur Fesselung der Produktivkräfte dar - das Methodenverhältnis im wissenschaftlichen Bildungsprozess ist ein Herrschaftsverhältnis, so wie das Kapitalverhältnis im Produktionsprozess ein Eigentumsverhältnis ist. Das Kapitalverhältnis dient der Aneignung fremder Mehrarbeit auf Seiten der ökonomischen Bourgeoisie, das Methodenverhältnis der Beherrschung von fremder Mehrleistung (des wissenschaftlichen Produzenten) auf Seiten der wissenschaftlichen Bourgeoisie. Gesamtgesellschaftlich bedeutet die Zunahme des spezifischen Gewichts der geistigen Produktion (Forschung und Ausbildung) für die ökonomischen Entscheidungsprozesse, daß das besonders in den kapitalistischen Metropolen das methodisch-repräsentative Moment der Beherrschung und Beherrschbarkeit der Produzenten maximiert gegenüber dem Moment der reinen extensiven Ausbeutung der Arbeitskraft.

1) Die Quelle neuer Profite verchiebt sich zum Beispiel immer mehr auf die Leistungsfähigkeit der technologischen Wissensproduktion.
2) Die Festsetzungsprinzipien der Produktionsziele und Zwecke, die dem Produktionsbereich die gesellschaftliche Bestimmung geben, ist heute den Bestimmungen einer autoritären institutionellen Wissenschaft unterworfen. Weil in der wissenschaftlichen Produktion die Bedingungen für die technologische und reproduktionsgesteuerte Leistungsfähigkeit geschaffen werden, indem erst in dieser Sphäre der Bildung alle Produzenten zu autorität-beherrschbaren Personlichkeiten ausgebildet werden. Ebenso können die Träger der qualifizierten Leistungsfähigkeit erst in der Sphäre des Bildungsprozesses ihre Fähigkeit der Produktivität ausbilden. Die kapitalistische ökonomische Bourgeoisie ist wegen der Bedeutung des methodischen Elements in der Produktion von der wissenschaftlich-technokratischen Bourgeoisie abhängig.
Die Leistungswissenschaftler stellen die Verfahrensynthetiker, und die abhängigen wissenschaftlichen Facharbeitskräfte stellen die Produzenten der wissenschaftlichen Teilverfahresschinerie, d.h. die funktionellen wissenschaftlichen Teilarbeiter.

Vor allem auf der augenblicklichen Höhe der Auflösung der kapitalistischen Produktion in der kapitalistischen Produktion bei uns gewinnt die Analyse der kapitalistischen Produktion neben der des Kapitals als Eigentumsanbeziehung, Funktion neben der des Kapitals als Eigenleistungsfähigkeit (repräsentative) (in der aktuellen Technostruktur). Aber

selbst noch für die Reproduktion des reinen kapitalistischen Aneignungsprozesses spielt die wissenschaftlich-staatbürokratische Koordinationsstätigkeit des idealen Gesamtkapitalisten eine vorrangige Rolle.

Den wachsenden Widersprüchen seiner Verwertungsbedürfnisse begegnet der Kapitalismus heute 1. nach außen durch imperialistischen Export der Schwierigkeiten in andere lokale anlagensparende (3. welt) und 2. nach innen durch Verwertung und Integration wissenschaftlicher Repressions- und Manipulationsmethoden in der erweiterten wirklichen bürgerlichen Produktion, d.h. der Produktion einschließlich der bewußtseinsindustriellen Reproduktion.
Den entscheidenden Hebel zur Sprengung dieses spätkapitalistischen Systems stellt besonders für uns in den Metropolen das System der institutionellen Wissenschaft und bürgerlichen geistigen Produktion dar.

Die Grundlagen der Dissoziation zwischen den Produzenten und den Produktionsbereichen, das Grundlagen der Ausbildung einer autoritären Persönlichkeit, der Schaffung einer exploitations qualifikationsstruktur, der Manipulation von Bedürfnissen, der Beherrschbarkeit der Produzenten, der Funktionsfähigkeit der verbildeten intellektuell-materiellen Arbeitskraft müssen subverbal und kulturell-revolutionär bekämpft werden. Kulturell-revolutionär heißt: von der Sphäre der geistigen Produktion her, wo die Herrschaftsverhältnisse ihre Sanktion finden.
Der revolutionäre Springpunkt ist der anti-institutionelle Kampf, der den Antagonismus des intellektuellen Produktionsverhältnisses, des Herrschaftsverhältnisses zum Gegenstand hat.
Aufgrund der Abhängigkeit des Kapitalismus von der wissenschaftlichen Ausbildungs- und wissenschaftstechnokratischen Leistungsfähigkeit ist der anti-autoritäre Kampf ein praktisch-materieller Kampf, eine Kritik der Voraussetzungen aller theoretischen Praxis in der bürgerlichen Produktion.

II

Die wachsende Unterwerfung der Staatsmaschinerie unter den Kapitalismus hat heute ihren Ort einzig im allgemeinen Rahmen einer wachsenden Abhängigkeit des Kapitalismus von der geistigen Produktion (Forschung und Ausbildung)

wenn der Staatapparat auf der aktuellen Höhe der Auflösung der kapitalistischen Produktionsweise zum Staatskapitalismus, zur essentiell kapitalistischen Maschinerie geworden ist, und in dieser Form zur Irrenden läßt in die Sphäre der geistigen Produktion wird, so verlagert man darüber leicht einen grundsätzlichen Widerspruch in der bürgerlichen Formbestimmtheit der abhängigen Verhältnisse.

Die bürgerliche Produktion verlangt zwangsläufig eine Entwicklung der materiellen Produktion zu Lasten der geistigen Produktion, d.h. sie führt strukturell zu einer materiellen Verdummung der geistigen Produktion. (Marx). Aufgrund dieser ungleichen Entwicklung geht die rein kapitalistische Bourgeoisie aus dem Weltlauf um die Verflüchtigung der Mittel der Staatsmaschinerie als Siegerin über die wissenschaftliche Bourgeoisie hervor. Es wird die Wissenschaft und Bildung auch noch auf dem Umweg über den Staat von Kapitalismus abhängig. Jedoch entwickelt sich in Widerspruch zu dieser Abhängigkeit eine in Abs. I skizzierte Abhängigkeit der rein materiell-kapitalistischen Produktion von der wissenschaftlich-methodischen Produktion und dies kann sie an einer der Aufhebung der bürgerlichen Produktion zu in der bürgerlichen Produktion gelten. Der Widerspruch in den wechselseitigen

Abhängigkeitsverhältnissen ist ein spezifischer Widerspruch der sich verschärfenden Auflösungsphase der bürgerlichen Produktion. Wenn aber die Abhängigkeit einer bedürftigen und selbst gegenüber dem Staat hilflosen institutionellen Wissenschaft nicht in ihrer sich selbst widersprechenden bürgerlichen Formbestimmtheit reflektiert wird, führt sie auf Seiten der Produzenten dieses geistigen Produktionsbereichs zu einem Ohnmachtbewußtsein und einer Geistesfestschließung dieser intellektuellen Produzenten, besonders der Studenten. In dieser Identifikation mit dem Angriff wiederholt sich die staatskapitalistische Fesselung der intellektuellen Produzenten noch einmal in den Subjekten.

Mit dieser Geistesfestschließung der abhängigen repräsentativen Produzenten des Produktionsbereichs der Bildung und Forschung korreliert aber gerade eine Geistesherrschaft (als Herrschaft über Menschen) der methodisch-wissenschaftlichen und technokratischen Leistungswissenschaftler gegenüber dem Gesamtbereich der bürgerlichen Produktions-sphäre (z.B. sind es oft die Leistungsagenten der wissenschaftlichen Sphäre, die in den Aufsichtsräten und in der staatlichen Wirtschaftsbürokratie die Ziele setzen).

Wenn der kapitalistisch verfügte Staat und dieser Kapitalismus selber der institutionellen Wissenschaft und Bildung (Von der Schule bis zur reinen Forschungsanstalt) das Geld, aber diese liefern dem staatskapitalistischen System eine Sprache und noch mehr, die Produktionsmethoden und -ziele und die Prinzipien der Reproduktions- und Koordinationssteuerung.
Die Angewiesenheit des Kapitalismus auf die Wissenschaft ist größer als die der Wissenschaft auf den Staat.

III

Wie der bürgerliche Staat die Wissenschaft und Bildung bürokratisch managelt und zur staatlichen Veranstaltung degradiert und wie der Kapitalismus dieses Staat den Charakter aufträgt; ebenso liefert die institutionelle Wissenschaft und Bildung der Verwaltung und kapitalistischen Produktionsmaschinerie die Existenzgrundlage, die nur subverbal angegriffen werden kann, wenn man den Antagonismen innerhalb der Sphäre der geistigen Produktion kulturell-revolutionär begegnet. Indem die Herrschaft die Basis des Staates ist und die Repräsentation der Produzenten, also ihre Beherrschbarkeit im Klassenkampf und in der Emanzipation der Produzenten dem Ausschlag gibt, fällt den Herrschaftsantagonismen der intellektuellen Produktion in der Revolution eine entscheidende Rolle zu. Die wissenschaftliche Methode als bürgerliches Produktionsverhältnis, das es zu vergesellschafteten gilt, als in autoritären Sozialismus überbetontes Moment der Leistung und die Methode als reine Herrschaft in Interessen-, Informations- und politischen Verwaltungsbereich gerät unsere Situation zu einer revolutionären überdeterminierung der rein materiellen Eigentumsantagonismen.

IV

Wenn den Revolutionären schon bisher der gesamtgesellschaftliche Charakter der Kapitalschranke auch über den materiellen Produktions- und Reproduktionsbereich hinaus bewußt war, so sollten sie sich gerade in unserer heutigen Situation der Spätkapitalismus der wachsenden Bedeutung des gesamtgesellschaftlichen Charakters der Methoden- und herrschaftsschranken bewußt werden.
Die Antagonismen der geistigen Produktion werden zu kulturell-revolutionären Hebel der antikapitalistischen Revolution. Letztere wird sich in West-Europa zumindest nicht ohne die Kampfform des langen Marches der Kulturrevolution durch die Institutionen vollziehen.
Das schwächste Glied in der Kette der gesellschaftlichen Instanzen, die Unverwundbarkeit bildet den ersten Hebel zur Zerstörung der nationalen Struktur von

Produktionsinstanzen (materiellen und geistigen) und den Ansetz zur Sprengung der internationalen Kette des kapitalistischen und kulturellen Imperialismus, durch die Sprengung seines schwachen Gliedes der revolutionäre Kampf muß deshalb nicht innerhalb der Hochschule sowie der anderen Bildungsinstitutionen kulturevolutionär geführt werden, sondern tendenziell gerade auch außerhalb dieser Institutionen. In der ausüblichen Phase des Kampfes heißt Kulturrevolution Verschärfung des Kampfes an der Hochschule, und es gibt nicht "außer-universitäre" Probleme in die Hochschule "einzuverlagern", sie den Arbeitern "den Sozialismus beibringen". Eine lange kulturevolutionäre Doppelarbeit in den Bildungsinstitutionen vor allem aus der Voraussetzung schaffen für einen Prozess der Veränderung des Charakters in der entstehenden revolutionären Klasse (einschließlich des universitären Proletariats). Die Kritik und Subversion der bürgerlichen Voraussetzungen in den wissenschaftlichen und Bildungsinstitutionen stellt sich auf der jetzt erreichten Höhe des strategischen Kampfes da, entscheidende materialistische und revolutionäre Produktionsinstrumente dar.

helke sender:
 der aktionrat zur befreiung der frauen
 liebe genossinnen, genossen.
 ich spreche für den aktionrat zur befreiung der frauen der landesverband berlin des SDS hat mir einen delegierten platz gegeben, obwohl nur wenige von uns mitglieder im verbande sind. wir sprechen hier, weil wir wissen, dass wir unsere arbeit nur in verbindung mit anderen progressiven organisationen leisten können und dazu zählt unserer meinung nach heute nur der SDS.
 die zusammenarbeit hat jedoch zur voraussetzung, dass der verband die spezifische problematik der frauen begriffit, was nicht anders besteht als jahrelang verdrängte konflikte endlich in verband zu artikulieren, damit erweitern wir die auseinandersetzung zwischen den antiautoritären und der sp-fraktion und stellen uns gleichzeitig gegen beide lager, da wir beide lager praktisch, wenn auch nicht den theoretischen anspruch nach, gegen uns haben. wir werden versuchen, unsere positionen zu klären, wir verlangen, dass unsere problematik hier inhaltlich diskutiert wird, wir werden uns nicht mehr damit begnügen, dass den frauen gestattet wird, auch mal ein wort zu sagen, dass man sich, weil man ein antiautoritärer ist, anhört, um dann zur tagesordnung überzugehen.

wir stellen fest, dass der SDS innerhalb seiner organisation ein spezifisch gesellschaftlicher verhältnis ist, d bei macht man anstrengungen, alles zu vermeiden, was zur artikulierung dieses konflikts zwischen anspruch und wirklichkeit beitragen könnte, da dies eine neuorientierung der SDS-politik zur folge haben müsste, diese artikulierung wird auf einfache weise vermieden, nämlich dadurch, dass man einen bestimmten bereich des lebens vom gesellschaftlichen abtrennt, ihn tabuisiert, indem man ihn den namen privatreben gibt. in diesem tabuisierungsbereich geschieht sich der SDS in nichts von den gewerkschaften und den bestehenden parteien. diese tabuisierung hat zur folge, dass das spezifische ausbeutungsverhältnis, unter dem die frauen stehen, verdrängt wird, wodurch gewährleistet wird, dass die männer ihre anteile, durch das patriarchy gewonnene identität noch nicht aufgeben müssen, man geht zwar den frauen redofreizeit, untersucht aber nicht die ursachen, warum sie sich so schlecht bewähren, warum sie passiv sind, warum sie zwar in der lage sind, die verbandspolitik mit zu vollziehen, aber nicht dazu in der lage sind, sie auch zu bestimmen. (am ersten tag der d.k. hat eine frau geredet) die vordrangung wird komplott, wenn man auf diejenigen frauen vorweist, die innerhalb des verbandes eine bestimmte position erworben haben, in der sie aktiv tätig sein können, es wird nicht danach gefragt, welche veranlassung dies möglich gemacht haben, es wird übersehen, dass dies nur möglich ist durch anpassung an ein leistungsprinzip, unter dem ja gerade auch die männer leiden und dessen abschaffung das ziel ihrer tätigkeit ist. die so verstandene emanzipation erzeugt nur eine gleichheit in der ungleichheit und zwar mit den von uns abgeleiteten mitteln des konkurrenzprinzips und des leistungsprinzips.

die trennung zwischen privatreben und gesellschaftlichen leben wirft die frau immer wieder in den individuell als wesentlichen konflikt ihrer position. sie wird immer noch für das privatreben für die familie erzogen, die ihrerseits von produktiv abhänge ab hängt ist, die wir bekämpfen. die rolle erziehung, des an erogene minderwertigkeitsgefühl, der widerpruch zwischen ihren eigenen erwartungen und den ansprüchen der gesellschaft erzeugen das ständige schlechte gewissen, dass an sie gestellten forderungen nicht gerecht zu werden, bzw. zwischen alternativen wählen zu müssen, die in jedm fall einen verzicht auf vitale bedürfnisse bedeuten.
 frauen schon ihre identität durch beteiligung an kampagnen, die ihre konflikte nicht unmittelbar berühren, können sie sich nicht erörtern, das wäre schamensanpassung. sie können sich nur erörtern, wenn die ins privatreben vordringende gesellschaftlichen konflikte artikuliert worden, damit sich dadurch die frauen solidarisieren und politisieren, die meisten frauen sind deshalb unpolitisch, weil politik bisher immer einseitig definiert worden ist und ihre bedürfnisse nie erfasst wurden, sie beharrten deshalb in autoritären auf nach dem gesetzgeber, weil sie den system sprengenden widerspruch ihrer forderungen nicht erkannten.
 die gruppen, die am leichtesten politisierbar sind, sind die frauen mit kindern. bei ihnen sind die aggressionen am stärksten und ist die sprachlosigkeit am geringsten. die frauen, die heute studieren können, haben das nicht so sehr der bürgerlichen emanzipationsbewegung zu verdanken, sondern vielmehr ökonomischen notwendigkeiten. wenn diese privilegierten unter den frauen nun kinder bekommen, werden sie auf verhältnismäßig schon rückgeworfen, die sie seitdem dank ihrer emanzipation zu überwinden zu haben, die studium wird abgebrochen oder verzögert, die geistige entwicklung bleibt stehen oder wird stark gehindert durch die ansprüche des mannes und des kindes, kommt die unsicherheit, dass man es nicht fertig gebracht hat, zwischen beruf und frau für ein haus zu wählen, entweder eine karriere aufzugeben, die mit einer weitgehenden verzicht auf glück ekauf werden muss oder eine frau für den konsens zu sein, d.h., es sind eben jene privilegierten frauen, die die erfindung gemacht haben, dass der bürgerliche weg zur emanzipation der falsche war, die erkannt haben, dass sie sich mit den mitteln des konkurrenzprinzips nicht emanzipieren können, die erkannt haben, dass das allgemeine leistungsprinzip auch zu bestialischen faktoren innerhalb der verhältnisse geworden ist, die erkannt haben, dass der weg zur emanzipation auch schon in der methode liegt, mit der man sie anstrebt.
 diese frauen wirken epistemisch wenn sie kinder bekommen, dass ihnen all ihre privilegien nicht müssen. sie sind an ebendiesem dass in der lage, den abfalllauf des gesellschaftlichen lebens aus nicht zu sehen, was gleichbedeutend damit ist, dass klassenkampf auch in die ehre zu tragen und in die verhältnisse, dabei übernimmt der mann die objektive rolle des ausbrowsers, dabei ist die klassenrolle, die er subjektiv natürlich nicht will, da sie ihm ja auch wiederum nur aufgegeben wird von einer leistungsprinzip-gesellschaft, die ihm die bestimmtes rollenverhalten auferlegt.
 die konsequenz, die sich daraus für den aktionrat zur befreiung der frauen ergibt, ist folgendes:
 wir können die gesellschaftliche unterdrückung der frauen nicht individuell lösen, wir können damit nicht auf werten nach der revolution warten, da es nur politisch-ökonomische revolution die verdrängung des privatrebens nicht aufhebt, was in allen

sozialistischen ländern bedroht ist, wir streben lebensbedingungen an, die das konkurrenzverhältnis zwischen mann und frau aufheben, dies geht nur durch umwandlung des produktionsverhältnisses und damit der machterhältnisse, es eine demokratische gesellschaft zu schaffen.
 da die bereitchaft zur solidarisierung und politisierung bei den frauen mit kindern am geringsten ist, weil sie den druck am meisten spüren, haben wir uns in der praktischen arbeit bisher auf die konflikte konzentriert, d.h. sie ist nicht, dass wir die konflikte der studentinnen ohne kinder nicht wichtig nehmen, besetzt nicht, dass wir nicht trotz der gemeinsamen merkmale aller frauen in die unterdrückung in klassenspezifischen unterdrückungsmechanismen übersehen, es heißt lediglich, dass wir uns möglichst effektive arbeit leisten wollen und uns einen anpassungsprozess erlauben, der es uns erlaubt, die problematik systematisch und rational und eine anfanglichen behandlungen, die wir wachen, diese konflikte mit dem SDS und innerhalb des SDS zu anzugehen, schrittweise haben wir uns zurückgezogen und alleine gearbeitet. als wir vor einem halben jahr anfangen, rückgraten die meisten genossen mit spott, versuchten uns zu bewiesen, dass wir überhaupt eine falsche theorie haben, sie versuchten uns unterzujubeln, dass wir behaupten, frauen brauchen zu ihrer emanzipation keine männer und alle heute nehmen sie uns ab, dass wir überhaupt eine falsche theorie haben, dass auch sie unterdrückt sind, was wir ja wissen. wir schon für nur nicht sehr langer ein, dass wir ihre unterdrückung, ist es der sie uns unterdrücken, welche welches ihnen sein sollen, eben weil wir der meinung sind, dass eine emanzipation nur gesellschaftlich möglich ist, sind wir ja hier, wir müssen hier nämlich einmal feststellen, dass es der gesellschaftlich ist, was sehr frauen als männer beteiligt sind und finden es die höchste zeit, dass wir die sich daraus ergebenden ansprüche auch einmal anmelden und fordern, dass sie sukzessive in betracht werden, sollte das SDS der sp nicht in ru zu diskutieren eintritt nicht gelingen, dann werden wir alle dinge auf einen streikkampf angewiesen, was wir lieber verhindern würden, für uns werden es strategische überlegung, denn wir wägen diesen streik nicht gewinnen, da wir historisch in recht sind.
 die hilflosigkeit und arroganz, ist der wir hier auftreten akzeptiert nicht können besondern es, mal los sind wir deshalb, weil wir von progressiven manern eigentlich erwarten, dass sie die krisen unseres konfliktes einsehen, die arroganz kommt daher, dass wir schon, welche betvor ihr vor den körper haben, weil ihr nicht seht, dass sich eben auch der mann ist ähnlich laute organisationen, in die ihr überhup nicht geht und was in einer sache, die ihr für den anbruch der morgenröte halten würdet, es sich um arbeitler handeln würde.
 genossen, eure veranlassungen sind ungenügend, ihr seid voll von besonnen, die ihr die aggressionen gegen die genossen aus lassen müsst, die etwas danach sagen oder etwas, was ihr schon wisst, die aggressionen kommen nur teilweise aus politischen einstellungen in die dämmerung des anderen lagers, was sagt ihr nicht endlich, dass ihr kaputt seid von letzten jahr, dass ihr nicht wisst, wie ihr den stress länger ertragen könnt, euch in politischen aktionen körperlich und geistig zu veranlassen, ohne

damit einen Lustgewinn zu verhindern, warum diskutiert ihr nicht, bevor ihr neue Kampagnen plant darüber, wie man sie überhaupt ausführen soll? Warum besetzt ihr euch denn mit dem Reich? Warum sprecht ihr denn hier von Klassenkampf und von Kampf um organisatorische Schwierigkeiten. Ist das alles Thema für den SDS? Diese Verhandlungen wollen wir nicht mehr mitmachen. In unserer selbstgewählten Isolation haben wir also folgendes: wir konzentrieren unsere Arbeit auf die Frauen mit Kindern, wo sie am schlechtesten dran sind, Frauen mit Kindern, wo sie erst wieder nachdenken, wenn die Kinder sie nicht dauernd in die Verantwortung der Gesellschaft erinnern, da die politischen Frauen ein Interesse daran haben, ihre Kinder oben nicht mehr hoch dem Leistungsprinzip zu erziehen, was die Konsequenz die, dass wir den Anspruch der Geschlechter haben, dass die Frauen die Kinder zu erziehen hat, was erst mal ernst nehmen, und zwar in dem Sinne, dass wir uns wieder zu unserer Kinder weiterhin nach dem Prinzipien des Konkurrenzprinzips und Leistungsprinzips zu erziehen, von dem wir wissen, dass auf ihrer Erziehung die Voraussetzung zum Bestand des kapitalistischen Systems überhaupt beruht.

Wir wollen versuchen, schon innerhalb der bestehenden Gesellschaft Modelle einer utopischen Gesellschaft zu entwickeln, in dieser Gegenwarts-Gesellschaft müssen aber unsere eigenen Bedürfnisse endlich einen Platz finden, so ist die Konzentration auf die Erziehung nicht ein Alibi für die Verdrängung der eigenen Erziehung, sondern die Voraussetzung dafür, die eigenen Konflikte produktiv zu lösen die Hauptaufgabe besteht darin, dass unsere Kinder nicht auf die gleiche Weise erzogen werden, wie wir selbst erzogen wurden, den Kindern durch Unterstützung ihrer eigenen emanzipatorischen Konflikte die Kraft zum Widerstand zu geben, damit sie ihre eigenen Konflikte mit der Realität zusammen einer zu verändernden Realität lösen können.

Angewöhnlich arbeiten auch fünf dieser Kinderkinder, vier weitere organisieren sich und einige andere sind in organisatorischen Vorstadien. Wir arbeiten zu helfen den Kinderkinderinnen, und organisieren Kinderkinderinnen. Theoretisch versuchen wir den bürgerlichen Verantwortungsbegriff des patriarchalischen Wissenschaftsbegriff zu kritisieren. Wir haben einen so angeheuren Zorn, dass wir ihn kaum organisatorisch vertreten können. Unser Ziel ist zunächst, die Frauen zu politisieren, die schon ein bestimmtes Problembewusstsein haben. Dies ist ein bestimmtes innerhalb der Universitäten. Wir müssen diese unsere Gegenmodelle möglichst weiterentwickeln und auf eine größere Basis stellen, damit wir sehen Privilegierten zugute kommt. Diese Kinder und diese Erkenntnisse haben wir jedoch noch nicht. Darum können wir unsere Arbeit nicht dadurch gefährden, dass wir halbe Aktionen in Arbeiterteilen machen. Es sind besonders die Massen der Arbeiter, die sich nach und nach eingependelt haben, die für eine schnellere Verteilung nach oben in die Arbeiterbewegung einströmen. Hier gibt es wieder zwei Probleme. Das eine haben verlockenden Männer gesehen, das plötzlich etwas gemacht wird, was eine Perspektive hat auf gewisse Formulierungen übernehmen sie sich nach wie vor hilflos sind. Es tun so, als sei der Gedanke der Kinderkinder ihre eigenen Befindlichkeiten, sie sehen die politische Relevanz und sagen jetzt den Frauen, sie müssen diese Probleme verdrängen, wenn sie sich jetzt mit der Erziehung beschäftigen. Der Versuch, nicht schnell sondern die Bevölkerungsschichten mit unseren Kinderkinder zu erfassen, was darauf zurückzuführen sein, das sich die Männer nach und nach wegnehmen, ihre eigenen Konflikte zu artikulieren, ist angewöhnlich haben wir der eigene Widerstand nicht zu bieten, wir können nicht arbeiterteilend in unsere Kinderkinder nehmen, wo sie die verdrängen lernen, für das sie es heraus bestrafen werden, die Voraussetzungen!

- für die Arbeiter erst geschaffen werden.
- Uns den Arbeiten an den Kinderkinder ergeben sich für uns weitere Arbeit, die damit in engem Zusammenhang stehen, die Kinder, die jetzt in unseren Köpfen sind, werden sich nicht mehr in die bürgerlichen Schulen einfügen. Die Eltern dieser Kinder werden die bestehenden Schulen nicht mehr mitnehmen, durch die breite Basis für den Konflikt an den Volksschulen zu schaffen. Dieser Konflikt wird wirksam haben, die sich zeigen bei den Kindern und Eltern, die nicht durch unsere 1. und 2. können sind. Wir müssen den Widerstand, dass Kinder ausgebildet werden, um das zu lernen, was eine kapitalistische Gesellschaft ihnen zu lernen erlaubt.
- Wir wissen, unproduktive Arbeiten können abgeschafft werden, wir wissen, wir werden einen unproduktiven Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern an Kinderkinderinnen und Kinderkinder haben, es ist nicht mehr nötig, dass 90% aller Erzieherinnen ungeladete Arbeiterinnen sind.
- Genossen, ihr seht, dass unsere Arbeit andere Schwerpunkte hat, als die verbandsarbeit.
1. wir haben unsere Arbeit vorerst beschränkt auf Erziehungsfragen und alles, was damit zusammenhängt.
 2. alles Geld geht in die Kinderkinder und die d. für notwendigen Vorbereitungsarbeiten.
 3. wir nehmen uns Zeit für die Vorbereitungsarbeiten und die Politisierung des Privatlebens.
 4. wenn die Modelle der Kinderkinder den um praktikabel e sehe non, werden wir uns auf die Schulen konzentrieren.
 5. daneben wird natürlich theoretische Arbeit geleistet, die in größeren Zusammenhängen argumentiert.

wenn sich der als ein Verb nd begriff, der innerhalb der bestehenden Gesellschaft emanzipatorische Prozesse angestoßen werden will, eine revolution überhaupt möglich wird, dann muss der Verb nd Konsequenzen für seine Politik aus unserer Arbeit ziehen.

Damit können wir die Frage der Prioritäten stellen.

Wir müssen diskutieren, was die Gruppe hier und eine Gruppe da auf ein Lehrlings- bzw. Schülersekretariat konzentrieren oder sollen wir uns konzentrieren auf die Verbreiterung der Basis der Kinderkinder.

Das Lehrlingssekretariat fragt die meisten Mädchen und Jungen der Volksschulabgänger auf, die das Glück hatten, eine Lehre begangen zu können, wie schlecht sie im einzelnen auch sein mag, ein Schülersekretariat fragt die wenigen und materiell geschützten Ober- und Berufsschüler auf, die das Glück hatten, liberale Eltern zu haben, die sie auf eine Schule schicken konnten und die Kinder darin unterstützen, das Lehrlingssekretariat wird immer wieder gefragt durch die Leute, die vorsetzungen mitbringen, die die Schule ihren bürgerlichen Schülern, aber gerade diese Voraussetzungen wollen wir abschaffen, soll hier eine Gruppe eine Antikampagne und die eine Gruppe eine Bundessekretariat machen oder sollen wir uns auf die gesellschaftlichen Bereiche konzentrieren, die den Angelpunkt bilden, sagen die mehrstrukturen zu verwirklichen, wenn ihr zu dieser Diskussion, die inhaltlich geführt werden muss, nicht bereit seid, dann müssen wir allerdings feststellen, dass der nicht weiter ist als ein ungeladener Konterrevolutionärer Heftel.

Die gemeinsamen werden dann die Konsequenzen zu ziehen wissen.

Resolutionentwurf für die 23. o. K. des SDS
 vorgelegt vom Aktionsrat zur Befreiung der Frauen Berlin

1. Die Reproduktion der bürgerlichen Trennung von Privatleben und gesellschaftlichem Leben in SDS hat lange genug seine politische Arbeit geleistet.
2. Der SDS definiert politische Aktivität einseitig, indem er die Reflektion auf Probleme der persönlichen Entfaltung (die nicht identisch sind mit der bürgerlichen Vorstellung davon) tabuisiert.
3. Kampagnen des SDS können den Frauen zwar rational vermittelt werden, es fehlen ihnen aber die Voraussetzungen, die subjektiven Bedürfnisse der Frauen anzusprechen, deren Unterstützung in der vom politischen Kampf ausgehenden "Privatsphäre" unmittelbar und am stärksten nötig wird. Doppelt frustriert sind die Frauen in SDS, wenn sie versuchen, dort politisch aktiv zu werden, d.h., wenn sie versuchen, über die Beteiligten an Demonstrationen hinauszutreten, wenn sie Referate, Reden halten, Diskussionsbeiträge liefern. Die Effektivität ihrer Arbeit wird sabotiert, und das Erfolgsresultat ist ihnen verweigert, weil auf ihre Beiträge niemals Bezug genommen wird.
4. Diese Initiativen der Frauen werden als Grenzübertreite verstanden und müssen von ihnen bezahlt werden mit der Anerkennung der Regeln einer Leistungsgesellschaft, die darauf gerichtet ist, männliche Traumata zu kompensieren. Von Reden halten über Stammtischgespräche bis hin zum beherrschenden Betätigungsfeld nicht die Verwertung gesellschaftlicher Kompensationsmöglichkeiten der Männer.
5. Die klassenmäßige Aufteilung der Familie mit dem Mann als Bourgeois und der Frau als Prolet - Herr und Knecht - impliziert die objektive Funktion der Männer als Klassenfeind. Die Verleugnung des Führerprinzips in SDS ist blinder Hohn, weil jeder verheiratete oder in festen Verhältnis lebendes SDS-ler Führer und damit gleichzeitig Ausbeuter einer Familie ist. Die Begriffe Klasse, Klassenfeind, Ausbeuter sind Mifkonstruktionen, die den Frauen dazu dienen, sich auf den Begriff zu bringen, d.h. ein Maß an Solidarisierung zu erreichen und erlaubt, die sinnliche Erfahrung dieser patriarchalischen Gesellschaft in politischen Kampf gegen diese zu wenden.
6. Dies impliziert nicht Politisierung des Privatlebens, sondern die Aufhebung der bürgerlichen Trennung von Privatleben und gesellschaftlichem Leben: Es gilt, die Unterdrückung in Privatleben nicht als private zu begreifen, sondern als politisch-ökonomisch bedingte. Es gilt, Privatleben qualitativ zu verändern und diese Veränderung als politische Aktion zu verstehen. Dieser kulturrevolutionäre Akt ist ein Teil des Klassenkampfes.
7. Daraus ergibt sich, dass die Revolution als Ziel des Klassenkampfes weniger eine Frage der Machtübernahme ist, sondern eine Frage der Verwirklichung dessen, was sich in der bestehenden Gesellschaft antipatriarchal als Gegen-Gesellschaft abzeichnet. Dies beinhaltet, dass der Anspruch auf Glück jetzt abgetrennt in die Privatsphäre, aber noch nicht einmal dort befriedigt, in gesellschaftlicher Aktion eingelöst werden muß.

8. Persönliche Entfaltung muß also identisch werden mit einer Praxis, die jetzt schon mögliche Momente einer zukünftigen Gesellschaft vorwegnimmt, einer Gesellschaft, die sowohl alle Lebensverhältnisse erotisiert, als auch Aggressionen produktiv macht.
9. Dieser Anspruch des SDS widerspricht seiner individuellen und offiziellen Praxis.
10. Mit diesem Anspruch kann man nur ernst machen, wenn man ihn organisatorisch wendet.
11. Für alle Frauen in SDS kommt es darauf an, diese Thesen nicht nur anzuerkennen, sondern sie auch in verbindlicher Aktivität einzulösen. Nur die Frauen sind "interessiert" genug, nur sie bieten die Gewähr, daß sich in Verb and etwas ändert, daß wenigstens hier das autoritäre Verunftprinzip der patriarchalischen Gesellschaft durchbrochen wird. Dafür ist vorläufige Isolation nötig. Das ist keine Isolation, die mit der Illusion verbunden ist, man könne sich auch unabhängig von den Männern emanzipieren, sondern der notwendige erste Schritt, seine eigenen Bedürfnisse zu artikulieren. Gegen unkritische, auf Verdrängung beruhende Widerstände werden wir Kampfmaßnahmen ergreifen. Wir lassen uns die Methoden des Kampfes nicht vorschreiben.

Die Diskussion über den Resolutionentwurf hat ergeben, daß es einige unklare Punkte enthält, die der Erklärung und Korrektur bedürfen, z.B. in dem Punkt, der von dem Mann als Klassenfeind spricht, oder in dem Punkt, der das Leistungsprinzip betrifft und, wie die Reaktion der Genossen zeigte, in vielen anderen mehr.

Auf die Abstimmung über den Entwurf wurde verzichtet, mit folgenden Gründen:

1. Wir waren physisch und aus Zeitmangel nicht mehr in der Lage, die Resolution im Kollektiv so umzusetzen, daß man sie in veränderter Form erneut zur Abstimmung hätte bringen können.
 2. Die Abstimmung über die Annahme einer Resolution in der SDS-KK war noch nie eine Garantie dafür, daß ihre Forderungen in die Praxis verwandelt werden.
 3. Die Hauptintention, in Verb and eine Diskussion über diese Probleme zu entfachen und zu provozieren, ist erreicht.
 4. Deshalb wird der Resolutionentwurf als Arbeitsgrundlage und Anregung in die Sammlung der KK-Initiativentwürfe eingehen.
- Aus dem gleichen Grunde, nämlich als Provokation einer massenhaften Diskussion, zur Organisation der Selbsthilfe und Hilfe, ziehen wir Michael ab und verteilten ihn. Die korrigierten und ergänzten Thesen, sowie die Arbeitspapier werden den SDS-Gruppen zugeschiedt. Bei der Sammlung für die Inkostendeckung kamen 35,- DM zusammen. Das reicht gerade für den Versand eines halben Papiers. Wenn ihr unfas end infanzus über die Gruppenarbeit und kontinuierlich unterrichtet werden wollt, müßt ihr schon noch einen Groschen dazutun. Der Hut wird nochmal ruagehen.

Die Untersuchung der Ursachen der autoritären Züge im SDS muß sich sowohl auf die Personen beziehen, die als "Autoritäten" behandelt werden, wie auch auf die Gen., die durch ihr Verhalten dazu beigetragen haben, daß einige Genossen "Autoritäten" werden konnten (und zwar Autoritäten im negativen Sinne).

1. THESE: In dem Maße wie bei einigen Gen. antiautoritäre Haltung zur bloßen Attitüde gerinnt, dient diese Attitüde zur Kaschierung der eigenen Pflanzung an Autoritäten.

Antiautoritäre Haltung reduziert sich SDS-intern auf reine Attitüde, die sich vor allem in Kampagne ausdrückt, und zwar gerade auch Kampagne mit dem Genossen, die aus Sachverstand "Kassen" und Titel haben. Deutlich wird dieses bedauernde Kampagne-Gehabe besonders dort, wo es Nichtmitgliedern zur Geltung gebracht werden kann. Mir ist dies besonders in den Seminaren des Pol. Inst. aufgefallen, die unter Leitung der "Autoritäten" stattfinden. Hier wird dann dieses Gehabe dem gegenüber ausgespielt, die nicht zum Kreis der "ausgewählten" gehören. Das, was antiautoritäre Haltung ausmacht, fehlt dann weitgehend: die durch Funktion begründete Autorität des Seminarleiters wird ebenso wie dessen Beitrag: stehen bloß in Frage gestellt, selbständige Mit- und -arbeit fehlt. Statt dessen (nur einige Symptome): Unpünktlichkeit, mangelnde Gesprächsdisziplin und -aufmerksamkeit, Unruhe, schlechte Referate... Die durch Informationsvorsprung begründete Autorität wird also weder angewandelt, noch behält man sich, diesen Informationsvorsprung zu reduzieren. Vielmehr verläßt man sich darauf, daß die SDS-Mitglieder, die die "Autoritäten" durch rationale Argumentation und "Issen besitzen, auch auf sie übertragen. Die reine Gruppenzugehörigkeit wird als Ausweis für Mehr- und/oder Weniger-Können betrachtet. Resultat dieses Gehabes (nicht nur in Seminaren) ist: es wird eine Kluft geschaffen, das Nicht-dazu-Gehören dokumentiert. Die Nichtgenossen werden dadurch in ihrer durch die Universitätsstruktur bedingten und energiegeladener autoritären Haltung nur weiter bestärkt. Dieser Mechanismus: Feststellung von Autoritäten qua Sachverstand - Sich-Beugen vor der Autorität - Kompensierung des Sich-Beugens durch antiautoritäre Attitüden - dadurch eingetriggerte Teilhabe an linker Intelligenz - dadurch Elitenbildung wird zum Teufelskreis, wenn er nicht von beiden Seiten durchbrochen wird und die Konsequenzen gezogen werden.

2. THESE: Das Verhalten der "Autoritäten" basiert auf einer falschen Einschätzung der Situation des SDS und ihrer eigenen Funktion im SDS.

Man kommt nicht umhin, ein erstaunliches Niveaugefälle im SDS zu konstatieren. Dies ist an und für sich nur natürlich, wenn man diesem Zustand zugleich die Konsequenzen aus seiner Überwindung gezogen werden. Das dies eben nicht geschähe, hängt z.T. zusammen, daß die sog. Autoritäten ihre Fähigkeiten und bes. Eigenschaften (Eloquenz, kritische Analyse, "Issen...") über die sie in höherem Maße verfügen als andere Gen., nicht richtig einschätzen, bzw. deren Funktion für den SDS falsch sehen. Einschätzung wäre es, wenn diese Eigenschaften und Fähigkeiten so eingesetzt würden, daß der gesamte SDS davon profitieren könnte. Dies kann nur dann geschehen, wenn die Genossen "Autoritäten" ihre Funktion auch dialektisch (oder pädagogisch) verstehen würden. Daran mangelt es jedoch entscheidend. Deutlich wird dies auf ZK und KV, die letzten Diskussionen und Reflexionsprozesse nicht sind, sondern besonders sie wenn auch nicht immer im wörtlichen Sinne. Damit haben die Beiträge dieser Gen. nicht selten die Funktion, Entscheidungen herbeizuführen, anstatt "mit heilungsgerechten Alternativen opt. Möglichkeiten abgestritten werden kann, daß die aus diesen Beiträgen resultierenden Entscheidungen zumeist richtig und vernünftig sind; abgestritten werden soll auch nicht, daß die Umsetzung der Entscheidungen

in Organisation von anderen geleistet werden kann und wohl auch muß. Aber: Gerade die oft mangelhafte Umsetzung von Entscheidungen in die Praxis der Organisation zeigt, daß etwas faul ist. Dies läßt sich a.E. nicht allein zurückführen auf mangelnde Bereitschaft, Zeit- und Finanzmühen. Tieferliegende Ursache scheint mir zu sein, daß die Argumentationen, die zur Entscheidung geführt haben, wohl ad hoc als plausibel werden konnten, jedoch nicht in dem Maße weiterreflektiert werden können und zwar bis hin zum praktischen Vollzug. Z.T. wird diese Misere von den sog. Autoritäten selbst gesehen. Dort wo sie es sehen, reagieren sie aber zumeist wie schlechte Lehrer: Sie meinen dann durch Verbalisieren oder auch Weigen der Aktivierung der Selbsttätigkeit der Gen. einen Dienst zu erweisen, verlieren aber die Geduld, wenn sich nicht sofort Erfolge einstellen. Und erst recht dann durch Kündigung ihres Einsatzes wiederum den Lernprozeß, den sie eigentlich einleiten wollten. Sie, die sie mehr als andere aus besserer Einsicht heraus von langfristiger Strategie reden, sind nicht in der Lage, dort, wo allein sie es könnten (und müßten) nach Strategie zu handeln. Dem Verhalten "wie ein schlechter Lehrer" kommt entgegen, daß sich viele Gen. verhalten wie schlechte Schüler, das heißt, sie legen auf MVs und ZKs Seminare ab und den Tag; sie h alten das Maul, weil sie Angst haben, sich durch differenzierte Fragen zu blamieren... (es ist überall dasselbe!). Dies läßt sich nicht zuletzt darauf zurückführen, daß SDS-intern ähnlich Sanktionsmechanismen zu finden sind, wie im Studium: Beifalls- und Mißfallensumgebungen jeder Schattierung und weitgehend irrational, verbale Strafen etc. Wenn nun die Genossen, die hier als Autoritäten bezeichnet werden, erwidern, daß man von Genossen mehr erwarten muß, dann gehen sie eben gerade von falschen Voraussetzungen aus (mit dem Eintritt in den SDS ist der Lernprozeß nicht abgeschlossen, sondern er beginnt dann zumeist erst). Das, was sie voraussetzen, sollte eben gerade von ihnen mitteilt werden: kritische Haltung, Selbsttätigkeit, theoretische Fundierung und letztlich auch einen anderen Begriff des Verhältnisses von Theorie und Praxis.

Gerade dies letzte kommt aber die "Autoritäten" nicht leisten, weil sie bei ihnen selbst anscheinend an Vermittlung von Theorie und Praxis mangelt. Ihr vielgestörter Sachverstand ist in vielerlei Hinsicht akademisch. Die Tatsache, daß sie im SDS zu "Autoritäten" avancierten, resultiert aus dem Dilemma, daß eben rein theoretisches Wissen und Beredsamkeit von vielen Genossen höher geschätzt wird, als ein sich-Verhalten gemäß der theoretischen Einsicht. (In diesem Zusammenhang bedarf es eines Fortes über das Verhältnis Pol. Inst. und SDS. Hauptfehler des Pol. Inst. ist es, daß eben die Vermittlung von Theorie und Praxis nicht geleistet wird - ob sie überhaupt geleistet werden kann, ist eine andere Frage. Hauptfehler der dort sitzenden akademisierenden Genossen ist, daß sie eben das entweder nicht sehen oder dann, wenn sie es sehen, es als unabhängig betrachten. So wird von vielen Genossen, die Teilnahme an akademischen Veranstaltungen, in denen linke Theorie verpasst wird, schon als Ableistung revolutionären Jolls betrachtet. Man hört also dort auf, wo er begonnen werden sollte.)

3. THESE: Viele Genossen verb alten sich so, als sei der SDS nur eine elitäre Korporation innerhalb des akademischen Bereichs.

Diese Genossen sind nichts anderes als Opfer der Universitätsstruktur, die sie - und die dazugehörigen Verhaltensnormen - schon soweit verinnerlicht haben, daß sie sich kaum mehr von ihr befreien können. Und was noch verhängnisvoller ist, sie betrachten allein Zugehörigkeit zum SDS schon als einen oberirdischen Anspruch. Ohne in irgendeiner Weise diesen Anspruch durch ihr Verhalten zu rechtfertigen. In dieser "Ideologie" (Zugehörigkeit zu einer weitgehend in den akademischen Bereich inkorporierten Gruppe = Befreiung von den letzten autoritären Universitätsstrukturen) werden die Genossen sogar noch bestärkt durch

diejenigen Genossen, die sie sich zum "Verbleib" genommen haben, die für sie als Autoritäten gelten. Denn diese "Autoritäten" sind weitgehend nur Autoritäten durch akademisches Know-how. So werden denn auch Plaketten, linke Ideen, Aufkleber... zu Fettsachen, d.h. ihre ursprüngliche Signalfunktion ist verloren gegangen, sie haben sich vereselbständigt. Genau in diesem Rahmen gehen denn auch die schon genannten antiautoritären Attitüden, die dann nur Ausweis für Zugehörigkeit zur "Elite", nur Gruppennormen der "linksintellektuell Privilegierten" sind.

Wo akademisches Wissen da ist, bleibt es weitgehend akademisch, oder wird "praktisch" allein in Fettsachen und Attitüden oder - was noch schlimmer ist - die Gefahr des Aktivismus, der sich an nicht hinreichend reflektierten Begriffen orientiert.

(Im Übrigen bin ich der Meinung, daß man weniger Texte über die Strukturkrise des SDS 2-1 intern produzieren, als vielmehr dieser Krise an die bursale gehen sollte.)

2. Mischen

Das für den SDS noch junge Selbstverständnis als revolutionärer Verband arbeitender Kollektive an der Universität hat bis heute keine radikale Überprüfung der aus sozialdemokratischen Zeiten überkommenen Verbandsorganisation bewirkt. Auch heute, da die Revolution in der DDR nur ein Teil der sozialistischen Revolution begriffen werden kann, und in Gesamt- Westdeutschland unabhängig von einander ähnliche Modelle revolutionärer Arbeit an der gesellschaftlichen Basis entwickelt wurden, werden die organisatorischen Strukturen, Ausdruck einer Parteilichkeit sozialdemokratischer Prägung, konserviert. Das Unbehagen darüber, daß die Organisation und Koordination dezentralisierter Arbeit den revolutionären Zielen und den bereits praktisch verwerteten Methoden nicht annähernd genügt wird schon von denen artikuliert, die ein Interesse daran haben, die bisherigen Verbandsstrukturen im wesentlichen zu erhalten. Da wird dieses Unbehagen in Form der stramm zentralistischen Konzeption elitärer Schulungsstrukturen mit plebiatarischen Almosen verbrät - an den Mann gebracht: Der kurzfristigen Attraktivität der von Bundeskommissären bereiten Universitätsgruppe und die Hoffnung auf deren baldige Wiederkunft wird die langfristige von der Gruppe selbst zu leistende Schulungsarbeit geopfert. Zudem wird ein zentralistischer Kader, der sich theoretisch wie politisch für den Gesamtverband verantwortlich fühlt, in Situationen spontaner Massenmobilisierung immer eine opportunistische Abwiegungspolitik betreiben müssen, da in einem gleich weit zentralistisch strukturierten SDS die Illegalisierung des Verbandes die Liquidierung der Spitze nach sich zieht.

Die "außenpolitischen" Rätetheoretiker des SDS - man hat ihre gutheuerlichen Ratschläge an die Genossen in der CSSR, der Gewerkschaften und Frankreich noch im Ohr - sollten die ihnen vertretenen Maxime der Einheit von Theorie und Praxis nochmals überdenken. Sollten diese gleichen Rätetheoretiker, sei es aus Zweckpessimismus, sei es aus elitären Motiven, den Versuch, den Verband nach rätedemokratischen Prinzipien neu zu organisieren mit dem Versuch der Liquidierung des Verbandes gleichzusetzen, muß ihnen entgegengehalten werden, daß für den SDS gerade in der jetzigen Situation die Einführung eines zentralistischen Organisationschemas die endgültige Aufgabe der Basis innerhalb des Verbandes selbst bedeutet. Nur mittels rätedemokratischer Kriterien, d.h.: permanenter Kontrolle durch die Basis, direkte Abwählbarkeit, imperatives Mandat und Delegation, ist der von uns selbst an unsere Arbeit gestellte Anspruch zu realisieren.

Davon ausgehend ist eine Organisationsform zu entwickeln, die dem Inhalt der Dezentralisation und -integration gerecht werden muß. Warum Dezentralisierung? Unsere Schwächeposition und die faktische Überlegenheit unseres zentralistisch organisierten Gegners auf allen Gebieten macht, wie sich aus der Kritik an revolutionären Bewegungen in der 3. Welt und den Metropolen nachweisen läßt, es notwendig, unseren Kampf dezentralisiert zu organisieren, um 1) als Organisation zu überleben und 2) alle Kräfte, die zum faktischen Widerstand bereit sind, zu entfalten und somit den Kampf optimal auszuweiten. Der SDS wird sich auf Grund seines Selbstverständnisses derzeit organisieren, daß nicht weiterhin durch die Perpetuierung autoritärer Strukturen die Selbstinitiative an der Basis, die Selbstorganisation der Gruppen, mittels der Revolutionierung des Verbandes verhandelt wird. Unsere Kritik an Herrschaftstrukturen muß sich in der Organisation des Verbandes positiv konkret als Gegenmodell ausdrücken.

Wurde dezentralisiert?
Dezentralisierung muß nicht Isolierung der autonomen arbeitenden Projekte bedeuten...

Wir haben die räte-demokratischen Maximen, die sich mit unserer Anspruch revolutionärer Praxis decken, um Inhalt einer Vorstellung von Organisation gesucht...

PROJILIBRENS
Das Projekt
Die Notwendigkeit in der gegenwärtigen sich verhärtenden Situation neue Qualitäten des Widerstands zu gewinnen...

mittlere Produktion. Die Autonomie des Projekts wird lediglich eingeschränkt durch die Methoden der Kritik und Selbstkritik...

Versammlung der Projekte
Die Dezentralisierung der Projekte verleiht, um die Isolation zu verhindern...

Projektart
Die Organisation und Kontinuität der täglich betrieblichen Arbeit und die imperative Vertretung der Gesamtheit...

REGIONALLEN
Da es uns nicht erscheint, eine die Potenzen der Projekte ihre fordernde Intensität der Kommunikation zwischen den Gruppen...

Regionalkonferenzen
Sollten wir die Herstellung einer regionalen Aktionseinheit auf der Grundlage Beständlicher Regionalkonferenzen der Projekte...

Regional-sprecher
Somit qualifiziert sich diese Regionalkonferenz als souveränes Organ auf verbandsübergreifender Ebene...

VERBANDSLENKEN
Der Zentralrat
Die permanente Vertretung der Regionalkonferenzen auf Verbandsübergreifender Ebene übernimmt das Kollektiv der Regionalsprecher...

Zentralversammlung der Projekte
Die Regionalkonferenz leistet Analyse der materiellen Lebensverhältnisse für Westdeutschland und Berlin West...

Die Umsetzung der Globalstrategie in Praxis obliegt wegen der regional-spezifischen Problematik der Taktik allein der funktionalen Autorität der regionalen Organe.

Die verbindliche Globalstrategie nur an der Basis der Projekte revolutionär realisiert werden kann, muß die Globalstrategie genau von denjenigen bestimmt werden, die die konkrete Arbeit leisten.

Für die 23. Delegiertenkonferenz des SDS besteht die Möglichkeit mit der jahrelangen Perpetuierung anachronistischer Organisation zu brechen...

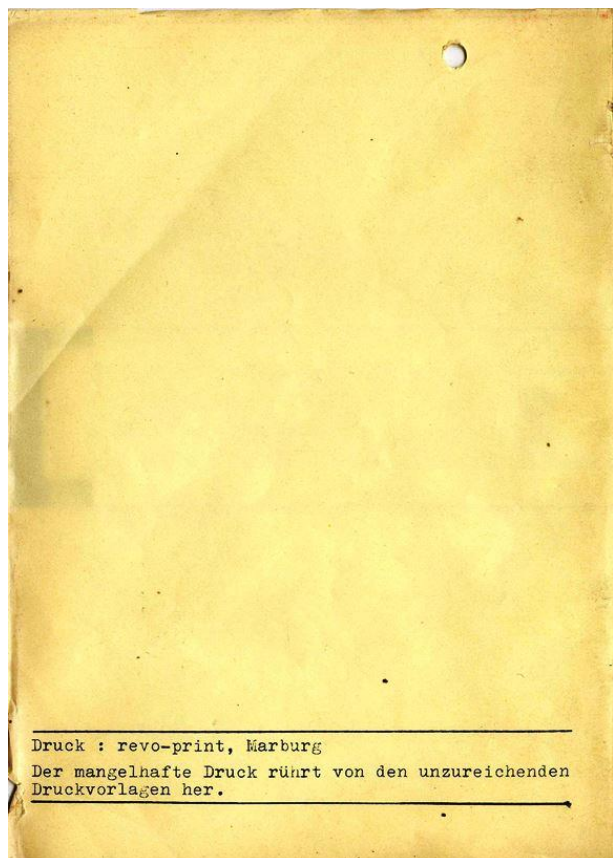
VENOCHERBOMOS
SDS Delegiertenkollektiv
Hamburg

ANHANG: Aus "Entwicklung des Heidelberger SDS seit Juni 1967"

Wie wenig die Vermittlung zwischen einer eigenen Politik und Hochschulpolitik gelungen war, zeigte sich bei den von dem ASDA ausgerufenen Hochschulstreik gegen den bevorstehenden Erlaß des baden-württembergischen Hochschulgesetzes...

6. Hinweis in den baden-württembergischen Wahlkampf

Der Kampf gegen das Hochschulgesetz, das unmittelbar vor Semesterbeginn erlassen wurde, ging direkt in die "Beteiligung" des SDS an Wahlkampf über...



[[Zum Seitenanfang](#)] [[vorige Ausgabe](#)] [[nächste Ausgabe](#)] [[Übersicht](#)] [[MAO-Hauptseite](#)]